Die deutsch-französischen Beziehungen von Faschoda bis zum Abschluß der Entente cordiale vom 8. April 1904.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der Philosophischen Fakultät der

Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Friedrich Schimpke

aus Potsdam

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Mai 1935

Tag der Promotion: 16. Oktober 1935.

Dissertationsdruckerei Heinr. & J. Lechte, Emsdetten (Westf.)

1935

312

Die deutsch-französischen Beziehungen von Faschoda bis zum Abschluß der Entente cordiale vom 8. April 1904.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der Philosophischen Fakultät der

Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Friedrich Schimpke

aus Potsdam

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Mai 1935

Tag der Promotion: 16. Oktober 1935.

Dissertationsdruckerei Heinr. & J. Lechte, Emsdetten (Westf.)

1935

Referenten: Prof. Dr. Hartung
Prof. Dr. Oncken

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsübersicht.

		Seite:
I.	Einleitung.	1
II.	Faschoda und das deutsch-französische Verhältnis bis zur Jahrhundertwende.	3
III.	Der Burenkrieg. — Deutschland—Frankreich und der Kontinentalbundgedanke	19
IV.	Marokko und Ostasien. — Die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung?	26
V.	Frankreich auf dem Wege zur Entente.	51
VI.	Mazedonien. — Das Auseinandergehen beider Mächte.	58
VII.	Schlußbetrachtung.	70

— — — —

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544312_0019

Literaturverzeichnis.

Quellen.

Aktenpublikationen des Deutschen Auswärtigen Amtes. Die große Politik der europäischen Kabinette 1870—1914. Berlin 1920 — 24. Bd. 13—20. 1. zit.: GP.

Belgische Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1885—1914. II, W. Köhler, Berlin 1925.

British Documents on the Origins of the War. 1898—1914. Ed. by G. P. Gooch and H. Temperley, London 1927, Vol. I u. II. zit.: BD.

Documents Diplomatiques Français. (1871—1914). 2. Ser. (1901—1911) Tome I—IV. zit.: DDF.

Literatur.

Berliner Monatshefte: Jahrgang VIII 1930, IX 31, X 32, XI 33, XII 34 — Nr. 3.

Bourgeois, Emile et Pagès, Georges: Les Origines et les résponsabilités de la grande Guerre. 2. éd. 1922.

Brandenburg, Erich: Von Bismarck zum Weltkriege. Berlin 1922.

Bülow, Fürst von, Bernhard: Deutsche Politik, Berlin 1916. Denkwürdigkeiten. Bd. I, 1930.

Combarieu, Abel: Sept Ans à l'Elysée. Avec le Président Emile Loubet. Paris 1932.

Dumba, Constantin: Dreibund und Ententepolitik in der Alten und Neuen Welt. Wien 1930.

Eckardstein, Herrmann Frhr. v.: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. 2. Bd. Leipzig 1919.

Frank, Walter: Nationalismus und Demokratie im Frankreich der dritten Republik. 1871—1918. Hamburg 1933.

Giffen, Morrison Beall: Fashoda The Incident and its Diplomatic setting. Chicago 1930.

Gooch, G. P.: Franco-German Relations 1871—1914. London 1923.

Haller, Johannes: Tausend Jahre deutsch-französische Beziehungen. Stuttgart 1930.

Hartung, Fritz: Deutsche Geschichte. Vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles. 1871—1919. 3. Aufl., 1930.

Hesse, Rudolf: Die Entente cordiale vom 8. April 1904. Phil. Diss. Münster 1928.

Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Bd. III, Berlin 1931.

Klein, Walter: Der Vertrag von Bjoerkoe. Wilhelm II., Bülow und Holstein im Kampf gegen die Isolierung Deutschlands. Berlin 1931.

Lémonon, Ernest: L'Europe et la Politique britannique (1882—1911). Paris 1912.

Meinecke, Friedrich: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901. Berlin 1927.

Mévil, André: De la Paix de Franckort à la Conférence d'Algésiras. Paris 1909.

Michon, Georges: L'Alliance Franc-Russe. 1891—1917. Paris 1927.

Millet, René: Notre politique extérieure de 1898—1905. Paris 1905.

Oncken, Hermann: Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. 2 .Teil 1933.

Paléologue, Maurice: Un grand tournant de la politique mondiale. 1904—1906. Paris 1934.

Pinon, René: France et Allemagne 1870—1913. Paris 1913.

Platzhoff, Walter: Die elsaß-lothringische Frage und die Großmächte vom Frankfurter Frieden bis zum Versailler Frieden. Vergangenheit und Gegenwart. Heft 4, 1933.

Recouly, Raymond: Las Troisième République. Paris 1927. Histoire de la République sous la Troisième République. Paris 1932.

Roepke, Fritz: Von Gambetta bis Clémenceau. 50 Jahre französische Geschichte. Stuttgart—Berlin 1922.

Schefer, Christian: D'une guerre à l'autre. Essai sur la politique extérieure de la troisième république. (1871—1914). Paris 1910.

Schultheß: Europäischer Geschichtskalender 1898—1904. München.

Schwendemann, Karl: Frankreich. Weltpolitische Bücherei, Bd 27/28,. Berlin 1932.

Stieve, Friedrich: Deutschland und Europa 1890—1914. Berlin 1926.

Tardieu, André: La France et les Alliances. Paris 1910.

Waldersee, Graf v.: Denkwürdigkeiten. Bd. II. 1922.

Zapp, Manfred: Deutsch-französische Annäherungsversuche u. ihr Scheitern in den Jahren 1890—98. Phil. Diss. Leipzig 1929.

Zéavaès, Alexander: Histoire de la Troisième République 1870—1925. Paris 1926.

Ziekursch, Johannes: Politische Geschichte des Neuen deutschen Kaiserreiches. Zeitalter Wilhelms II., Bd. III. 1930.

Weiter Angaben siehe Text der Arbeit.

I. Einleitung.

Seit mehr als 1000 Jahren kennzeichnet der Kampf und die Folgen seiner Entscheidungen das Bestehen einer Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich, deren tieferer Grund nie allein das Gebiet der Politik war, deren Grundlage allerdings, sie auszutragen und zu entscheiden die Politik und die ihr zu Gebote stehenden Mittel wurden. Hier fielen stets und allein die letzten Entscheidungen mit ihrem Wechsel von Sieg und Niederlage, bei denen die Zeiten des Friedens den Ausgang der ihnen dann wieder fast zwangsläufig folgenden gewaltsamen Entscheidung mitvorzubereiten bestimmt waren. In ihnen stritten der Versuch nach Lösungen und der dann doch stets stärkere Wille zu Entscheidungen um die erneute Form erneuter Auseinandersetzung. In diesen Zeiten standen dann neben dem Willen zur Gewalt, mal nur in Ansätzen, dann wieder stärker entwickelt, Strömungen ausgleichender Natur. Auch von ihnen weiß die Geschichte zu den verschiedensten Zeiten und unter den verschiedensten Voraussetzungen des öfteren zu berichten. Sie fanden ihren Ausdruck auf fast allen Gebieten menschlicher Betätigung. Gestaltet in ihrem Verlauf aber wurden sie stets und allein neben der Gesetzmäßigkeit des Weltgeschehens durch die Persönlichkeit derer, die jeweils zur Behandlung der Dinge berufen waren. Ihrem Geschick und ihren Fähigkeiten blieb es überlassen, diesen Ansätzen mit den Mitteln der Diplomatie die Form zu geben, die beides, die Anerkennung einer ewigen Spannung wie den Willen zum Krieg als die dann beste Lösung auszuschließen vermochten. Ihren politischen Zielen entsprach es jedoch, diesen Ansätzen die Entscheidung und damit die Anerkennung eines permanenten Konflikts und dessen Begegnung mit den Mitteln der Diplomatie oder dem Krieg entgegenzustellen.

Die deutsch-französischen Beziehungen in den Jahren von 1898—1904 stehen im Schatten größerer Ereignisse. Die Abkehr Englands von Deutschland und die Entstehung der Entente sind zweifellos die entscheidenden Ereignisse der Zeit vor 1904. Beide sind bereits vielfach untersucht und erörtert worden. Aber gerade, weil ihnen gegenüber die Frage der deutsch-französischen Beziehungen etwas zurücktritt, muß auch sie einmal betrachtet werden.

Der Ausgangspunkt dieser Betrachtung, das Jahr 1898, bildet, von Deutschland aus gesehen, keine Epoche. Deutschlands Stellung zu Frankreich bleibt die gleiche. Ein Personenwechsel in den führenden Stellen tritt nicht ein. Noch hofft der Kaiser, daß es seinen persönlichen Bemühungen gelingen werde, die Vorbehalte, die Frankreichs Stellung zum Frankfurter Frieden mit allen Fragen

deutsch-französischer Beziehungen bis jetzt verband, allmählich zu entkräften. Freundschaftliche Gesten verschiedenster Art erscheinen ihm dafür geeignet. Durch sie glaubt er, diesen Vorbehalten, über alle Schwierigkeiten hinweg, einst doch allmählich den Boden ihrer vermeintlichen Berechtigung entziehen zu können. Ihm fällt es dabei nicht auf, daß seine persönlichen Bemühungen die deutsche Politik fast garnicht beeinflussen. Ganz im Gegenteil, sie riefen mehr Mißverständnisse hervor, als daß sie auf die deutsch-französischen Beziehungen versöhnend wirkten.

In Frankreich dagegen ist das Jahr 1898 durch einen Ministerwechsel charakterisiert, der gerade für die Außenpolitik große Bedeutung erlangen sollte. An die Stelle von G. Hanotaux, der seit 1894 die französische Außenpolitik geleitet und wegen des Gegensatzes zu England gute Beziehungen zu Deutschland unterhalten hatte, trat im Juni 1898 Delcassé. Mit ihm trat Deutschland der Verfechter einer Politik gegenüber, die in den Ideen Gambettas ihr Ideal sah und deren Schwerpunkt damit wieder in Europa lag. Sein Einzug im Quai d'Orsay gibt die Berechtigung, den Ausgangspunkt dieser Betrachtungen in das Jahr 1898 zu verlegen.

Delcassé war 1852 in Pamiers, einer Stadt am Fuß der Pyrenäen geboren. Nach dem Besuch des dort befindlichen Gymnasiums betätigte er sich in Paris als Journalist. Als Redaktionssekretär Joseph Reinachs in der „République Francaise" gelang es ihm, den Grundstein seiner politischen Laufbahn zu legen. 1885 ließ er sich in dem Departement seiner Vaterstadt als Kandidat zur Abgeordnetenwahl aufstellen; verzichtete jedoch zu Gunsten eines anderen Kandidaten auf die Wahl. Vier Jahre später 1889, wurde er dann zum Abgeordneten des Departements Foix gewählt. Ueber die Kammer, in die er damit als gemäßigter Republikaner eintrat, führte ihn sein weiterer Weg, in das Unterstaatssekretariat der Kolonien in den Kabinetten Ribot und Charles Dupuy (12. Januar — 3. Dezember 1893), 1894, im zweiten Kabinett Dupuy wurde ihm dann als Kolonialminister erneut dieses Ressort übertragen. 1895, im Januar, trat Delcassé von diesem Posten zurück. In den dann folgenden Jahren bis zu seiner Berufung auf den Posten des Außenministers blieb das Parlament sein Wirkungskreis. 1898, im Juni, bot dann M. Henri Brisson Delcassé das Außenministerium an. Mit 46 Jahren, als eines der jüngsten Mitglieder des zugleich neugebildeten Kabinetts Brisson, übernahm Delcassé jetzt das Außenministerium, das er dann bis 1905 behalten sollte[1]).

Nur mit Mißtrauen glaubt ihm Graf Münster, der deutsche Botschafter in Paris, gegenüberstehen zu müssen. Als den „russischen Kandidaten" sieht ihn der Botschafter. Deutschland habe

---

[1]) André Mévil: „Delcassé et son oeuvre". Revue Politique et Parlamentaire. (June 10 1924).
Georges Reynald: „La Diplomatie Francaise. L'oeuvre de M. Delcassé". Paris 1915.

deshalb durch diesen Ministerwechsel nichts zu gewinnen[2]). Und doch war Delcassés politisches Programm damit nicht voll gesehen. Um seiner Nation am Rhein die verlorene Führerstellung auf dem Kontinent zurückzugewinnen, galt es jetzt: „. . . zu der französisch-italienischen Versöhnung, der französisch-spanischen Zusammenarbeit und dem französisch-englischen Einvernehmen beizutragen, nicht um aus ihnen Kriegswerkzeuge oder Belagerungsgeräte zu schmieden, sondern um die Grundlagen für ein neues Europa zu legen, einen wirklichen Frieden und Gleichheit der Rechte zu schaffen"[3]). Unter diesem Gesichtspunkt galt es also mit England, Italien und Spanien zu verhandeln und eine Entente zwischen England, Frankreich und Rußland zu erstreben. P. Cambon wußte darum, als er noch vor dem Ausbruch des Faschoda-Konfliktes von Konstantinopel auf den jetzt wichtigen Londoner Botschafterposten berufen wurde. Und Delcassé selbst hatte diesen Gedanken gleichfalls noch vor dem Zusammenstoß mit England dem englischen Botschafter gegenüber Ausdruck gegeben und sie gleichfalls vor wie während der schärfsten Spannung zu England wiederholt verschiedenen Personen gegenüber geäußert.

Aus den Jahren 1898—1900 fehlen einstweilen die Documents Diplomatiques Français. Die amtlichen englischen Urkunden über den Ursprung des Weltkrieges, deren 1. und 2. Band die Jahre 1898—1904 umfassen, wie die deutschen amtlichen Urkunden der gleichen Zeit vermögen neben den bereits veröffentlichten französischen Darstellungen, das Fehlen dieser Akten selbstverständlich nicht zu ersetzen. Solange diese Lücke nicht durch weitere französische Veröffentlichungen im Rahmen der Documents français oder anderer Einzel- oder Gesamtdarstellungen geschlossen wird, bleibt es schwierig, ein vollständiges Bild der Politik Delcassés gegenüber Deutschland geben zu können.

Die folgende Untersuchung gilt der Betrachtung, ob und inwieweit Delcassés Grundeinstellung einen Wandel in der Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen bedeutet.

II. Faschoda und das deutsch-französische Verhältnis bis zur Jahrhundertwende.

Am 28. Juni 1898 war Delcassé in das zu gleicher Zeit neugebildete Kabinett Brisson als Außenminister eingetreten. Am 10. Juli hatte Marchand von Französisch-Westafrika kommend bei Faschoda den Nil erreicht und dort die Trikolore gehißt. Was Hanotaux als Außenminister einst durch die Unrerstützung Marchands beabsichtigt hatte, die strittigen englisch-französischen Kolo-

[2]) GP. 13. 241 f.

[3]) Le Temps Nr. 26697 Paris, le 5 octobre. 1934. (Brief Delcassés an Victor Bérard; das Datum ist hierbei nicht genannt worden).

nialfragen und hier vor allem die ägyptische Frage mit dem Gelingen dieses Zuges zur Diskussion mit England zu bringen und sie eventuell damit in einem für Frankreich günstigen Sinne zu lösen, war in einem Punkt erreicht. Marchand stand bei Faschoda am oberen Nil. Doch die Entscheidung darüber, wer endgültig in den Besitz der Gebiete am oberen Nil kommen würde, gestaltete sich anders, als bald darauf am 26. September 1898 Lord Kitchener im Zuge einer bereits 1896 begonnenen großen Sudanexpedition über Dolonga hinaus bei Omdurman die Herrschaft des Mahdi brach und jetzt gleichfalls am oberen Nil bei Faschoda seine Flagge setzen ließ. Zwei weltpolitische Systeme, Englands imperialistisches Ziel von Nord nach Süd und Frankreichs Ost-Westaktion stießen jetzt am oberen Nil zusammen. Hanotaux hatte gehofft, die Entscheidung ohne jede weitere kriegerische Auseinandersetzung zu erreichen. Die Ergebnisse bewiesen jedoch, daß diese Auffassung von falschen Voraussetzungen ausgegangen war. England war eher bereit zu den Waffen zu greifen, als irgendwie nachzugeben. Beide Länder sahen sich veranlaßt, in großem Umfange Zurüstungen zum Kriege zu treffen. Doch weder Brisson, noch Dupuy, der diesem am 3. November 1898 als Ministerpräsident folgte, waren bereit, es zum Kriege mit England kommen zu lassen. Das Opfer, das sie dafür zu bringen gezwungen wurden, war schwer. Es wurde ertragen, weil damit für Frankreich die Möglichkeit auf die Revanche blieb.

Am 4. November erhielt Marchand die Weisung Faschoda zu verlassen.

Frankreich hatte es vorgezogen, mit Rücksicht auf die Ziele seiner europäischen Politik England gegenüber nachzugeben. Das französisch-russische Verhältnis war durchaus freundlich. Die Grundlage für dieses Verhältnis war durch das zwischen beiden Mächten seit 1892 bestehende Bündnis gegeben. Selbst mit Italien war Frankreich in bessere Beziehungen getreten. Beide Staaten hatten am 21. November 1898 einen Handelsvertrag abgeschlossen. Offen war nur das französisch-deutsche Verhältnis. Und dies zu prüfen und zu beachten war für Delcassé politisch nur klug. Denn das Verhältnis Frankreichs zu England war noch keineswegs voll geklärt. Deshalb war Deutschlands Stellung zu Frankreich in jeder Hinsicht bedeutsam. Ein französisch-deutscher Gedankenaustausch über Fragen, die den Beziehungen beider Länder eventuell förderlich sein könnten, schien dafür das beste Mittel, Deutschlands neutrale Haltung im französisch-englischen Konflikt eventuell in die Form einer für Frankreich wohlwollenden deutschen Neutralität kleiden zu können. So versäumte es Delcassé nicht, sich dazu einer Mittelperson zu bedienen, die bereits 1896 in der Frage der deutsch-französischen Beziehungen in den Vordergrund getreten war.

Mitte November 1898 begegnete der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" in Berlin, Arthur v. Huhn, bei einem Pariser Aufenthalt dem Legationsrat Hansen, mit der er bereits vor zwei Jahren

in Kopenhagen die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung besprochen hatte und dessen Interesse nach seinen Erklärungen noch jetzt „dem gleichen politischen Ziele wie in Kopenhagen, nämlich einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich" galt. Die augenblickliche Lage sei dazu im höchsten Grade geeignet und die Gelegenheit einer Aussprache mit anderen für die französische Außenpolitik maßgebenden Persönlichkeiten werde v. Huhn beweisen, daß diese Ansicht nicht nur von ihm allein vertreten werde[3]).

Einige Tage später fand tatsächlich die angekündigte Unterredung statt, an der außer Hansen und Huhn noch teilnahmen: Borel, Chef-Adjoint, Gullemier, Souschef, beide vom Außenministerium, und der Gesandte z. D. Volfrey, der bekannte Mitarbeiter des „Figaro" (Whist). Später sprach Huhn noch den Kabinettschef des Außenministeriums Beau. Sein Bericht über die Sitzung an das Auswärtige Amt[3]) schildert die Ansichten des französischen Politikers dahingehend, daß die Neutralisierung von Europa durch den Zweibund und Dreibund England die Möglichkeit biete, sein Weltreich zu festigen und auszubauen, wobei die Vorbedingung dieser englischen Präponderanz eben der deutsch-französische Gegensatz sei. Diesen zu überwinden sei bereits durch die Tatsache eines Verblassens der Revancheideen in der neuen französischen Generation und der praktischen Möglichkeit eines Zusammengehens bei Kolonialfragen gegeben. Allgemein vorherrschend sei während der ganzen Unterhaltung eine äußerst gereizte Stimmung gegen England hinsichtlich Faschoda gewesen, von dessen unbedingtem Kriegswillen mit dem Ziel der Vernichtung der französischen Seemacht sie fest überzeugt waren.

In seiner Erwiderung hat Huhn Deutschlands friedliche Absichten und dessen Bereitwilligkeit, auf jede Schwenkung der französischen Regierung und Presse zu einem freundlichen Verhältnis zu Deutschland in gleichem Sinne zu antworten, betont, allerdings hervorgehoben, daß mangelndes Vertrauen auf die Zuverlässigkeit Frankreichs nur durch Taten beseitigt werden könne.

Zwei Tage später bat Delcassé dann selbst noch Huhn zu einer Unterredung und wiederholte auch seinerseits den Wunsch freundlicher Beziehungen zu Deutschland. Sie praktisch zu betätigen sei in der Kolonialpolitik durch Unterstützung deutscher Aspirationen besonders in China bereits möglich, umso mehr da der Chauvinismus in Frankreich stark abgenommen habe und eine große Anzahl Franzosen ernstlich eine Annäherung an Deutschland erstrebe.

Bei diesen Erklärungen blieb es; ein offizieller Schritt erfolgte nicht. Delcassé wollte dadurch wohl an deutsch-französische Verhandlungen vom Juni 1898 anknüpfen. Die Selbständigkeit der

---

[3]) GP. 13. 247.
[4]) ebenda.

portugiesischen Kolonien schien damals durch englisch-portugiesische Verhandlungen in Frage gestellt. Deutschland hatte deshalb in Paris durch den Grafen Münster hinsichtlich aller portugiesischen Pläne, wie allgemein die Frage erörtern lassen, „ob ein praktisches Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich in allen vorkommenden Einzelfragen, gleichviel welchen, prinzipiell ausgeschlossei". Hanotaux stand persönlich dieser Frage mit Wohlwollen gegenüber. Doch Delcassé, der dann wenige Tage später das Außenministerium übernahm, ging auf die Angelegenheit nicht weiter ein. Daß er sie jetzt von sich aus im Sinne Hanotaux' an die deutsche Regierung herantragen wollte, war gewiß nicht seine Absicht.

Vielleicht wollte Delcassé deutschlands Interesse für koloniale Einzelfragen gewinnen. Denn jedes deutsche Entgegenkommen konnte Frankreich, ganz besonders zu dieser Zeit, dienlich sein. Doch durfte Delcassé hoffen, daß die deutsche Regierung auf derartige Aeußerungen im Rahmen einer unverbindlichen Unterredung eingehen würde? Sein Verhalten im Juni gegenüber dem deutschen Annäherungsversuch mußte ihm sagen lassen, daß dieser Weg, seine Absichten der deutschen Regierung zu unterbreiten, am wenigsten auf Erfolg rechnen konnte. Alle Momente sprechen deshalb mehr für die Form eines unverbindlichen Fühlers. Nichts spricht dagegen für die Absicht, sich ernsthaft Deutschland zu nähern, um ein Verhältnis zu erreichen, das dann zu einer sich allmählich vertiefenden Zusammenarbeit beider Nationen hätte führen können. So faßte man diese Erörterung in Berlin auch auf und legte sie vollauf mit Recht zu den Akten.

Der deutschen Regierung war ohnehin klar, daß Frankreich nach dem Verzicht auf die bisher erfolgte Sudanpolitik jetzt jegliche politische Störung schon aus dem Gefühl der eigenen Schwäche vermeiden würde. Noch war die Spannung mit England nicht behoben. Rußland, auf dessen Unterstützung gegen England wohl weite Kreise des französischen Volkes gerechnet hatten, blieb abseits und ließ deren Hoffnungen nur zu einer gewissen Enttäuschung werden. Das alles führte dazu, daß demgegenüber Deutschlands friedliche Haltung nicht ohne Einfluß auf die Stimmung Frankreichs zu Deutschland blieb. An die Stelle einseitig chauvinistischer Deklamationen traten Erwägungen, die mehr oder minder darauf hinausliefen, eine Annäherung an Deutschland zu empfehlen. Ihr sprachen vor allem der „Figaro", aber auch der „Siècle" das Wort[4]). Allerdings wie, und unter welchen Voraussetzungen sich diese Annäherung vollziehen sollte, blieb selbst bei denen, die diesem Gedanken am eifrigsten nachgingen, vollkommen unklar. Dazu war die Frage an sich, wie jetzt außerdem die Veranlassung, sich mit ihr zu beschäftigen, zu stark gefühlsmäßig bedingt, als daß alle Erwägungen in deutschfreundlicher Richtung einen wirklichen Wandel der Stimmung hätten wiedergeben können. Man

[4a]) Berliner Neuesten Nachrichten. Nr. 573 v. 7. 12. 1898.

ging wohl dazu über, sich etwas offener im Urteil mit deutscher Politik und deutschen Verhältnissen zu befassen. Man wußte, daß Deutschland sich gegen Frankreichs Interessen im Orient wie anderswo nur dann stellen würde, wenn diese auf berechtigte deutsche Ansprüche überzugreifen versuchen sollten. Der damalige Staatssekretär von Bülow hatte diesen Standpunkt Deutschlands im Reichstag am 12. Dezember 1898 offen umrissen. Er war in Frankreich verstanden worden. Und wenn der „Figaro" die geschickt gehaltenen Worte Bülows über Deutschlands Beziehungen auch zu Frankreich nur als Enttäuschung für Frankreich bezeichnen konnte, so lag eindeutig auf der Hand, wo die Enttäuschung zu suchen war. Selbst der Gedanke einer Allianz zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland, für den der ehemalige Abgeordnete Lalance in der „Grande Revue" in einem Aufsatz eintrat und der von der französischen Tagespresse in Auszügen verbreitet wurde, sollte sich bald als undurchführbar erweisen. Denn daß Deutschland auf den Vorschlag Lalances, Elsaß-Lothringen gegen eine französische Kolonie, die es selbst bezeichnen solle, nicht eingehen werde, konnte auch ohne eine deutsche Antwort als entschieden betrachtet werden[5]). Jedenfalls verwarfen der Historiker Vandal und der Herzog von Broglie im „Gaulois" auf Grund einer Anfrage dieser Zeitung bereits den Gedanken einer derartigen Kompensation[6]). Wollte man aber auf Elsaß-Lothringen nicht verzichten, dann war nur ein Zusammengehen mit England zu befürworten, für das sich, gleichfalls im „Gaulois", der frühere Botschafter Chaudordy, Baron d'Estournelles, General Jacquey und Emile Olivier jetzt öffentlich einsetzten. So spielte man höchstens mit dem Gedanken der Neutralisierung von Elsaß-Lothringen, oder man überging diese Frage und wies dann auf die Möglichkeit einzelner Abkommen, vor allem kolonialpolitischer Art. Diesem Gedanken gab ein Artikel Volfreys (Whist) im „Figaro" Raum[7]). Frankreich stehe auf dem Höhepunkt einer kolonialen Ausdehnung, Deutschland am Beginn derselben. Was könnte beide Mächte verhindern, in ihren außereuropäischen Bestrebungen zusammen zu gehen und sich gegenseitig zu unterstützen, wenn sich diesen Bestrebungen Hindernisse in den Weg stellen sollten. Der gleiche Gedanke, den Delcassé Huhn gegenüber hinsichtlich Deutschlands Interessen in China ausgesprochen hatte und mit dem die Absicht verbunden war, Frankreich nach deutscher Seite jede Möglichkeit offen zu halten. Denn jene deutsche Sondierung vom Juni 1898, wie jetzt auf Grund der Entscheidung von Faschoda der Stimmungsumschwung im französischen Volke gegenüber Deutschland konnten andeuten und wurden von Delcassé nach englischer Seite auch so ausgewertet, daß Frankreich im Falle eines Kreiges nicht nur die Hilfe Rußlands, sondern auch die Deutsch-

[5]) Kölnische Zeitung, Nr. 1137 v. 3. XII. 1898.
[6]) Kölnische Zeitung, Nr. 1173 v. 13. XII. 1898.
[7]) Berliner Neuesten Nachrichten, Nr. 64 v. 7. I. 1899.

lands suchen und erlangen würde[8]). Auf die englischen Anschauungen, ganz besonders vom deutsch-französischen Verhältnis, hatten diese Ausführungen allerdings keinen Eindruck gemacht.

Immerhin war durch die außenpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs in dieser Zeit die Form des diplomatischen Verkehrs zwischen beiden Ländern, nicht zuletzt durch das persönliche Ansehen der Botschafter beider Mächte, Graf Münster in Paris[9]) und Marquis de Noailles in Berlin, wesentlich freundlicher, als es sich noch im Herbst 1898 anließ, geworden[10]). Die Presseangriffe, die zu dieser Zeit, anläßlich des Dreyfusprozesses, Deutschland zu belasten versuchten, hatten aufgehört. Aufmerksamkeiten auf beiden Seiten suchten jetzt dieses Verhältnis bei den verschiedensten Anlässen zu betonen und zu erhalten. So gab eine leichte Erkrankung des Kaisers, die ihn hinderte, den Neujahrsempfang im Berliner Schloß selbst abzuhalten, dem französischen Botschafter nach Auftrag seines Präsidenten Anlaß, sofort in Potsdam über das Befinden des Kaisers persönlich Erkundigungen einzuholen. So verlief ferner der Besuch der deutschen Kriegsschiffe: „Chalotte" und „Stosch" in Organ und Algier, seit 1870 das erstmalige Anlaufen deutscher Kriegsschiffe in französischen Häfen, dank der zuvorkommenden Haltung der Franzosen ohne jeden Mißklang. Und gab der Präsident der französischen Republik Faure seiner Freundschaft zu Deutschland und seiner persönlichen Achtung vor dem deutschen Kaiser. die mit ihm nicht wenige Franzosen teilten, beredten Ausdruck, so waren dessen Worte gewiß nicht ohne Absicht auf das persönliche Interesse des Kaisers an den deutsch-französischen Beziehungen abgestimmt. Sie wurden vom Kaiser gern erwidert, indem er dem französischen Marineattaché versicherte, daß falls ein französisches Schiff die deutschen Küsten anliefe, es selbstverständlich einen gleich guten Empfang, wie man ihn den deutschen Schulschiffen in Organ und Algier bereitet hätte, erhalten würde. Hätte man auf dieser Grundlage den Gedanken der Annäherung von französischer Seite ernsthaft verfolgen wollen, so wäre es nicht schwer gewesen, ihn zu verwirklichen, und ohne, daß Frankreich nationale Würde, wie Marquis de Noailles in einem Bericht besonders betonte, dabei die geringste Einbuße erlitte[11]). Frankreich hätte dann allerdings die Initiative ergreifen

[8]) Bd. I. 196. — Kölnische Zeitung Nr. 537 v. 12. 7.1899. Wiedergabe eines vom „Figaro" veröffentlichten Artikels einer Serie von Saint-Simon gesammelter angeblicher Aeußerungen des Präsidenten Felix Faure; sogen. Tischgespräche. So soll Faure auf die Frage, ob Frankreich im Falle eines Krieges gegen England wegen Faschoda noch weitere Feinde zu befürchten habe, gesagt haben, daß die Meinung der französischen Regierung dahin ging, daß Deutschland eine wohlwollende Neutralität beachten würde, einmal wegen Rußland, dann weil Wilhelm II. kein Interesse daran habe, die Seemacht der Engländer zu stärken.

[9]) v. d. Lancken-: Meine 30 Dienstjahre. Berlin 1931 S. 40.

[10]) Hohenlohe: Denkwürdigkeiten. Bd. III. S. 475. vgl. Waldersee. Denkwürdigkeiten. Bd. II. S. 425.

[11]) Bourgeois et Pagè: Les Origines et les responsabilités de la grande guerre. Desgl. Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la guerre 1919. p. 289 f.

müssen. Denn Deutschlands Haltung mußte, besonders bei dieser Frage, den unberechenbaren Strömungen der französischen Volksstimmung Rechnung tragen. Die Stimmung von heute konnte sehr wohl schon am nächsten Tage durch eine ganz andere abgelöst sein. Elsaß-Lothringen war selbst jetzt, während der scharfen Spannung mit England noch keineswegs aufgegeben. Der Politiker Cassagnac mochte wohl in der „Autorité" die Frage aufwerfen, ob es nicht geraten sei, die Revancheideen aufzugeben und sich mit Deutschland gegen England zu verbinden. Seine Stimme blieb in dieser Form ohne jeden irgendwie beachtbaren Widerhall. Gewiß, die Frage schien auch für Delcassé nicht ohne Interesse zu sein. Die Voraussetzung war für ihn aber, daß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben und Deutschland durch eine französische Kolonie entschädigt werde. In diesem Sinne fragte er im Februar 1899 einen elsässischen Industriellen. Doch dessen rückhaltlose verneinende Antwort, daß Wilhelm II. niemals und unter keiner Bedingung einen Zoll deutschen Bodens abtreten werde, ließ Delcassé zumindest von dieser Form direkter französisch-deutscher Verhandlungen zurücktreten[12]). Die Hoffnung, eventuell doch noch mit Deutschland wegen Elsaß-Lothringen verhandeln zu können, blieb auch weiterhin für ihn bestehen.

Frankreich hatte unterdeß in Maskat beim Versuch der Errichtung einer Kohlenstation dem englischen Widerstand nachgegeben. Die Gefahr eines ernstlichen Zusammenstoßes war allmählich in England einer ruhigeren Beurteilung der Lage gewichen. Bülow erblickte in diesem anfangs gewaltsamen Vorgehen und der dann entschieden mildernden Behandlung des Zwischenfalls durch Salisbury zwei Gegenströmungen der englischen Politik gegenüber Frankreich, auf die bereits Hatzfeldt Mitte Januar 1899 aufmerksam gemacht hatte. Während seines Erachtens Mr. Chamberlain und Mr. Curzon, der Vizekönig von Indien, „von den kühneren Ideen des britischen Imperiums beherrscht, auf die Beziehungen zu Frankreich wenig Rücksicht zu nehmen geneigt seien", trete Salisbury für eine Besserung dieser Beziehungen ein[13]); gestützt in seinen politischen Zielen allein durch die Königin Victoria, der es die Franzosen nach Ansicht des Grafen Münster allein verdankten, daß es nicht zum Kriege kam. Das Nachgeben Frankreichs in diesem Zwischenfall war damit, trotz seines Ausklangs durch beiderseits gereizte Erklärungen in den Parlamenten[14]), zugleich als Unterstützung jener versöhnlichen Politik Salisburys gegenüber der englischen Kriegspartei dem erstrebten Abschluß der Verhandlungen nur dienlich. Der plötzliche Tod des Präsidenten Faure und die zwei Tage später, am 18. Februar 1899 erfolgte Wahl Loubets zum

---

12) Hohenlohe, Bd. III, S. 483.

13) GP. 14. 2. 422.

14) Schultheß: Europ. Geschichtskalender Jg. 1899 S. 234 ff. Erklärung. Delcassés in der Deputiertenkammer vom 6. März S. 214/15. Antwort d. parlam. Unterstaatssekretärs d. Auswärtigen Brodrick v. 7. März 1899.

Präsidenten der französischen Republik, hatten nach Aeußerungen Salisburys zu Hatzfeldt den wohl befriedigenden Verlauf dieser Ausgleichsverhandlungen nicht weiter unterbrochen.

Zu Deutschland hatte Faure, wie ein Leitartikel der „Berliner Neuesten Nachrichten" schrieb, diejenigen Beziehungen offizieller Höflichkeit unterhalten, die für ein französisches Staatsoberhaupt, einerlei ob aus Ueberzeugung oder Notwendigkeit, überhaupt möglich waren. So konnte auch deutscherseits die Wahl Loubets allgemein nur gültig beurteilt werden[15]), da sie entgegen der Spaltung und der damit verbundenen inneren Schwäche Frankreichs durch den Dreyfusprozeß den Bestand der Republik gefestigt erscheinen ließ. Ein Putschversuch durch Déroulède, den früheren Präsidenten der Patriotenliga und Anhänger Boulangers, der jetzt als Deputierter der französischen Kammer die Führung der aus der Dreyfusaffäre erwachsenen nationalistischen Bewegung übernommen hatte, blieb ohne Erfolg[16]). Die Gefahr des Staatsstreiches war damit behoben. Sie schwand vollends, als auch Marchand trotz seiner Hinweise auf die Affäre als die alleinige Ursache der Schwäche Frankreichs England gegenüber, diszipliniert in die Armee zurücktrat. Der Sturz Loubets durch die politische Mobilisierung der Armee und Masse war mißlungen. Das Gespenst der aufständischen Generäle, des Staatsstreiches und der Präsidenten war behoben[17]). Viele Momente sprachen dafür, daß, wenn auch die inneren Schwierigkeiten Frankreichs damit noch keineswegs voll behoben waren, die Präsidentschaft Loubets doch den Bestand der Republik gefestigt erscheinen ließ. Allerdings außenpolitisch auf die Einstellung Deutschlands Frankreich gegenüber hatte die Wahl des neuen Präsidenten keinen weiteren Einfluß. Die deutsche Regierung werde auch weiterhin, wie Bülow seine Gedanken formuliert, den französischen Annäherungsversuchen höflich, aber ohne Illusionen gegenüberstehen müssen. Denn Deutschland könne in ihnen zunächst nur das Bestreben erblicken, Deutschlands Schwergewicht unter einstweiliger Offenhaltung der elsaß-lothringischen Frage zu benutzen zur Niederwerfung der Gegner Frankreichs auf kolonialem Felde, und zwar mit dem Hintergedanken, nach Lösung dieser Aufgabe, gestützt auf den dadurch erlangten Kraftzuwachs, zur endlichen Abrechnung mit Deutschland wegen Elsaß-Lothringen zu schreiten[18]).

Inzwischen waren die englisch-französischen Verhandlungen am 21. März 1899 in London durch die Unterzeichnung einer De-

---

[15]) Hohenlohe: Bd. III S. 486, vgl. GP. 13 264.

[16]) Déroulède hatte am 23. Febr. dem Tage der Beerdigung Faures, den ein Regiment zur Kaserne zurückführenden Brigadegeneral Rogar öffentlich aufgefordert, nach dem Elysée zu marschieren und das Vaterland aus den Händen der Dreyfusards zu retten. S. Frank: Nationalismus und Demokratie S. 467—70.

[17]) GP. 13. 316.

[18]) GP. 13. 264; GP. 14. 2. 421. (D. Ganze d. Aufzeichnung s. GP. 14. 1. 187; bestimmt zur politischen Orientierung für den in Ostasien weilenden Prinzen Heinrich v. Preußen).

klaration über die Abgrenzungen der beiderseitigen Besitzungen südlich und westlich vom Niger und der Interessensphäre östlich vom Niger zum endgültigen Abschluß gekommen. England behielt danach Bahr-el-ghasal und Darfur, Frankreich Wadai, Bagirmi und das Gebiet im Osten und Norden des Tschadsees. Außerdem gestanden beide Teile einander Gleichheit der Behandlung in kommerzieller Beziehung in den Gebieten zwischen Nil und Tschadsee und dem fünften und fünfzehnten Breitengrad zu.

Delcassé war sichtlich befriedigt. Mochten auch dieser Deklaration in ihrer politischen Bedeutung durch die allgemein noch gespannte Situation einengende Grenzen gezogen sein, so war ihr Wert doch keineswegs zu verkennen. Freilich, das Gefühl der Demütigung auf französischer Seite wie ferner die Einstellung Salisburys, der zu einer allgemeinen Verständigung mit dem außen- wie innenpolitisch durch die Dreyfußaffäre geschwächten Frankreich keineswegs bereit war, standen auch weiterhin stark im Gegensatz zueinander. Eine erste Voraussetzung für die von Delcassé erstrebte Annäherung an England war jedoch mit der Beendigung des akuten Konfliktes geschaffen worden. Der „Temps", das Organ des französischen Außenministers, glaubte jetzt hoffen zu können, daß das Abkommen endgültig die Periode des Mißverständnisses zwischen den beiden beteiligten Ländern beschließen und die Lösung der noch ausstehenden Schwierigkeiten erleichtern werde[19]).

Auf Seiten des Dreibundes stand vor allem Italien fast ganz unter dem Eindruck der Abmachungen über das Hinterland von Tripolis, die allgemein infolge des französischen Einflusses auf den Handel dieser Provinz nach Innerafrika und des damit verbundenen politischen Einflusses in Tripolis als nachteilig für die italienischen Interessen angesehen wurden. Von Deutschland erhoffte man offenbar ein wirksames Eingreifen, da die Bestimmungen des Vertrages mit der Verletzung von England anerkannter Grundsätze des Status quo im Mittelmeer und der Souveränität des Sultans ein Sieg der französischen Politik zum Nachteil eines Dreibundstaates seien und somit die Angelegenheit für Deutschland nicht gleichgültig sein dürfe. Indes begnügte sich die deutsche Regierung am 3. Mai 1899 durch die Ueberreichung einer Note in London in aller Form ihre Rechte in Afrika zu wahren, während Italien Verhandlungen mit Frankreich aufgenommen hatte und durch den französischen Botschafter in Rom, Barrrère, im Auftrage seiner Regierung die Erklärung erhielt, daß Italien bei eigenen Absichten auf Tripolis Frankreich auf diesem Wege zu finden keinesfalls zu befürchten habe[20]). Berlin und Wien billigten gleichfalls den Standpunkt der italienischen Regierung, daß der gegenwärtige Besitzstand in Tripolis nicht ohne deren Zustimmung verändert

[19]) Kölnische Zeitung. Nr. 229 v. 22. 3. 1899 (Telegramm aus Paris v. 22. 3. 1899).
[20]) GP. 14. 3. 435.

werden dürfe. Die Interessen Italiens blieben somit, nach der gleichen Auffassung Salisburys gegenüber den Reklamationen der Türkei, allseitts anerkannt und berücksichtigt[21]).

Das deutsch-französische Verhältnis wurde dadurch nicht berührt. Die Grenzen aber, die trotz aller Freundlichkeiten auch weiterhin der Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen hemmend im Wege standen, wurden erneut offenbar, als ein russisches Anerbieten auf ein Abkommen über die Meerengen und Kleinansien Deutschland an den Zweibund heranzuführen versuchte. So bezeichnete der Finanzminister Witte ein Zusammengehen von Deutschland, Rußland und Frankreich als einzige Garantie des Friedens, vor allem gegen die englische Uebermacht zur See, während der russische Botschafter in Berlin, Graf v. d. Osten-Sacken, in wiederholten Gesprächen mit dem damaligen Staatssekretär v. Bülow die wirtschaftlichen Interessen beider Länder in Kleinasien und der Türkei besprach und im Interesse guten Einvernehmens auf dem Gebiet der Orientpolitik, eben für ein deutsch-russisches Abkommen eintrat[22]).

Demgegenüber gingen die deutschen Erwägungen von der Annahme aus, daß eine Ueberbrückung der großen kontinentalen Gegensätze zwischen den Mächten Europas durch politische Abmachungen vorerst nicht zu erwarten war und für eine Aufgabe der bisher erfolgreichen Politik der freien Hand zwischen England und Rußland die dafür notwendigen Voraussetzungen, eben die Klärung der deutsch-französischen Beziehungen, noch keineswegs gegeben war. Denn allein die Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland hatte nach Ansicht Holsteins Frankreich zum politischen Vasallen Rußlands gemacht. Einzelne Aussprüche fremder Diplomaten anläßlich der Friedensverhandlungen von Schimonoseki und des Transvaalzwischenfalls, wie das Ergebnis der deutschen Sondierung vom Juni 1898 waren für Holstein genügend Beweise, Frankreichs Stellung zu Deutschland auch jetzt nicht gänzlich außer Berechnung zu lassen[23]). Die Möglichkeit dieses auf deutscher Seite berechtigte Mißtrauen in die Politik Frankreichs zu beseitigen, wäre wohl gegeben, wenn, wie Bülow Osten-Sacken gegenüber hervorhob, Rußland und Frankreich sich zu einer allseitigen Garantie des gegenwärtigen Besitzstandes der drei Mächte bereit erklärten. Bülow täuschte sich über diese Möglichkeit nicht. Sein Vorschlag konnte damit das russische Anerbieten von vornherein abbiegen. Andererseits spielte in diesem Vorschlag aber auch der Gedanke mit, wenn es Deutschland zweckmäßig erschien, jene Politik der freien Hand zugunsten anderer Kombinationen aufzugeben. Diese mochten sich in einer Aufzeichnung Bülows für den Prinzen Heinrich vornehmlich in englischer und russischer Richtung bewegen. Die russischen Vertragsvorschläge

[21]) BD. I. 287 f.
[22]) GP. 14. 2. Kap. XCV. 533 ff.
[23]) GP. 14. 2. 537.

ließen jetzt eine deutsch-russisch-französische Kombination und ähnliche Anregungen des spanischen Kabinetts Silvela eine derartige Kontinentalallianz zu vieren in den Vordergrund treten. Man war wohl skeptisch, indes man schloß diese Möglichkeit nicht vollkommen aus. „Daß der Zeitpunkt für eine Gruppierung, wo Deutschland und Frankreich zusammengehen", so urteilt Bülow, „über kurz oder lang kommen wird, kann ich wohl glauben, nicht aber, daß er schon da ist"[24]). Allein die unversöhnliche Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland ließ selbst nach Ansicht des russischen Botschafters und Aeußerungen des Grafen Murawiew zum deutschen Botschafter in Petersburg, v. Radolin, ein Eingehen auf die deutsche Forderung der gegenseitigen Garantie des Besitzstandes zur Zeit als unmöglich erscheinen. Der dilatorische Bescheid Frankreichs auf jene Anregungen eines Defensiv-Kontinentalbündnisses durch den spanischen Ministerpräsidenten konnte deutscherseits gleichfalls als ein neues der vielen Symptome der auf Revision des Frankfurter Vertrages gerichteten französischen Außenpolitik gesehen werden. Die Erkenntnis dieses gleichmäßig fortbestehenden Spannungsmomentes machte damit für Deutschland jede Vermeidung neuer Feindschaften notwendig. Die deutsche Regierung entschloß sich somit in der Ueberzeugung von dem rein defensiven Charakter der zwischen Rußland und Frankreich bestehenden Abmachungen weiterhin neben der Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland ohne vertragliche Bindung, für eine Politik der freien Hand nach englischer Seite. Wenn auch Osten-Sacken beruhigend erklärte, daß Rußland keineswegs die französischen Revanchebestrebungen Deutschland gegenüber zu unterstützen gedenke, die Tatsache derartiger Bestrebungen blieb bestehen. Sie wurde durch die Ansicht des russischen Außenministers, der offen zugab, daß diese Stimmung jede ernste Annäherung unmöglich mache[25]), unterstrichen und auch deutscherseits dementsprechend beachtet. Die Besorgnis Berliner Regierungsstellen, daß Frankreich auf der Friedenskonferenz die Frage Elsaß-Lothringen aufrollen könnte und demgegenüber die besondere Befriedigung Bülows auf die Erklärung Rußlands, daß alle politischen Fragen vom Konferenzprogramm ausgeschaltet bleiben, läßt sich von diesen Erklärungen gewiß nicht trennen[26]). Und mit Recht. Denn die Ansicht Murawiews über Frankreichs Stellung zu Deutschland war letzten Endes nur die Bestätigung der Meinungen, die allgemein von der Möglichkeit der Erörterung des Frankfurter Friedens durch Frankreich sprachen. Wollte man von der einmütigen Stellungnahme der französischen Presse zum Abrüstungsvorschlag des Zaren auf die Meinung der französischen Regierung schließen, dann schien allerdings diese Möglichkeit wie ihr gegenüber die Besorgnis deutscherseits nicht ganz unbe-

---

[24]) GP. 15. 120.
[25]) GP. 14. 2. 553.
[26]) GP. 15. 146, 151, 158, 159, 168, 191; vgl. fern. B.M. XII, 1934, S. 106.

rechtigt zu sein. Denn Frankreich müsse sein moralisches Erbe wahren und aus diesem Leitgedanken heraus, wie ihn besonders der „Temps" aufgestellt hatte, Vorbehalte gegen den russischen Vorschlag machen.

Der Wunsch Delcassés, aus der gleichen Einstellung beider Länder zu allen etwaigen Abrüstungsvorschlägen ein gutes Zusammenwirken mit Deutschland auf der bevorstehenden Konferenz zu ermöglichen[27]), wie der Verlauf der am 18. Mai 1899 im Haag zusammengetretenen ersten Friedenskonferenz, auf der tatsächlich die Franzosen fast völlig den deutschen Standpunkt vertraten, vermochten an jener deutschen Stellung zu den Mächtegruppen nichts zu ändern.

In Frankreich war unterdes durch den Rücktritt des Kabinetts Dupuy am 22. Juni 1899 das große Koalitionsministerium Waldeck-Rousseau, das 39. Ministerium der dritten Republik, gebildet worden. In ihm hatte Delcassé wiederum das Außenministerium, während General Gallifet das Kriegministerium und neben ihm trotz Mißbliligung durch viele seiner Anhänger der Sozialistenführer Millerand das Handelsportefeuille übernahmen. Waldeck-Rousseau konnte damit, gestützt auf das Zentrum und die ganze Linke, die Liquidierung der Dreyfusaffäre und damit die Ueberbrückung der Gegensätze im französischen Volk als die Hauptaufgabe seines Kabinetts betrachten. Um sie zu lösen schien möglich, als Erklärungen Millerands, die innenpolitische Aufgabe Waldeck-Rousseaus, unter Hintansetzung aller politischen Programme, nur der Republik dienen zu wollen, vollauf unterstrichen[28]). Dagegen war außenpolitisch mit der erneuten Betrauung Delcassés mit dem Auswärtigen Departement eine Aenderung der bisher maßgebenden Richtlinien nicht zu erwarten. Ganz im Gegenteil, gerade die Stetigkeit und Geschicklichkeit der französischen Außenpolitik hatte seinen Verbleib am Quai d'Orsay allen Parteien erwünscht erscheinen lassen. Wenn deshalb der Petersburger „Nowoje Wremja" gerade in diesen Tagen aus Paris eine politische Betrachtung mit der Behauptung zuging, daß die Allianz mit Rußland in der letzten Zeit eine bemerkenswerte Abkühlung erfahren habe und man infolgedessen in Frankreich nicht nur vereinzelt für eine Annäherung an Deutschland sei, so war der Inhalt dieser Betrachtung deutscherseits nur mit Vorsicht aufzunehmen. So verheißungsvoll er auch für Deutschlands Stellung zu Frankreich erscheinen konnte, ebenso vorsichtig glaubten ihn die „Berliner Neuesten Nachrichten" doch aufnehmen zu müssen[29]). Daß sie damit die Ereignisse richtgi sahen, bewiesen ihnen die Ereignisse der nächsten Zeit.

Am 6. Juli 1899 stattete der Kaiser in den norwegischen Gewässern dem französischen Schulschiff „Iphigénie" einen Besuch

[27]) GP. 15. 186.
[28]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 146. v. 24. 6. 1899.
[29]) Berliner Neueste Nachrichten, Nr. 292. v. 24. 6. 1899.

ab. Am folgenden Tage waren die Offiziere und Kadetten auf die „Hohenzollern" geladen. Ein Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten der Republik gab diesem Ereignis noch seinen besonderen Ausdruck[30]). Das persönliche Interesse des Kaisers an der Gestaltung guter Beziehungen zu Frankreich, sein Interesse an der französischen Marine, dem er schon während der Faschodakrisis dem französischen Marineattaché gegenüber Ausdruck gegeben hatte, wie sein persönlicher Wunsch, den guten Empfang der deutschen Schulkreuzer in den nordafrikanischen Häfen mit der gleichen Höflichkeit beantworten zu wollen, mochten für ihn der Anlaß zu diesem Besuch gewesen sein. Allerdings entsprach die Aufnahme dieses Besuches in Paris in der Presse, wie bei der Regierung keineswegs den Erwartungen, die der Kaiser in seinem Glauben an fernere Wirkungen von Faschoda auf die Stimmung des französischen Volkes zu Deutschland daran geknüpft hatte. Wohl lagen vereinzelt auch günstige Pressestimmen vor. So sprach im „Figaro" Whist, seine Genugtuung über dieses Ereignis aus und trat erneut für eine Annäherung zwischen den Kabinetten von Paris und Berlin auf kolonialem Gebiete ein[31]) Der „Matin" sprach gleichfalls einem Ausgleich zwischen beiden Ländern das Wort. Doch die „Débats" und der „Temps" bewahrten ein eisiges Schweigen, obgleich sie sonst den geringsten Wechsel in der auswärtigen Windrichtung mit ihren Erörterungen zu begleiten gewohnt waren[32]). Noch weniger ließ sich die französische Regierung beeinflussen[33]). Der Besuch des Kaisers auf dem französischen Schulschiff, wie etwas später seine Anfrage, ob der französischen Regierung die Kranzniederlegung an einem französischen Kriegergrab bei St. Privat aus Anlaß der Denkmalsenthüllung für das 1. Garderegiment durch ihn genehm sei,

---

[30]) Schultheß, Europ. Geschichtskal. Jg. 1899. S. 267; vgl. Combarieu p. 30/31 u. demgegenüb. als Hinweis für den Wert der Untersuchungen von Pagès, Les Origines . . . p. 279. Hier wird der Besuch in den August verlegt.

[31]) Kölnische Zeitung, Nr. 529 v. 8. 7. 1899.

[32]) ebenda. Nr. 546, v. 14. 6. 1899.

[33]) GP. 18. 2. 773; vgl. DDF. Ser. 2 II. N. 339. (D. Aeußerung des spanischen Botschafters in Paris Leon Castillo zu Radolin, daß Delcassé nach dessen eigenen Worten dem Botschafter gegenüber zu jener Zeit einer freundschaftlichen Aussprache mit dem deutschen Botschafter geneigt gewesen sei und diese allein an dem Verhalten des Fürsten Münster gescheitert sei, sind dafür kein Gegenbeweis.

Delcassés Einstellung gegenüber allen deutschen Annäherungsversuchen, wie vor allem die persönlichen Bemühungen des Fürsten Münster um eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen (vgl. Nr. 5864) sprechen an sich schon dagegen. Vgl. ferner BD. I. 283).

Vgl. ferner:

Berliner Neueste Nachrichten. Nr. 372 v. 10. 8. 1899 D. Verleihung des Fürstentitels an Münster gab dem „Figaro" Anlaß, sich über die Tätigkeit des Botschafters in sehr herzlicher Weise zu äußern. Hebt seine, während der 14-jährigen Wirksamkeit auf dem Botschafterposten fortgesetzten erfolgreichen Bemühungen, jeden Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zu vermeiden, hervor.

blieben damit selbst als Akte der Höflichkeit in jeder Hinsicht bedeutungslos. Allerdings der Kaiser selbst hielt diese, trotz mancher Rückschläge, der Förderung seines Gedankens, einer Besserung der deutsch-französischen Beziehungen, nur für dienlich. Und doch war die Aufnahme und Erörterung dieser Freundlichkeiten jedesmal die gleiche wie jetzt beim Besuch des Schulschiffes. Sollten sich trotzdem die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich günstig, gestalten, dann auch nur, wie mit Recht die „National-Zeitung" hervorhob, wie eine derjenigen Pflanzen, deren Keim einer langen Entwicklung im Schoße der Erde bedarf, deren Entwicklung es allerdings nur stört, wenn man von Zeit zu Zeit nachsehen will, wie weit sie gediehen ist. Die abratende Antwort des Generals Gallifet mit Rücksicht auf die Erregung der französischen Bevölkerung durch die Wiederaufnahme des Dreyfusprozesses und seine bevorstehenden Revisionsverhandlungen in Rennes ließ den Gedanken der Kranzniederlegung nicht weiter zur Ausführung kommen. Delcassés politische Reise am 2. August 1899 nach Petersburg und ihre Motive traten für die Diplomatie in den Vordergrund.

Bereits aus der Aufnahme der spanischen Allianzvorschläge durch Delcassé und vor allem auf der Abrüstungskonferenz war eine stärkere Beachtung des Zweibundes durch Frankreich zu erkennen gewesen. Indes wieweit politische Zwecke und gar welche dieser Reise zugrunde lagen, blieb der deutschen Regierung verborgen. Gleichmäßig gaben die Berichte aus Petersburg und Paris der Vermutung Ausdruck, daß entgegen den Aeußerungen des Generals Gallifet zu Münster politische Absichten mit ihr wohl in Zusammenhang zu bringen seien. Tatsächlich erreiche auch Delcassé in den Tagen seines Petersburger Aufenthaltes, wohl nicht zuletzt durch die negativen Ergebnisse der russischen Vertragsvorschläge an Deutschland, die ausdrückliche Erneuerung der Abmachungen von 1891 und 1893, als deren Ziel neben die Erhaltung des Weltfriedens jetzt auch die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes trat. Außerdem sollte, nicht wie bisher mit der Auflösung des Dreibundes, sondern darüber hinaus gleich der Dauer der russisch-französischen Allianz auch die Militärkonvention gelten. Sein Bericht an den Präsidenten der französischen Republik vom 12. August 1899 läßt deutlich erkennen, daß diese der deutschen Regierung unbekannt bleibenden Bestimmungen hauptsächlich gegen jede Vergrößerung Deutschlands, die durch eine etwaige Auflösung der Donaumonarchie nach dem Tode Kaiser Franz Josephs zu erwarten gewesen wäre, eingestellt waren[34]). Für die Politik Delcassés waren sie zweifellos ein Erfolg. Rußland hatte jetzt für den Fall einer Auflösung der Donau-

[34]) Vgl. das französ-Gelbbuch. L'Alliance-Franco-Russe, p. 200 f. Nr. 95. M. Delcassé minister des Affaires étrangères à M. Loubet, président de la République Française, Paris, le 12 août 1899. vgl. Michon. L'Alliance Franco-Russe 1891—1917. p. 88.

monarchie auf Frankreichs politische Wünsche Rücksicht zu nehmen. Die Möglichkeit, daß eventuell Rußland allein die Garantie des deutschen Besitzstandes übernehmen würde, war von jetzt ab vorbei. Und wohl allein auf diesen Punkt, die Elsaß-Lothringen-Frage und ihre Lösung eben in französischem Sinne hatte es Delcassé abgesehen. Die Bindung Rußlands an Frankreich war dafür die erste und wichtigste Voraussetzung. Denn damit wies letzten Endes jeder Versuch direkter deutsch-russischer Verhandlungen nach dem Tode Kaiser Franz Josephs auf Frankreich. Der Augenblick der Auseinandersetzung mit Deutschland wegen Elsaß-Lothringen schien dann gekommen. In welcher Form und mit welchem Ergebnis war selbstverständlich noch offen. Delcassé glaubte diese auf friedlichem Wege, jetzt durch die Zuerkennung deutscher Bestandteile Oesterreichs an Deutschland, lösen zu können[35]). Doch wäre wohl Rußland, ganz abgesehen von Deutschlands Stellung, für eine derartige Politik zu gewinnen gewesen? Hätte nicht England sofort Einspruch dagegen erhoben? Jedenfalls zeigt die Sprache verschiedener französischer Blätter, so des „Figaro" und des „Echo de Paris", daß man sich in Paris viel von den Folgen einer derartigen Auflösung der Donaumonarchie versprach. Auf sie sollen Faure und Deschanel gehofft haben. Eine Aeußerung des Präsidenten Loubet vom 23. Juni 1904 läßt die gleiche Ansicht erkennen. Delcassés Verhandlungen in Petersburg suchten damit nur einer Erwartung gerecht zu werden, die gerade zu dieser Zeit nach Ansicht des Pariser Berichterstatters der „Kölnischen Zeitung" an vielen Stellen in Frankreich geteilt wurde. Man schien allgemein geglaubt zu haben, den Augenblick, in dem der Tod Kaiser Franz Josephs die Nachfolgerfrage in Oesterreich akut werden ließ, auch als Beginn direkter deutsch-französischer Verhandlungen betrachten zu können[36]).

Bewußt hatte Waldeck-Rousseau mit Rücksicht auf das Bedürfnis nach Beruhigung der Gegensätze vor allem aber im Interesse der Staatsautorität, deren Ansehen durch das „Für und Wider" und die daran anknüpfenden Agitationen untergraben war, die „Affäre" wieder aufgenommen. Ihm mußte deshalb, wie er selbst gegenüber Fürst Münster[37]) zu erkennen gab, für seine Regierung und die französischen Zustände ihre Bereinigung durch Freispruch von Dreyfus von größter Wichtigkeit sein. Indes der Verlauf der Verhandlungen in Rennes ließ erneut die Verurteilung vermuten, sodaß auf Anregung der Verteidiger die Anfrage in Berlin nach bestimmtem Prozeßmaterial als von äußerster Wichtigkeit bezeichnet wurde. Deutschland verwies in seiner Antwort lediglich auf die vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im

---

35) M. Paléologue: Un grand tournant de la politique. mondiale. S. 196.

36) Combarieu, p. 283/84; siehe ferner Köln. Ztg. Nr. 795 vom 10. 10. 1899; Nr. 928 v. 26. 11. 1899, siehe auch S. 22 dieser Arbeit.

37) Dem Botschafter war am 8. August die Erhebung in den Fürstenstand angekündigt worden.

Reichstag bezüglich des Hauptmann Dreyfus abgegebene Erklärung. Als Waldeck-Rousseau trotzdem um weitere Auskunft bat, lehnte die deutsche Regierung sie mit der Begründung ab, daß die Art, wie alle französischen amtlichen Organe die öffentlich und amtlich abgegebene Erklärung, daß Deutschland weder direkt noch indirekt mit Dreyfus etwas zu tun gehabt hat, ignoriert haben, weitere Mitteilungen ausschließe[38]). Bei diesen Sondierungen blieb sie auch gegenüber erneuten Sondierungen der französischen Regierung.

Allseits standen sich die Mächte in den alten Gruppierungen gegenüber. Stärker noch als Rußland in Ostasien war England dort und in Südafrika durch den Ausbruch des Krieges mit den Burenstaaten gebunden. Frankreich suchte sich nach der Erweiterung seiner Zweibundabmachungen im Innern zu konsolidieren und stand in der Außenpolitik abwartend der Entwicklung der Lage gegenüber. Für Deutschland war eine Politik der freien Hand, solange diese Bindungen bestanden, wohl möglich und wie der Gang deutsch-englischer Verhandlungen über Samoa zeigte, auch nützlich. Indes, dieselbe politische Situation mußte zugleich jeder deutschen Bereitwilligkeit zur Gestaltung besserer Beziehungen zu Frankreich ungünstig sein. So gab im September ein gemeinsames Vorgehen der deutsch-französischen Abgrenzungskommission im Hinterland von Togo gegenüber dem Widerstand eingeborenen Kafiris Anlaß, das Verhältnis beider Länder freundlicher zu gestalten. Eingeschränkt wurde dessen Bedeutung allerdings bereits durch die russische Presse, die darauf hinwies, daß derartige Zufälligkeiten in Afrika nicht selten seien und nur von der europäischen Presse weit über Gebühr aufgebauscht würden. Auf Frankreichs Stellung zu Deutschland hatte dieses Ereignis keinen Einfluß. Wohl ließ Delcassé amtlich in Berlin seine Befriedigung über dieses Zusammenwirken deutscher und französischer Truppen an der Togogrenze aussprechen. Die Anregung deutscherseits, daß ein „koloniales Zusammenwirken auch ferner in geeigneten Fällen" möglich sei, blieb, wie so oft, erneut unbeachtet[39]).

Auf beiden Seiten war man höflich korrekt gewesen. Beide Mächte hatten gute Beziehungen zueinander gepflegt. Kleine Freundlichkeiten, besonders durch den Kaiser, hatten die Beziehungen weiter zu festigen gesucht. Selbst die für das Verhältnis beider Länder schwierigen Fragen der Friedenskonferenz und des Dreyfusprozesses waren, ohne Mißverständnisse zu hinterlassen, vorüber gegangen. Doch zu einer politischen Annäherung war es nicht gekommen. Daß diese nicht erreicht wurde und von französischer Seite auch nicht gesucht worden war, lag eben in Anschauungen begründet, die durch die Pflege höflich-korrekter Beziehungen unberührt geblieben waren. Und doch sollten diese in ihrer Grundsätzlichkeit gegenüber Elsaß-Lothringen die deutsch-

[38]) GP. 13. 321.
[39]) GP. 13. 282. Fußnote.

französischen Beziehungen in steigendem Maße bestimmen. Bülow und Holstein hatten ihnen zu dieser Zeit in ihren Erwägungen über die deutsch-französische Politik vielleicht zu stark nachgegeben. Für Delcassé waren sie gewiß mitbestimmend, Deutschlands Anregung zu kolonialer Zusammenarbeit unbeachtet zu lassen.

III. Der Burenkrieg. Deutschland-Frankreich und der Kontinentalbundgedanke.

Statt dessen standen jetzt alle politischen Erörterungen der Kontinentalmächte, wie bereits der bevorstehende Abschluß des Samoavertrages, unter dem Eindruck des englischen Kampfes gegen die Burenrepubliken. Es war verständlich, wenn die durch diese Ereignisse bedingte politische Bindung Englands besonders in Frankreich allen englandfeindlichen Strömungen neuen Nährstoff gab. Der Haß gegen England schien fast größer zu sein, als er jemals gegen Deutschland war. Alle Enttäuschung und Verstimmung vergangener Zeit schien jetzt ihrer Entscheidung im französischen Sinne zu harren. Der Wunsch, daß es so kommen möge, ließ die Gefühle weitester Kreise bestimmen. Der Krieg mit England konnte nur noch eine Frage der Zeit sein. Für unvermeidlich hielt ihn das französische Volk wohl allgemein. Da außerdem allseits die öffentliche Meinung scharf für die Buren Partei ergriff, lagen derartige Gedanken besonders nahe und schienen in Form einer Intervention der Mächte von der ganzen Welt getragen zu werden. Wie sollte es dabei unmöglich erscheinen, daß auch jetzt, wie einst anläßlich der Kamerun- und Kongofrage Deutschland und Frankreich gemeinsam gegen die große Kolonialmacht England sich stellen würden? Sprach nicht die in beiden Völkern vorherrschende Feindseligkeit gegen England durchaus dafür? Doch Englands Machtkampf in Südafrika war, weit über den Rahmen einer Kolonialfrage hinaus, Gegenstand der großen Politik geworden. Das hieß für Frankreich, aber auch für Deutschland, sich von Erwägungen leiten zu lassen, die nicht kolonial, sondern kontinental, bedingt waren. Die gleichen Erwägungen, die einst Brisson, Dupuy und Delcassé auf Faschoda hatten verzichten lassen, mußten jetzt von neuem Frankreichs politische Haltung beeinflussen. Elsaß-Lothringen, das Grundproblem aller deutsch-französischen Beziehungen, überhaupt die kontinentale Rivalität traten damit entscheidend in den Vordergrund.

Nachdem bereits Ende Oktober der Versuch des französischen Botschafters, in Berlin etwas über die dortige Einstellung zu den schwebenden Fragen in Südafrika, Ost- und Vorderasien zu erfahren, erfolglos geblieben war, nahm die französische Regierung jetzt sogar eine beiläufige Aeußerung Bülows über gleiche Interessen beider Länder in Afrika zum Anlaß einer Anfrage, ob Deutschland bestimmte Vorschläge zur Wahrung dieser Interessen

zu machen habe, die jedoch völlig ausweichend beantwortet wurde[40]). Und mit Recht. Denn der Gedanke Bülows sollte besagen, daß ganz allgemein ein freundschaftliches Verhältnis beider Länder wohl möglich sei; dies ferner von deutschem Standpunkt gesehen England gegenüber vielleicht auch nützlich sein konnte. Der Gedanke war jedoch keineswegs, wie jetzt durch die französische Auffassung versucht wurde, in englandfeindlichem Sinne auszulegen, noch dementsprechend zu verwerten. Jeder weitere französische Schritt, wie der des französischen Botschafters im Interesse gemeinsamer Vorsichtsmaßregeln der an Afrika interessierten Nationen gegen die englische Expansion, konnte damit nur als für Deutschland zur Zeit nicht diskutabel abgelehnt werden[41]). Denn dafür fehlten ganz abgesehen von der Einstellung Deutschlands, gerade in Frankreich, wie aber auch in Rußland, diejenigen Voraussetzungen, die nötig gewesen wären, um diesem französischen Vorschlag, wie später dann den im Namen beider Länder in Berlin übermittelten gemeinsamen Interventionsentwurf überhaupt erst zu ernsthafter Erwägung kommen zu lassen. So zeigten die Potsdamer Besprechungen anläßlich des Zarenbesuches am 8. November 1899, daß Rußland einer Einmischung in die südafrikanischen Ereignisse ablehnend gegenüberstand und den Gedanken eines Zusammengehens von Rußland, Frankreich und Deutschland gegen England mit der Begründung des Grafen Murawiew gegenüber Bülow abwies: „Es sei garnichts zu machen. Frankreich denke nicht daran etwas zu unternehmen, sondern warte den weiteren Gang der Kriegsereignisse ab"[42]). Ob in der Absicht, durch weitere englische Niederlagen die Situation zum Eingreifen gegen England günstiger gestaltet zu finden, erscheint sehr fraglich. Jedenfalls zeigten diese Besprechungen, wie der darauf folgende Besuch des Kaisers in England vom 20.—28. November, daß sich die kontinentalen Gegensätze in wachsendem Maße auf die Gestaltung der Beziehungen der Mächte zueinander auszuwirken begann. Kam man in Potsdam nach jenen Zweibundabmachungen über allgemeine Versicherungen, gegenseitig beste Beziehungen aufrechtzuerhalten zu wollen, nicht hinaus[43]), so lagen die Gründe für Bülows Behauptungen gegenüber Chamberlain, daß sich die Stimmung in Frankreich Deutschland gegenüber wesentlich kalmiert habe und die Franzosen nicht mehr daran dächten, einen Revanchekrieg gegen Deutschland zu inszenieren[44]) auf der Hand. Die Beachtung der Bedeutung von Elsaß-Lothringen für den französischen Revanche-

---

[40]) E. Brandenburg. S. 121. vgl. Bourgeois et Pagès Les Origines . . . S. 282.

[41]) GP. 15. 406. Vgl. hierzu Fußnoten S. 406/07 und die von neuem einsetzende zweideutige Tätigkeit des französischen Agenten Jules Hansen, die jedoch erfolglos blieb. Dessen Spiel wiederholte sich dann im Februar 1900 mit dem gleichen negativen Erfolg.

[42]) GP. 13. 229.

[43]) DDF. Ser. 2 I, Nr. 410. M. Boutiron. Chargé d'Affaires de France à Saint-Pétersbourg, à M. Delcassé.

[44]) GP. 15. 413—20.

gedanken blieb nach dieser Seite genau so maßgebend, wie Bülow als Ergebnis der Londoner Besprechungen die Aufrechterhaltung guter Beziehungen nach russischer wie englischer Seite und Abwarten der weiteren Entwicklung der elementaren Ereignisse als Richtlinien der deutschen Politik weiterhin zweckmäßig erschienen. Wenn demgegenüber Fürst Münster aus ihm zugegangenen Nachrichten kritiklos der Ansicht war, daß sich Frankreich im Einvernehmen mit Petersburg auf einen Konflikt mit England vorbereite, so sprach bereits die von Bülow als „mehr oder weniger phantastisch"[45]) bezeichnete Natur dieser Nachrichten gegen ihre Glaubwürdigkeit. Er las aus ihnen nur, daß „Frankreich auf dem Umwege über Berlin graulich machen und eine friedliche Stimmung hervorrufen möchte"[46]), während die deutsche Botschaft in Petersburg gleichfalls äußerst skeptisch, sie für Propagandamache Frankreichs um dessen angebliches „Verdienst an der Dämpfung der vermeintlichen russischen Aktionslust"[47]) in London erklärte.

Damit war gleichzeitig gesagt, daß man deutscherseits die etwaige Interessengemeinschaft der europäischen Mächte gegen England als äußerst gering einschätzte. Ob diese von russischer oder französischer Seite angeregt wurde, war für die deutschen Erwägungen ohne Bedeutung. Denn für Deutschland blieb, die gegenseitige Garantie des europäischen Besitzstandes der beteiligten Mächte als Vorbedingung aller weiteren Schritte von französischer wie russischer Seite unerfüllt. Jede dieser Mächte hätte es damit in der Hand gehabt, frei in ihren Entschlüssen, jede Veränderung der politischen Situation nach eigenem Ermessen auszunutzen. Denn wer garantierte dafür, daß Frankreich dann nicht mit England gegen Deutschland gehen würde? Selbst der Kaiser mißtraute der französischen Außenpolitik. So bestand eine derartige Interessengemeinschaft nur scheinbar. Sie wirklich zu gestalten, verbot stets von neuem die Elsaß-Lothringen-Frage[48]), deren Bedeutung für Frankreichs Haltung zu Deutschland die russische Diplomatie nach dem Aufenthalt Delcassés in Petersburg genau zu ermessen wohl in der Lage war. Sie konnte auch deutscherseits allgemein nicht besser beurteilt werden als durch die Ansicht Bülows, daß Frankreichs Zustimmung zu einer solchen Abmachung eine Umwälzung in der Politik des Erdballs wäre, auf die Deutschland sich wohl nicht vorzubereiten brauche[49]). Und mit Recht. Denn wozu würde es sonst wohl der Geduld, Konsequenz und Zeit bedürfen, die Pläne auch auszuführen, die zu entwerfen Frankreich die Doppelallianz bereits ermögliche. Deutschlands Stellung zu Frankreich war dafür zu klar umrissen, als daß gerade aus ihr sich für Delcassé die Notwendigkeit ergeben mußte, Ende November 1899 vor der Deputiertenkammer auf die Festigkeit der Allianz mit Ruß-

[45]) Bülow-Denkwürdigkeiten, Bd. I, S. 421.
[46]) GP. 15. 430.
[47]) GP. 15. 503.
[48]) So vom französischen Standpunkt. Deutschland erkannte eine Elsaß-Lothringen-Frage selbstverständlich nicht an. Vgl. GP. 15. 530.
[49]) GP. 15. 125.

land als Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs in der Gegenwart und als Grundlage für die Gestaltung weiterer Pläne für die Zukunft hinzuweisen. Nichts war gesagt, was geeignet sein konnte, die Empfindlichkeit irgendeiner Macht zu erregen. Jedoch war mit den Ausführungen Delcassés gleichzeitig gesagt, und die „Agence Havas" hob es besonders hervor, daß Frankreich entschlossen sei, seine Rechte selbst zu wahren. In welcher Richtung es diese nach dem Besuch des Zaren in Potsdam und dem des Kaisers in Windsor vertreten zu müssen glaubte, mochte am Quai d'Orsay eindeutig feststehen. Aus den Erörterungen der französischen Presse über die Ausführungen Delcassés vor der Kammer war eine derartig bestimmte Zielsetzung allerdings nicht ersichtlich. Ganz im Gegenteil, Frankreichs politische Lage schien nach dem Besuch des Kaisers in Windsor keineswegs günstig gesehen zu werden. Denn der Anlaß zu diesem Besuch konnte nach Ansicht des allgemein regierungsfreundlichen „Journal des Débats" und der „Libre Parole" nur aus dem Verhalten des offiziellen Frankreich Deutschland gegenüber erklärt werden. Denn Delcassé habe das Angebot Deutschlands auf eine gegenseitige Annäherung zurückgewiesen[50]). Jetzt sei es nur zu bedauern, daß Frankreich nicht vor einem Jahr den Antrag Deutschlands, sich wegen der Ablösung der portugiesischen Kolonien mit ihm ins Einvernehmen zu setzen, angenommen habe. Die Dinge hätten sich dann, nach Ansicht des „Journal des Débats" anders entwickelt[51]). Denn die Diplomatie des Kaisers konnte nach weiteren Ausführungen des „Echo de Paris" nur darauf hinzielen[52]), sich für den Tag, an dem die Erbfolgefrage in Oesterreich akut werden mußte, alle Hände frei zu halten. Wir fragen deshalb, so folgert diese Zeitung, was Delcassé getan hat, um bei der Eröffnung der österreichischen Erbfolgefrage eine „Ungerechtigkeit", die man schon jetzt voraussieht und die Frankreich auf die Stufe einer schwachen Nation herabdrücken würde, zu verhindern. Daß bereits im August in Petersburg von Delcassé verhandelt worden war, konnte das „Echo de Paris" allerdings nicht wissen. Hätte die Presse von diesen Verhandlungen, wie von den auch jetzt noch schwebenden Interventionsvorschlägen von französischer und russischer Seite irgendwie Kenntnis gehabt, sie hätte von Delcassés ablehnender Haltung gegenüber Deutschland taktvoll geschwiegen. Delcassés Hinweis auf die Allianz mit Rußland als die Grundlage für weitere Pläne wäre dann demgegenüber gewiß besser verstanden worden. So war die Stellung des offiziellen Frankreich Deutschland gegenüber die gleiche geblieben, die das „Journal des Débats" für das Jahr 1898 ablehnen zu müssen glaubte. Jeder Gedanke einer Koalition gegen England, für den jetzt, Anfang Januar 1900, aus Anlaß der allgemein befürchteten Besetzung der Delagoabai durch England, Osten-

---

[50]) Köln. Zeitg. Nr. 922 v. 24. 11. 1899. Telegr. aus Paris v. 23. 11. 1899.
[51]) ebda. Nr. 944 v. 1. 12. 1899, Telegr. a. Par. v. 30. 11.
[52]) ebda. Nr. 928. v. 26. 11. 1899, Telegr. a. Par. 25. 11. 99.

Sacken eintrat, mußte für Deutschland durch Frankreichs Haltung entschieden werden. Auf die deutsche Gegenfrage, eben nach der Haltung Frankreichs und dessen Garantie, konnte Osten-Sacken nur ausweichend antworten. Seine Aeußerungen zeigten, daß die Beurteilung dieses Spannungsmomentes in Petersburg, wie in Berlin vollkommen die gleiche war.

Der Gedanke blieb jedoch auf russischer Seite lebendig und trat am 3. März 1900 erneut, diesmal mit französischer Zustimmung, als Mittel einer zweideutigen Politik, in den Vordergrund[53]). Im Namen beider Länder regte Rußland eine gemeinsame Vermittlung der drei Mächte zwischen England und den Burenstaaten an. Graf Murawiew ließ hierbei auf die „humanitären, von den Großmächten auf der inernationalen Konferenz im Haag anerkannten Grundsätze" und die allgemeinen Sympathien der Welt für den Freiheitskampf der Buren hinweisen. Der Zeitpunkt für einen derartigen Schritt erschien ihm außerdem besonders günstig, da nach einem soeben errungenen Sieg der englischen Armeen ein solcher Schritt in England nicht als Kränkung aufgefaßt werden könnte. Den Vorschlag Rußlands und Frankreichs direkt abzulehnen, lag für die deutsche Regierung kein Grund vor. Jedoch da der Zar bereits auf der Haager Friedenskonferenz an leitender Stelle gestanden habe, käme ihm es auch jetzt zu, zunächst von sich aus allein zu ermitteln, welche Aufnahme eine derartige Vermittlung in London erfahren werde[54]). Man überließ also Rußland den Vortritt und hielt weiter an dem schon früher betonten Grundsatz fest, bei der Unsicherheit der französischen Haltung ein Eingehen Deutschlands auf gemeinsame Aktionsvorschläge von Seiten des Zweibundes oder einer der Zweibundmächte von der Garantierung des derzeitigen Besitzstandes der drei Mächte abhängig zu machen. Daß irgendeine französische Regierung auch nur durch ein Telegramm Delcassés an Noailles, wie es der Kaiser an den Rand eines Berichtes aus Petersburg mit dem Wortlaut: „Le Gouvernement reconnaît sans arrière penser les frontières de l'Allemagne, comme elles sont délimitées par le traité de Francfort", entwarf[55]), je darauf eingehen würde, konnte als unmöglich angesehen werden. Jedenfalls sagte Murawiew dem deutschen Botschafter direkt, daß jedes französische Ministerium, das Deutschland bezüglich der Garantie entgegenkommen wolle, sofort gestürzt werde und Frankreich seine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen nie fallen lassen werde[56]). Und Murawiew war kurz vorher in Frankreich gewesen. Sein Urteil sprach damit nur nochmals aus, was bereits am 1. Februar 1900 der französische Kammerpräsident Deschanel, die Worte seines Amtsvorgängers in der französischen

---

[53]) Combarieu, p. 50 und demgegenüber bereits Pagès, p. 286. F. Meinecke. S. 158.

[54]) Combarieu, p. 52. Telegr. des französischen Botschafters in Berlin, Marquis de Noailles. 5. März 1900.

[55]) GP. 15. 520.

[56]) GP. 15. 530.

Akademie Edouard Hervès aufgreifend, bei seiner Antrittsrede hervorgehoben hatte, daß allein Deutschland ein Interesse am englisch-französischen Gegensatz, wie an jeder gegen England gerichteten französischen Politik habe. Und allein deshalb könne es Frankreich, wie Delcassé auf eine Anfrage im französischen Senat, was die Regierung wegen der Bitte um Intervention der südafrikanischen Republiken zu tun gedenke, jetzt ausführte, nach so vielen schweren Erfahrungen und so tief greifenden Verschiebungen im Gleichgewicht der Mächte nicht zulassen, daß seine Pflichten gegen die Welt — die es niemals versäumen werde — Frankreich der Pflichten vergessen lassen, die es gegen sich selbst habe. Es habe nichts verloren von der edlen Begeisterung, die von ihm so oft gezeigt wurde, aber ein sicherer Instinkt sagt ihm, daß es sich dieser Begeisterung nicht mehr unbedacht hingeben darf[57]). Deutschlands Frage nach der Haltung der französischen Regierung war auch jetzt die gleiche, die bereits vor einem Jahr Bülow den russischen Meerengen-Angeboten gegenübergestellt hatte. Auch jetzt war ihre Beantwortung die gleiche, nur mit dem Unterschied, daß diesmal Frankreichs Haltung dem eigentlichen Zweck der ganzen Interventionspolitik, wie sie allgemein aufgefaßt wurde, eher günstig als hemmend zur Seite stand. So war die deutsche Antwort zwar als Ablehnung gemeint, jedoch nicht derart klar, daß sie Zweckentstellungen absolut unmöglich machte. Diese blieben dann auch nicht aus!

Von Petersburg und Paris wurden die Dinge sofort in entstellter Form nach London berichtet. Nach ihnen sollte der Gedanke vom Kaiser ausgegangen sein und Deutschland grundsätzlich zur Intervention bereit gewesen sein und nur unter ganz exorbitanten Forderungen seine Mitwirkung in Aussicht gestellt haben. Verdächtigungen, deren Zweck nach Ansicht Bülows allein darauf abzielen konnte, Deutschland in der Zeit diplomatischer Erörterungen über die Frage der deutsch-englischen Zusammenarbeit England gegenüber zu engagieren. Sie waren aber auch ein Zeichen, daß die Erkenntnis der kontinentalen Gegensätze, die stärker waren als der menschliche Anteil am Schicksal der Buren, den Willen sie auszugleichen nicht in sich barg. Vielmehr sahen alle Sonderungen von französischer wie russischer Seite und jetzt im Namen beider Mächte das Bestehen derartiger Spannungsmomente als Tatsache an. Die Möglichkeit des Kontinentalbundes war damit von Anfang an ausgeschlossen. Der Glaube, einen solchen Bund zustande zu bringen, bestand allerdings deutscherseits auch nicht. Dafür hätten nicht wiederholt über Rom, Wien und Madrid Warnungen nach Berlin kommen müssen, die davon sprachen, daß Murawiew eine deutsch-französische Versöhnung gar nicht wünsche; ganz im Gegenteil besonders von russischer Seite der Zwiespalt zwischen Frankreich und Deutschland absichtlich gefördert werde und die französische Regierung ihrerseits zwar Deutschland von England tren-

[57]) Karl Wippermann, Deutscher Geschichtskalender für 1900. Bd. I. S. 301.

nen wolle; im entscheidenden Moment aber leicht auf die englische Seite abschwenken könne.

Die Ereignisse von 1898 wie der Ablauf der Zeit bis zur Jahrhundertwende sprachen entschieden dafür. Wenn somit Graf Murawiews Aeußerungen über Frankreich zu deutschen Diplomaten stets die Bedeutung von Elsaß-Lothringen in den Vordergrund stellten, konnten die Gründe derartiger Ansichten wohl kaum das Ergebnis aufmerksamer Beachtung der öffentlichen Meinung Frankreichs und deren Stimmungen sein. Diese mochten gewiß sich mit den Auffassungen am Quai d'Orsay decken. Für Murawiew lagen die Grundlagen seiner Ansichten jedoch mit mehr Wahrscheinlichkeit und wohl allein in der Kenntnis der Anschauungen des politischen Frankreich, dessen Richtung, wie die Aufnahme aller deutschen Anregungen zu gemeinsamer Zusammenarbeit und ferner die letzten Zweibundabmachungen zeigen, entschieden zurückhaltend, wenn nicht direkt deutschfeindlich war. Dies schloß natürlich nicht aus, daß diese Richtung den politischen Anschauungen des russischen Außenministers vollauf entsprach, daß sie ferner nach Nachrichten aus Paris sogar von ihm gefördert wurde. Jedenfalls sah man in Berlin, daß auf französischer wie russischer Seite Kräfte lebendig waren, die nach wie vor in Deutschland ihren einzigen Feind erblickten. Deren Wirken es wohl nicht zuletzt mit war, wenn während des Burenkrieges Europa durch den Dreibund und Zweibund neutralisiert erhalten blieb und deren Erkenntnis Deutschland nach Bülows eigenem Urteil zu einer gewissen Zurückhaltung mahnte[58]). Man sah wohl diese Kräfte. Die Haltung Deutschlands zu England war durch die gewiß wohl mit bestimmt. Allein, solange man andererseits der Ansicht Ausdruck gab, daß im allgemeinen Deutschlands Wohlwollen für England das Schicksal der Intervention entschieden habe[59]), übersah die deutsche Regierung zugleich, daß neben der Weltmacht England auch Deutschlands Größe anderen unerwünscht sein könnte. England, Rußland und daneben noch Frankreich waren die Machtfaktoren, mit denen man einzeln oder in ihren Gruppierungen, entsprechend der jeweilig maßgebenden politischen Situation rechnen zu müssen glaubte. Daher die vielfach widerspruchsvollen, wenn nicht falschen Anschauungen über den Wert des Zweibundes, oder die Stärke der französischen Revanchebewegung, die alle nur allzusehr von einzelnen Ereignissen oder Stimmungen auf den vermeintlichen Wert des betreffenden Faktors zu schließen geneigt waren und die dabei mehr die Hoffnung, doch noch, wie Fürst Münster am 3. März 1900 berichtet, zu einer Verständigung mit Frankreich kommen zu können als die gleichzeitige Mahnung zur Zurückhaltung und Vorsicht sahen. Entscheidend für die Gestaltung der Machtverhältnisse war deshalb nicht so sehr die Erwägung deutscherseits und ihre Folgen, als vielmehr schon die Grundlage jener Machtverhältnisse, deren äußere

[58]) GP. 18. 2. 767; vgl. BD. II. 258 ff.
[59]) BD. I. 254.

politische Form eben die Gliederung Europas im Zweibund und Dreibund war. Blieb aber diese mit ihren konstanten Gegensätzen durch das Wirken jener deutschfeindlichen Kräfte in Frankreich wie Rußland erhalten, so beweist dies nur, daß die Möglichkeit einer deutschen Zusammenarbeit mit dem Zweibund nicht einmal für eine Intervention bestanden hat. Selbst ohne die feste Basis gegenseitigen Vertrauens aus der gemeinsamen Gegnerschaft gegen England heraus war diese Möglichkeit nicht zu erreichen. Dazu war Frankreichs Stellung zu Deutschland, wie auch zu England bereits derart umrissen, daß das Ergebnis einer solchen Vereinigung mit Rußland und Deutschland gegen England sehr leicht das einer ähnlichen Tripleentente gegen Deutschland hätte sein können. Denn jeder Erfolg dieser Koalition über England wäre zugleich auch ein Erfolg Deutschlands gegenüber allen französischen Revanchebestrebungen gewesen. Und diesen zu verhindern, das gebot jener Instinkt, von dem Delcassé nicht nur in der Kammer gesprochen, sondern sich bei diesen Interventionserwägungen auch hatte leiten lassen. Er hätte Frankreich bereits jetzt zu England gegen Deutschland geführt. Ein erster Versuch war 1895, nach dem Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger, noch ohne Erfolg geblieben. Jetzt, nach dem Abschluß des Mittelafrika-Abkommens wäre dieser mit mehr Wahrscheinlichkeit auch von Erfolg begleitet gewesen. Denn für das französische Volk und dessen außenpolitische Vertretung seiner Hoffnungen und Aspirationen war Deutschland, so lange es Straßburg und Metz besaß, stets nur der parmanente, niemals aber der akzidentielle Gegner. Das hatte Faschoda eindeutig bewiesen. Immerhin war für Deutschland aus dem Ergebnis dieser Erörterungen ersichtlich, daß die Voraussetzungen für eine Politik der freien Hand, also eventuell auch mit dem Zweibund zusammen zu gehen, nach dieser Seite nicht mehr der tatsächlichen Lage entsprachen. Denn Deutschlands Beziehungen zu Frankreich hatten sich als Folge dieser Erörterungen eher gelockert als befestigt.

Das Verhältnis zu Rußland war infolge der deutschen Türkeipolitik keineswegs freundlich, das zu England durch die Beschlagnahme der deutschen Dampfer und jene französisch-russischen Nachrichten über angebliche deutsche Interventionsversuche ungünstig beeinflußt, während andererseits die Stellung des Zweibundes zu England durch keinerlei direkte Konfliktspunkte belastet wurde. Die Machtverhältnisse auf dem Kontinent gaben somit England vorerst die Möglichkeit, trotz seiner schwierigen Lage den Kampf um Südafrika durch Einsatz aller Machtmittel seines Imperiums für sich zu entscheiden.

IV. Marokko und Ostasien. — Die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung?

In dieser Lage trat die Marokkofrage infolge der Besetzung der Oase Tuat durch Frankreich konkreter, als einst 1895 im Zu-

sammenhang mit dem Orientplan Salisburys, in den Vordergrund diplomatischer Erwägungen. Nicht so sehr die Aktion selbst, der England ohne Interesse gegenüberstand und die von Paris auf deutschen Einspruch hin allseits beruhigend erläutert wurde, als vielmehr ihr Zusammenhang mit der wachsenden Schwäche des marokkanischen Reiches, war hierbei von Bedeutung. Bereits 1897, dann eingehender 1899 hatte Salisbury dies Problem gegenüber Hatzfeldt aufgeworfen. Im Herbst des gleichen Jahres war dann die Frage erneut und zwar diesmal durch Chamberlain zur Sprache gekommen. Gegenüber Hatzfeldt, dann im November 1899 im Gespräch mit dem Kaiser hatte sich Chamberlain für eine deutsch-englische Verabredung über Marokko, in der für Deutschland die atlantische Küste, für England Tanger zugedacht war, ausgesprochen und an diesem Gedanken auch in der Folgezeit festgehalten. Erörterungen, die sich an dessen Rede vom 30. November anschlossen[60]), und der Dampferzwischenfall Ende 1899 ließen für weitere Besprechungen vorerst keinen Raum. Indes konnte die Frage, über die Bülows Urteil im April 1900 richtig sagt, daß „Marokko einen der Nervenknoten unseres Erdkörpers bilde"[61]), vom deutschen Standpunkt für das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich, wie das der Westmächte untereinander nicht ohne Bedeutung sei. Mit Recht wies Hatzfeldt darauf hin, daß die Möglichkeit einer englisch-französischen Verständigung keineswegs ausgeschlossen sei und wir dann, falls dieser Fall eintreten sollte, kaum in der Lage sein würden, „unsere Ansprüche in Marokko gegen eine englisch-französische Abmachung mit Erfolg zu vertreten"[62]).

Der Kontinentalbundgedanke und das mit ihm verbundene politische Intriguenspiel hatte Deutschland eindeutig erkennen lassen, wie tief die Kluft zu Frankreich immer noch war. Deutschland folgerte daraus nicht etwa, daß es seine Politik zu ändern hätte. Hierfür lag auch kein zwingender Grund vor. Die allgemeine Situation ließ es zu, daß Bülow die Bedeutung der Marokkofrage im Rahmen der seit dem Frühjahr 1898 offenen deutsch-englischen Bündnisfrage in einer eventuellen Sonderverständigung mit England auf Grund jener englischen Anregungen erblicken konnte. Balfour und Chamberlain hatten zu jener Zeit infolge der Lage in China und Westafrika der deutschen Regierung den Gedanken einer deutsch-englischen Annäherung unterbreitet. Die Frage war seitdem zwar vielfach erörtert worden, doch ohne zu Ergebnissen zu gelangen. Bülow war jetzt dem Gedanken keineswegs abgeneigt, bei gleicher Bereitschaft in London, auf ein Sonderabkommen über Marokko einzugehen. Hatzfeldt hatte Vollmacht, die Frage in der ihm geeignet erscheinenden Weise in Angriff zu nehmen[63]). Salisburys kühle Zurückhaltung ließ jedoch weitere Verhandlungen vor-

[60]) GP. 17. 298. Fußnote S. F. Meinecke: S. 150.
[61]) GP. 17. 301.
[62]) GP. 17. 306.
[63]) GP. 17. 308.

erst nicht aufkommen. Welches die Gründe waren, die ihn zu dieser Haltung veranlaßten, ließ sich nur vermuten. Daß sie von Anfang an keineswegs mit den Anschauungen Chamberlains übereinstimmten, hatte bereits Chamberlain selbst des öfteren zu erkennen gegeben und Hatzfeldt aus seinen Besprechungen gleichfalls nur bestätigt gefunden. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß Salisbury teils aus politischen, teils aus persönlichen Gründen einer Verständigung mit Frankreich in der Marokkofrage den Vorzug gab. Bülow erkannte wohl die ungeheuren Folgen, die eine derartige Interessengemeinschaft, erweitert durch das Hinzutreten anderer Staaten auf die künftige Gestaltung der Mächtegruppen auszuüben imstande wäre. Bisher war Rußland für Frankreich der wirksamste Schutz gegen einen etwaigen deutschen Angriff. Jahrzehnte hindurch hatten ihn die Franzosen gefürchtet. Jetzt aber, da der Aberglaube an einen erneuten deutschen Einfall in Frankreich nach Ansicht Bülows im Absterben sei, gewinne der Gedanke an ein maritimes Zusammengehen mit England selbst in der öffentlichen Meinung in wachsendem Maße an Raum[64]). Den Absichten Englands, wie man sie deutscherseits aus allen Anzeichen zu erkennen glaubte, nämlich durch Marokko eine möglichst weitwirkende Interessengemeinschaft mit Frankreich zu erreichen, konnte dieser Gedanke nur förderlich sein. England wird dabei durchaus als das dynamische Element einer derartigen Gruppierung gewertet. Dann allerdings mußte auch vom deutschen Standpunkt, da man nicht wissen konnte, welche Verpflichtungen beide Mächte eingegangen waren, der Zweibund als die friedlichste Gruppierung für Frankreich erscheinen. Für Deutschland auch ohnedies eine immerhin bedenkliche Möglichkeit! Bülow tröstete sich jedoch damit, daß ihre Verwirklichung vorerst nicht dringend und eine Verständigung über Tanger billiger mit Deutschland als mit Frankreich zu erlangen sei[65]). So beschränkte man sich nur darauf, über Petersburg warnend in Paris weiteren französischen Schritten über Tuat hinaus vorzubeugen, um damit das Gesamtproblem nicht weiter zur Aufrollung kommen zu lassen. Der Zweck dieses Schrittes wurde erreicht. Die Lösung der Marokkofrage war vorläufig aufgeschoben. Allerdings, daß dadurch auch das Interesse Frankreichs an Englands Stellung zu dieser, wie zu den zwischen beiden Westmächten noch schwebenden strittigen Fragen gestärkt werden mußte, darüber glaubten sich Bülow und Holstein keine Gedanken machen zu brauchen.

Der Ausbruch der Boxerbewegung in China gegen die fremden Nationen, stellte diese vor Fragen, deren Entscheidung durch die Bedrängnis aller Gesandtschaften, wie die Ermordung des deutschen Gesandten v. Ketteler am 18. Juni 1900 für alle Mächte von Bedeutung wurde. In welchem Maße dabei deren Interessen und Ziele im einzelnen betroffen wurden und das Neben- und Gegeneinander dieser speziell ostasiatischen Interessen im Ablauf der

[64]) GP. 17. 318.
[65]) GP. 17. 322.

Ereignisse zur Entscheidung kam, ist hierbei nur von Bedeutung, als durch diese Entscheidungen eventuell eine Umgestaltung des Mächtesystems zu erreichen war. Aus Prestigegründen eingeleitet und durch wirtschaftliche Interessen unterstützt, stand dieser Abschnitt deutscher Diplomatie fast ganz unter dem Einfluß des Kaisers, dessen eigenste Natur vorerst alle deutschen Maßnahmen bestimmte. Seine Rede am 27. Juli vor der Abfahrt der deutschen Expeditionstruppen nach China, wie bald darauf die auf sein Drängen erfolgte Betrauung des Grafen Waldersee mit dem Oberbefehl über die europäischen Streitkräfte in China standen im Vordergrund.

Frankreichs Bescheid stand letzterer gegenüber am längsten aus. Mit ausschlaggebend war dafür allerdings, daß der Beschluß des Ministerrats infolge einer Reise des Präsidenten der französischen Republik nicht vor dem 14. August getroffen werden konnte. Daß indes von verschiedensten Seiten in Paris gearbeitet wurde, um die französische Regierung in der Oberbefehlsfrage zu einer auf Schrauben gestellten Antwort zu veranlassen[66]), konnte bei Frankreichs Stellung zu Deutschland und Rußland und demgegenüber bei Rußlands Stellung zu England nicht wunder nehmen. Die gefühlsmäßige Antipathie wohl des ganzen französischen Volkes gegen den Oberbefehl eines deutschen Generals, über die sich gewiß keiner der französischen Regierungsmitglieder im Unklaren war, mochte dafür die Unterlage geboten haben. Gerade Delcassé soll dieser Stimmung sehr stark bei seinen Erwägungen Rechnung getragen haben[67]). Der Beschluß des Ministerrates sprach sich dann allerdings für den Vorschlag des Kaisers aus. Er wurde noch am 14. August durch eine Verbalnote der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, während der Kaiser durch ein persönliches Telegramm des Präsidenten Loubet von dem gleichen Entschluß der französischen Regierung Kenntnis erhielt.

> Le Gouvernement de la république a toujours pensé que le succès des opérations internationales en Chine dépendait de l'unité de direction. Il est certain que le maréchal de Waldersee occupera, quand il sera en Chine, dans le conseil des généraux, le rang eminent que lui assure son grade. Le commandant en chef du corps expéditionnaire français ne manquera pas d'entret en relation avec lui[68]).

Zur allgemeinen Kenntnis kam der Inhalt der Note mit dem Beschluß des Ministerrats dann zwei Tage später durch die „Agence Havas". In der Pariser Presse wurde die Antwort der Regierung einfach als eine Formalität gewertet, die, wie der „Gaulois" schrieb, nicht weiter geeignet sei, an den durch die übrigen Mächte schon

---

66) GP. 16. 90.
67) GP. 18. 2. 771.
68) Combarieu: Sept ans à Elysée . . . p. 85. Den Text der Verbalnote, wie die sich an das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Loubet anknüpfenden Fragen s. GP. 16, 91, wie GP. 89, 83 Fußnoten.

vorher getroffenen Vereinbarungen irgendetwas zu ändern. Sie war ein Gebot der gesunden Vernunft und sei, wie endlich auch der „Temps" äußerte, ganz und gar nicht dazu angetan, die französische Empfindlichkeit zu verletzen.

Warnend wies allerdings demgegenüber Bülow darauf hin, daß in Frankreich die nationalistische Bewegung und damit auch die Revanchestimmung zweifellos an Boden gewinne[69]). Mehr denn je schien es deshalb nur zweckmäßig, Deutschland nicht zu sehr hervortreten zu lassen und nach Erkenntnis jener Tendenzen ihnen auch Rechnung zu tragen. Wohl allein Bülow fand hierfür am besten das Maß an Kritik und politischer Einsicht, das bei entsprechend selbständiger und auch folgerichtiger Auswertung gegenüber dem Kaiser und dem Optimismus des Fürsten Münster in mancher Hinsicht das politische Bild hätte verändern können. Der Glaube an die Unversöhnlichkeit Frankreichs überwog bei ihm durchaus. Sah demgegenüber Fürst Münster in Paris ernsthafte französische Betreibungen, ein besseres Nachbarverhältnis zu Deutschland zu erreichen und glaubte er ferner, diese durch Aeußerungen Delcassés ihm gegenüber, daß der gemeinsame Kampf von Deutschen und Franzosen auch zu einem besseren Verhältnis beider Nationen beitragen möge, bestätigt zu finden, so war man in Berlin entschieden skeptischer. Daß eventuell einzelne Strömungen im Volk einer mehr deutschfreundlichen Stimmung Raum gaben, mochte wohl sein. Denn wohl wäre es, wie auch Bülow hervorhob, übertriebener Pessimismus, wenn man verkennen wollte, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Paris sich in letzter Zeit wirklich gebessert haben[70]). Jedoch daraus zu folgern, daß ernstlich niemand an eine Wiedereroberung Elsaß-Lothringens denke und man deutscherseits, wie Fürst Münster beantragte, Frankreich durch Milderung jener in den Reichslanden für französische Offiziere geltenden Beschränkungen entgegenkommen müsse, hieß gleichsam alle Vergangenheit leugnen. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt. Allerdings war soviel an den Pariser Berichten wahr, daß Delcassé tatsächlich seine Ostasienpolitik in Uebereinstimmung und Fühlung mit Deutschland zu führen wünschte und der französische Botschafter sicher nicht ohne Weisung aus Paris aus eigener Initiative betonte, daß Frankreichs Programm sich mit dem Deutschlands vollständig decke[71]). So lag die Möglichkeit, zusammen mit dem Zweibund Teilfragen, dann selbstverständlich gegen England zu entscheiden durchaus nahe. Als taktisches Mittel, um der Gefahr einer direkten englisch-russischen Verständigung über Ostasien entgegenzuarbeiten, war eine derartige Gruppierung wohl nützlich und auch Anfang August 1900 entgegen englischen Absichten im Jangtsetal von Erfolg. Diese jedoch zu einer allgemeinen Verständigung in antienglischem Sinne aufzubauen, lehnte Bülow grundsätzlich ab.

---

[69]) GP. 16. 16.
[70]) GP. 16. 68.
[71]) GP. 16. 63; 18. 2. 771—772.

Denn auch hier ließ das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland bei Delcassés außenpolitischen Grundsätzen die Gefahr der Verquikkung einer derartigen Abmachung zur Wahrung einheitlicher Interessen im fernen Osten mit der politischen Grundlage beider Länder in Europa und damit für Deutschland die gleichen Nachteile, wie während des Burenkrieges, erstehen. Die Erinnerung an Schimonoseki mochte dabei desgleichen die deutsche Haltung beeinflußt haben. Hinweise von russischer Seite wie der Ergebnislosigkeit einer deutschen Anregung zur Besprechung verschiedener in Zusammenhang mit der Jangtsefrage stehender Einzelfragen durch Delcassés unüberwindliche Zurückhaltung[72]), konnten beweisen, daß zumindest das Mißtrauen in die Möglichkeit einer derartigen Entwicklung deutscherseits vollauf berechtigt war. Frankreichs zur Zeit deutschfreundliche Einstellung war dafür kein Gegenbeweis. Vielmehr war auch diese, vor allem durch momentane Umstände bedingt deutscherseits keineswegs, wie mahnend ein Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris v. Schlözer hervorhob, zu überschätzen und zu irgendwelchen zu weitgehenden Entgegenkommen zu benutzen[73]). Daß sie nebst anderen Gründen auch allgemein durch das politische Interesse an der Offenhaltung des Jangtsetals ihren Ursprung hatte, konnte Deutschland allerdings nur dienlich sein. Die Bedeutung dieser Frage war für beide Länder gleich stark. Indem aber Frankreich zuerst gegen die englischen Absichten vorging und Rußlands Politik in Nordchina eigene Absichten zu erreichen versuchte, war der Weg einer deutsch-englischen Abmachung über die Unverletztlichkeit Chinas vorgezeichnet. Am 16. Oktober 1900 schlossen beide Mächte das sogenannte Jangtse-Abkommen. Für Deutschlands Außenpolitik ein Erfolg[74]). Jedoch von dieser Seite das Mächtesystem umzugestalten, dazu reichte die deutsche Chinapolitik nicht aus. Dafür stand aber auch das politische Interesse an den Verhältnissen in Ostasien zu wenig in Uebereinstimmung mit der politischen Zielsetzung vor allem Frankreichs in Europa, als daß sich aus jenem zeitweiligen Zusammengehen Frankreichs mit Deutschland irgendwelche politischen Folgen für das Verhältnis beider Länder zueinander hätten ergeben können. Der Gedanke einer Annäherung, selbst nur einer beiderseitigen Interessenausgleichung stand auch jetzt noch weit in der Ferne. Frankreich sah nur mit Mißtrauen auf die Bestimmungen des letzten deutsch-englischen Vertrages. In Paris, in den politischen Kreisen sah man dieses deutsch-englische Einverständnis nur als gegen Frankreich gerichtet.

Die Abberufung Münsters und seine Ersetzung durch den Fürsten von Radolin, die gerade zu dieser Zeit erfolgte, ließ aber auch erkennen, daß man in Berlin den Optimismus des Fürsten Münster nicht mehr zu teilen schien. Fürst Münster glaubte ihn

---

[72]) GP. 18. 2. 780. 800.
[73]) GP. 18. 2. 770 (Schlözer an Hohenlohe).
[74]) F. Hartung. Deutsche Geschichte. S. 189.

allerdings noch vertreten zu können. Seines Erachtens war der Name der deutschen Reichslande in Frankreich fast schon vergessen. Das Elsaß hätten die Franzosen längst aufgegeben. Und werde es trotzdem genannt, dann schien seine Bedeutung nur noch als ein Mittel im innenpolitischen Kampf gegen die eigene Regierung gesehen zu werden[75]). Selbst wenn diese Beobachtung wohl mehr der Wunsch, als der tatsächlich erfolgreiche Abschluß seiner aufrichtig um eine Besserung der Beziehungen beider Länder bemühten Tätigkeit geblieben war: „Er hatte auf jeden Fall", wie Sir E. Monson an Lansdowne schrieb, „die Genugtuung, sich von seiner persönlichen Beliebtheit in Frankreich überzeugen zu können, die beträchtlich dazu beigetragen hat, das Vorurteil gegen den Charakter und das Temperament der Deutschen zu entkräften"[76]). Er war ein guter Deutscher, aber kein Preuße. So urteilt Combarieu, der damit vom Standpunkt des Franzosen die Worte Sir E. Monsons nur unterstreicht[77]). Auf die Entwicklung der Stimmung der öffentlichen Meinung zu Deutschland, wie auf den Gang der Politik waren seine Bemühungen allerdings ohne entscheidenden Einfluß geblieben.

Deutschland und Frankreich waren in Ostasien zeitweise nicht ohne Erfolg zusammengegangen. Die koloniale Interessengemeinschaft beider Mächte hatte sich wieder gezeigt. Doch weder die französische öffentliche Meinung, noch die französische Regierung hatten sich endgültig festgelegt. Jene öffentliche Meinung hatte sich vielmehr nach Ansicht des englischen Botschafters auf beiden Seiten auf einen gemeinsamen Gegenstand der Antipathie hin bewegt. Frankreich hatte dem Präsidenten Krüger in Marseille und Paris. Ende November 1900 einen offiziellen Empfang bereitet, während der Kaiser es ablehnte, den Präsidenten zu empfangen. Frankreichs Mißvergnügen und Enttäuschung[78]) über dessen Entscheidung und deren Folgen auf die deutsch-englischen Beziehungen mußten die öffentliche Meinung auch weiterhin gegen Deutschland einnehmen. Die beiderseits alle Gefühle und Aspirationen beherrschende Nationalstimmung konnte vor allem in Frankreich dadurch nur an Stärke gewinnen. Sie war für Frankreichs Englandpolitik, wie jetzt für die Enttäuschung in Paris, daß es Deutschland vermieden hatte, einen schweren politischen Fehler zu begehen, in gleicher Weise von maßgebendster Bedeutung. Die Nachfolgerschaft auf dem Pariser Posten, die Radolin jetzt zu übernehmen berufen war, war gewiß nicht leicht.

So konnte die Stellungnahme der nationalistischen Presse Anfang Januar 1901 gegen die Tätigkeit des General André, der als Nachfolger Gallifets als Freidenker und Antiklerikaler durch seine Maßnahmen die moralische Einheit der Armee gefährdete[79]),

[75]) GP. 18. 2. 772.
[76]) BD. I. 283.
[77]) Combarieu p. 101.
[78]) Die belgischen Dokumente II, S. 80.
[79]) C. Dumba, S. 139.

und ihr Vorwurf an die Regierung, daß sie Frankreich damit wehrlos mache, vermuten lassen, daß überhaupt nationale Interessen jetzt schärfer betont wurden. Allerdings die Mittel, mit denen die Nationalisten ihren Angriffen gegen André, aber auch gegen Delcassé Ausdruck gaben, mußten nur schädlich sein. Denn gegen Deutschland durch Deutungen, die Münster zu Radolin in einen Gegensatz setzen sollten[80]) Angriffe zu richten und zugleich gegen die eigene Regierung mit Hilfe, russischer Blätter, so der „Nowoje Wremja", vorzugehen, konnte zu keinem Erfolg führen. Der englische Botschafter sah die Tätigkeit der Nationalisten sogar ernsthaft gegen sein Land gerichtet. Den außerpolitischen Grundsätzen Delcassés, die mit Faschoda, dem Mittelafrika-Abkommen vom 21. März 1899 und den Zweibundabmachungen eine bestimmte Richtung erkennen lassen, konnten derartige Aeußerungen allgemein nur dienlich sein[81]). Sie waren tatsächlich, wie die Haltung der gleichen Presse noch 1903 beim Besuch des englischen Königs in Paris zeigte, auch gegen England gerichtet. Die Politik der Regierung vertraten sie nicht. Denn daß deren Einstellung auch weiterhin englandfreundlich war, ließ gerade in diesen Tagen ein kurzer Gedankenaustausch zwischen der „Times" und dem „Temps" über die Neufundlandfrage erkennen. Das 1898 für zwei Jahre zwischen England und Frankreich abgeschlossene provisorische Abkommen lief ab. Begeistert nahm jetzt der „Temps", das Organ des französischen Außenministers, die Anregung der „Times", die Angelegenheit durch eine endgültige Regelung zu erledigen, auf. Die Neufundlandfrage müsse, statt ein Stein des Anstoßes zu sein, der Eckstein für ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Nationen werden. Und im Hintergrund stand gerade in diesen Tagen das Marokkoproblem und seine einstige Lösung. Ob diese mit Deutschland oder Frankreich zu suchen sei, stand für England noch offen. Fest stand zumindest, daß jede Entscheidung in deutschem Sinne die Kluft zu Frankreich vertieft und demgegenüber ein deutsch-englisches Abkommen Deutschland gegen Frankreich an die britische Macht gefesselt hätte. Frankreich war seinerseits bereit, auf eine Verständigung mit England einzugehen. Wie weit sich dabei jede englisch-französische Lösung dieser Frage auswirken würde, war für Deutschland vorerst nur hinsichtlich Marokko einigermaßen sicher abzuschätzen. Doch die Entscheidung lag in England.

In engstem Zusammenhang mit jener deutsch-englischen Bündnisfrage griff Chamberlain am 13. Januar 1901 gegenüber Eckardstein noch einmal das Problem Marokko auf[82]). Seine Bedeutung, vor allem durch die Folgen, die jede Entscheidung seines Schicksals für die Gruppierung der Mächte in und außer Europa haben konnte, hatte Bülow bereits im Juni vorigen Jahres vollauf erkannt. Durch die Eröffnung Chamberlains bot sich von neuem jetzt

80) Kölnische Zeitung, Nr. 60 v. 22. 1. 1901.
81) B. M. Jahrg. IX. 1931, S. 16.
82) GP. 17. 14 f.

die Möglichkeit, die Lösung dieser Frage in deutschem Sinne zu beeinflussen. Die Tatsache, daß nicht das englische Kabinett in seiner Gesamtheit, sondern nur eine Richtung zu Deutschland sprach, bewies zugleich, daß die Entscheidung dieser Frage auf englischer Seite noch keineswegs ausschließlich mit Frankreichs Hilfe beabsichtigt war. Allerdings ausschließlich war für Chamberlain eine deutsch-englische Lösung dieser Frage auch nicht. Er gab ihr den Vorzug, jedoch „sollte es sich herausstellen, daß ein permanenter Anschluß an Deutschland nicht durchführbar sei, so werde auch er ein Zusammengehen mit Rußland trotz des voraussichtlich von England zugestandenen abnormen Preises eventuell inklusive China und des persischen Golfes — befürworten“[83]). Die Verständigung mit Rußland war nur, wie Chamberlain sagte, durch große Opfer zu erreichen; unvergleichlich leichter eine solche mit Frankreich. Die Bedeutung, die somit jeder Lösung über Marokko, mit oder ohne Deutschland zukommen mußte, lag allseits offen zutage. Jedoch, statt aus dieser durchaus richtigen Einsicht die entsprechenden Folgerungen zu ziehen, beschränkte man sich darauf, die Engländer weder zu entmutigen, noch sich voreilig von ihnen festlegen zu lassen“[84]). Daß gegenüber die Drohung Chamberlains bei einem Fehlschlag in dieser Richtung sich mit dem Zweibund zu verständigen, auch ernstgemeint sein konnte, vermochte Bülow nicht zu glauben. Er hielt sie bekanntlich für ein Schreckgespenst, während sie Holstein sogar mit Unsinn und Schwindel bezeichnete. Doch vorläufig blieben die Anregungen Chamberlains nur die Absicht eines Teiles des englischen Kabinetts und zwaren offiziell noch nicht zur Sprache gekommen. Deutscherseits konnte man deshalb nur abwarten, allerdings dabei der eigenen Bereitschaft zu weiteren Besprechungen Ausdruck verleihen. Und diese erkennen zu lassen versäumte der Kaiser bei seinem Aufenthalt in London infolge des Todes der Königin Victoria und der sich anschließenden Trauerfeierlichkeiten in keiner Weise. Rußlands Politik in Ostasien, vor allem dessen Verhalten in der Frage des Oberkommandos hatte ihn stark gegen Rußland erbittert und so seine Ueberlegungen zu dem Gedanken kommen lassen, zunächst England an den Dreibund zu führen und dann zu versuchen, Frankreich von Rußland zu trennen und so weit als möglich zu der neuen Kombination herüberzuziehen. England sei deshalb, wie er Lord Landsdowne nun zu erkennen gab, besonders berufen, Frankreich von Rußland abzuziehen und für Europa zurückzugewinnen, um damit West- und Mitteleuropa gegen eine drohende amerikanische-russische Gruppierung zu vereinigen[85]). Der Uebergang Frankreichs vom Zweibund zu dieser neuen Gruppierung erschien ihm dabei keineswegs unmöglich und bereits dadurch innerlich vorbereitet, daß die beiden Voraussetzungen, auf

[83]) GP. 17. 16.
[84]) GP. 17. 20.
[85]) GP. 17. 28.

denen die Entente beruhe, die Hoffnung Elsaß-Lothringen mit Hilfe der Russen zurückzugewinnen, wie die Absicht der Russen von Frankreich Geld zu erhalten. sich nur zur Hälfte und zwar zu Gunsten der Russen verwirklicht hätten. Frankreich dagegen begänne einzusehen, daß dieser Wunsch sich nicht habe erfüllen lassen und so sei deshalb und nicht zuletzt durch seine persönlichen Bemühungen, schon längst an dessen Stelle eine ruhigere Ueberlegung über die Dinge getreten. Wenn er dann folgerte, daß die Franzosen von der Erscheinung Nikolaus II. enttäuscht seien, war dies wohl richtig. Der Gegensatz der inneren Orientierung beider Staaten konnte ein weiteres Moment der Entfremdung werden. Ob damit allerdings alle Kräfte, die einst den Bund beschlossen hatten, gesehen und bewertet waren, mußte durchaus verneint werden. Denn der Kaiser ließ sich nur allzu leicht bei seinen Bemühungen um eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen zu Ansichten verleiten, die meistens der tatsächlichen Lage in nichts entsprachen. Glaubte doch Holstein noch 1903 den Kaiser vor irrigen Ansichten über die deutsch-französische Politik und damit vor unheilvollen Handlungen bewahren zu müssen[86]).

Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Mächten dieser gedachten Kombination mußten dann selbstverständlich die natürliche Voraussetzung für alle weiteren Schritte sein. So unterließ der Kaiser es auch nicht, besonders dem französischen Botschafter gegenüber seiner durchaus entgegenkommenden Haltung zu Frankreich Ausdruck zu geben. Die Antwort des Botschafters auf die Worte des Kaisers über die Notwendigkeit eines starken Frankreichs für das Gleichgewicht in Europa und seine persönliche Bereitwilligkeit zum Eintreten für Frankreich, mit dem Hinweis darauf, daß sein Land nur in Frieden zu leben verlange und er selbst hoffe und glaube, daß es niemals deutsche Hilfe benötigen wird, sprach eine andere Sprache[87]). Die Ansicht des Kaisers, der sich nun einmal in diesen Plan hineingedacht hatte, wurde dadurch allerdings nicht beeinflußt. Noch nach seiner Rückkehr aus London entwickelte er gegenüber Sir F. Lascelles, wie etwas später auch gegenüber dem französischen Botschafter Marquis de Noailles die Notwendigkeit eines Zusammenhaltens der europäischen Welt, und zwar angesichts des möglichen, wenn nicht unausbleiblichen Konfliktes zwischen ihr und der asiatischen ‚Welt; eines Kampfes zwischen Orient und Okzident, bei dem dann Rußland, Japan, und Amerika seines Erachtens direkt bestimmt seien, untereinander Alliierte zu werden. Denn schon haben die Russen sich von Europa losgesagt. Sie behandeln uns lässig, nehmen unser Geld und geben uns nichts dafür, haben sie Frankreich nicht England gegenüber im Stich gelassen?[88])?

---

[86]) GP. 18. 2. 804 ff.

[87]) DDF. Ser. 2 I, Nr. 67 M. Paul Cambon, Ambassadeur de France à Londres, à Delcassé.

[88]) BD. I 322, vgl. DDF. Ser. 2 I, Nr. 114 Le Marquis de Noailles, Ambassadeur à Berlin, à M. Delcassé. (Lettre particulière).

Wie weit dabei der Kaiser selbst an irgendwelche Auswirkungen seiner Gedanken in der ihm vor Augen stehenden Richtung geglaubt hat, mag offen bleiben. Allerdings die Ansicht, daß die Erinnerung an Elsaß-Lothringen jetzt nur noch als altes Geschichtsblatt, wie er sie gegenüber Sir F. Lascelles bezeichnet hatte, zu bewerten sei, konnte der englische Botschafter nicht teilen. Vielmehr bestand seiner Ueberzeugung nach die Furcht Frankreichs allein darin, daß die deutsche Politik gerade das Gegenteil von dem sei, was der Kaiser zum Ausdruck gebracht habe. Frankreich befürchte, daß der Kaiser gern Rußland von Frankreich trennen und seinen großen östlichen Nachbarn unter Ausschluß Frankreichs zu seinem eigenen Verbündeten machen wolle[89]). Von der Hoffnung auf irgendwelche Rückwirkungen der französischen Unzufriedenheit über den Egoismus und die Gleichgültigkeit Rußlands auf die deutsch-französischen Beziehungen blieb dann allerdings nicht viel übrig. Selbst, wenn die Beobachtung des englischen Botschafters nicht vollauf den Tatsachen entsprach, was nach den Worten des Kaisers über Rußland, vor allem nach Aeußerungen Bülows über die Gemeinsamkeit deutscher und französischer Interessen in der Welt, von denen Marquis de Noailles bereits Anfang Februar hatte berichten können[90]), zu dieser Zeit noch viel Wahrscheinlichkeit hatte, so stand fest, daß sie die Grundeinstellung der französischen Aussenpolitik bestimmt richtig wiedergab. Allerdings auch nicht mehr. Wie Deutschland und England die Belastung des Zweibundes durch die unterschiedliche politische Orientierung seiner Träger sahen, so mußte sich diese unmittelbar auf die gesamte französische Außenpolitik entschieden hemmend auswirken. Die Auffassung dieser beiden Länder hierüber war durchaus richtig[91]). Sie sah unbewußt mehr die lebendig gestaltenden Kräfte des politischen Lebens als alle weiteren Folgerungen, die allerdings wohl allein den Kaiser durch Vergleich mit Elsaß-Lothringen rein konstruktiv zu jenem seltsamen Gedanken des Kontinentalbundes hatten kommen lassen. Nur von der Seite des Zweibundes und der Auffassung, die Delcassé mit ihm verband, war vorerst allein die Stellung Frankreichs zu Deutschland zu verstehen. Wieweit hierbei bereits die französisch-russischen Interessen miteinander verbunden waren und dementsprechend Frankreichs Lage in Europa durch die Ziele der russischen Außenpolitik im Fernen Osten erschwert werden mußten, beweist allein schon die Tatsache, daß bis zu diesem Zeitpunkt 7—8 Milliarden russischer Wertpapiere in Frankreich untergebracht und demgegenüber fast ein Drittel des französischen Spargutes in russischen Anlagen investiert waren. Weitere Anlagen, die im Mai und dann im Juli in Höhe von 425 und 280 Millionen Rubel speziell auf Veranlassung Delcassés gegeben wurden, waren bereits fast ausschließlich für den Bau einer strategischen Bahnlinie (Bologoi-Siedlce) als fran-

[89]) BD. I 283.
[90]) DDF. Ser. 2 I, Nr. 69. Le Marquis de Noailles à M. Delcassé.
[91]) Vgl. B. M. Jahrg. VIII. 1930, S. 936 f.

zösische Gegenbedingung bestimmt. Als daher Rußlands politische Absichten in der Mandschurei auf den Widerstand Japans, aber auch auf die Ablehnung von Amerika und England stießen und der Ruf nach Krieg, der durch Japan ging, seinen Widerhall in Europa in der Frage vor allem nach der Haltung Frankreichs als Bundesgenossen fand, war dessen Lage zwischen Rußland und dem befreundeten Japan schwierig. Aber mehr als dies ließ die Besorgnis, durch einen Konflikt das Gleichgewicht in Europa durch die Entsendung einer russischen Armee nach Ostasien zum Schaden Frankreichs gestört zu sehen[92]), die französische Diplomatie alles nur mögliche zu seiner Beilegung tun. Daß sie gelang, war zweifellos ein Erfolg. Denn von den zuverlässigsten Sachverständigen wurden Japans Aussichten im Falle eines Krieges nicht ungünstig angesehen. Allerdings die Unzufriedenheit über diese Aktion russischer Diplomaten, wie ferner sogar das Mißtrauen in die Bündniswilligkeit Rußlands wurden damit nicht aufgehoben. Stets von neuem erwirkten die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg selbst nach einer Reise Delcassés im April nach Petersburg in Paris Besorgnis und Unruhe.

Als der Kaiser am 18. Mai 1901, wie alljährlich, nur diesmal in Metz in Anwesenheit des russischen Botschafters den Geburtstag des Zaren feierte, stand der Eindruck in Paris rein äußerlich vollauf in Uebereinstimmung mit der erfaßbaren Ansicht der deutschen Presse, die diesem Ereignis keinerlei politische Bedeutung beimaß. Trotzdem wirkte es klärend, daß die Berichte aus Petersburg wie Berlin vor allem der Anwesenheit des russischen Botschafters in den Reichslanden jede politische Bedeutung nahmen. Sie konnten damit gleichzeitig allen aus dieser Zusammenkunft abgeleiteten Folgerungen der französischen nationalistischen Presse auf die Wertlosigkeit des französischen Bündnisses mit Rußland entgegengestellt werden. Der Inhalt dieser Berichte konnte auch öffentlich nicht besser unterstrichen werden, als durch die offiziöse Russische Telegraphenagentur, die darauf hinwies, daß alle Vermutungen politischer Art in der Presse ohne Bedeutung seien[93]). Der Abgeordnete Graf de Castellane hatte die Absicht, die Ereignisse in Metz in der Kammer zur Sprache zu bringen. Nach einer Unterredung mit Delcassé trat er von diesem Gedanken zurück[94]). Daß allerdings die nationalistische Presse, an deren Adresse wohl vor allem die Erklärung der Russischen Telegraphenagentur gerichtet war, in den Ereignissen in Metz auch Rußlands Stellung zur Revanche gekennzeichnet sah, konnte zumindest durch die russische Außenpolitik nicht widerlegt werden. Und gerade dieses Moment, die Verlegung des Schwergewichts der russischen Außenpolitik nach Ostasien und die damit veränderte Auffassung Rußlands über den Zweck des

---

92) DDF. Ser. 2 I, Nr. 310 M. Beau, Ministre de France à Pékin, à M. Delcassé.

93) Berliner Neueste Nachrichten. Nr. 234 v. 21. 5. 01.

94) Kölnische Zeitung, Nr. 420 v. 1. 6. 1901.

Zweibundes war in Verbindung mit Frankreichs politischer Stellung in Europa bestimmend für dessen Verhalten zu Deutschland. Mochte der Ort dieser Zusammenkunft etwas Verletzendes für Frankreich und etwas Drückendes für Rußland haben, so trat gerade hier die ganze Frage der deutsch-französischen Beziehungen beleuchtend die Tatsache hervor, daß es für Deutschland, wie selbst der französische Geschäftsträger in Berlin an Delcassé schrieb, in der Tat keine Elsaß-Lothringen-Frage gab[95]). Damit war sachlich und ohne Leidenschaft dies Land mit Recht als ein Teil Deutschlands, wie weiter der Bericht lautet, gesehen. Allerdings war damit bei Delcassés außenpolitischen Grundsätzen dem deutsch-französischen Verhältnis auch eine Grenze gezogen, die trotz mancher wohlmöglicher Uebereinstimmung in Einzelfragen stets dieses Verhältnis in Zusammenhang mit den jeweiligen politischen Konstellationen bestimmen mußte. Und diese Grenze stand im Prinzip durchaus fest. Jeder Gedanke, daß sich die Eindrücke von Rußlands Auffassung vom Zweibund irgendwie auswirken könnten, wie kurz nach den Ereignissen in Metz die persönliche Einladung des Kaisers an General Bonnal zur Frühjahrsparade und dessen Teilnahme am Frühstück im Kasino des 2. Garderegiments zu Fuß am 29. Mai 1901 konnten dafür doch stets nur bedingte Bedeutung haben. Der Trinkspruch des Kaisers auf die französische Armee, wie etwas später die durch ihn erwirkte Erleichterung von Genehmigungen für den Aufenthalt französischer Offiziere in Elsaß-Lothringen schien allerdings rein äußerlich in Frankreich deutschfreundlichen Stimmungen entgegenzukommen. Aeußerungen des spanischen Botschafters in Paris auf Grund von Unterredungen, die dieser mit dem französischen Außenminister speziell über das Verhältnis zu Deutschland gehabt hatte, stellten sogar Delcassé in den Mittelpunkt dieser Bestrebungen. Ihm gegenüber hatte dieser tatsächlich wiederholt den Wunsch ausgesprochen, mit Deutschland engere Fühlung zu nehmen und war so, da einer rückhaltlosen Verständigung der zur Zeit für jeden Minister unmögliche Verzicht auf Elsaß-Lothringen gegenüberstand, für den Versuch, inzwischen auf anderem Gebiete eine Annäherung zu fördern, eingetreten[96]). In Berlin mußte man daher, wie Bülow auch folgerte, zu der Annahme kommen, daß Frankreich in einer bestimmten Frage eine Aussprache mit der deutschen Regierung herbeizuführen wünsche. Einzelne Artikel im „Figaro" und im „Temps" ließen vermuten, daß diese Frage sich wohl vor allem auf Marokko bezog. Jedes deutsch-französische Einvernehmen hätte damit nur eine Spitze gegen England erhalten. Aus dem gleichzeitigen Hinweis Delcassés auf die Unmöglichkeit, den Verzicht auf die Reichslande auszusprechen, konnte Bülow deshalb nur zwischen Aussprache und Verständigung scheiden und damit letztere als außerhalb der französischen Absichten gelegen betrachten. Der

[95]) DDF. Ser. 2, I. Nr. 244. M. Prinet. Chargé d'Affaires de France à Berlin, à M. Delcassé.

[96]) GP. 18. 2. 775/76.

äußere Rahmen dieser gedachten Besprechungen, eben der einer Aussprache über Marokko und Ostasien, ließ aber auch erkennen, daß Frankreichs ablehnende Stellung zur Frage der Verständigung gleichzeitig alle mit dieser Aussprache verknüpften Absichten beeinflussen würde. Frankreich würde dadurch Klarheit über verschiedene Punkte gewinnen. Es würde Deutschlands Stellung zu den einzelnen Fragen kennen lernen. Und wäre diese Absicht erreicht müßte die deutsche Regierung befürchten, daß dann von französischer Seite ein auch für Deutschland positives Ergebnis dieser Besprechungen vermieden werden würde. Die Besprechungen hätten dann eben, nach französischer Auffassung, einen rein akademischen Charakter getragen. Die unvermeidliche Folge dieser ergebnislosen Verhandlungen würde sich alsbald, nach Ansicht Bülows, in einer zeitweiligen Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bemerkbar machen[97]). Denn deutscherseits konnte man unter dieser Voraussetzung sehr wohl befürchten, daß Frankreich die Ergebnisse im eigenen Interesse dem Foreign Office gegenüber verwerten würde. Den deutschen Interessen war damit gewiß nicht gedient. Ausdrücklich wies Bülow darauf hin, daß es die Aufgabe des deutschen Botschafters in Paris sei, die deutsch-französischen Beziehungen sorgfältig zu pflegen. Der Wechsel in der Person des Botschafters hatte daran nichts geändert[98]). Dessen Bemühungen blieben dabei doch selbstverständlich stets an die gegebenen Möglichkeiten gebunden. Und hier auf französischer wie auch auf deutscher Seite vorzeitige Annäherungsversuche zu schaffen, erschien Bülow so lange zwecklos, bis nicht die öffentliche Meinung in Frankreich auf ein Zusammengehen mit Deutschland eingestellt war[99]). Er schränkt deren Bedeutung bereits selbst ein, wenn ihm allein das soziale und kulturelle Gebiet die Möglichkeiten vorzubereiten geeignet erschien, die der Boden der Politik von sich aus zu schaffen nicht imstande war. Man mochte in Frankreich in Einzelfragen auch außenpolitischer Natur verschiedener Ansicht sein. Die Frage der deutsch-französischen Beziehungen blieb dabei doch stets, gefühlsmäßig bedingt, ein Punkt, für dessen Gestaltung im deutschen Sinne auch von jener öffentlichen Meinung in Frankreich wenig zu erhoffen war. Denn daß Frankreichs Armeen 1870/71 von den deutschen Truppen hatten Niederlagen hinnehmen müssen, die zum Verlust der Vorbedingungen jeder französischen Herrschaft über Mitteleuropa führten, das konnte man nie vergessen. Liebenswürdigkeiten von deutscher Seite brachten keinen Franzosen dazu, den Frankfurter Frieden auch innerlich anzuerkennen. Sein Leitgedanke, wie der aller Regierungen der dritten Republik war und blieb stets die künftige Revision des Frankfurter Friedens[100]). So blieb auch

---

[97]) GP. 18. 2. 779.

[98]) GP. 18. 2. 780 Fußnote.

[99]) Die Belgischen Dokumente II, S. 83.

[100]) Siehe W. Platzhoff: Frankreichs Bestrebungen auf eine Revision des Frankfurter Friedens von 1871—1914. B. M. Jahrg. XII. 1934, S. 91 ff.

diesen Erörterungen der Charakter einer Sondierung, die allerdings nicht so sehr das deutsch-französische Verhältnis und den Wunsch, es freundlicher zu gestalten, als mit mehr Wahrscheinlichkeit die politische Gesamtsituation, jener Zeit um Hintergrund hatte und von ihr aus auch die Absichten Delcassés verstehen läßt.

Im Süden Europas war dank der Tätigkeit Barrères das italienisch-französische Verhältnis durchaus günstig und gab für Frankreichs politische Absichten in dieser Richtung zu mancherlei Hoffnungen Anlaß. Die eigentliche Tragfläche der französischen Außenpolitik, der Zweibund, war dagegen durch Rußlands Außenpolitik geschwächt. Und gerade in den Tagen, als Delcassé sich dem spanischen Botschafter über seine Beziehungen zu Deutschland eröffnete, hatte der Zar die Einladung des Kaisers zu den Danziger Flottenmanövern angenommen. Höchste Besorgnis sprach aus den Zeilen, die Delcassés Gedanken über die Entrevue dem französischen Botschafter in Petersburg zur Kenntnis brachten. Nur dadurch war seines Erachtens ihre Bedeutung zu isolieren, daß vorerst allein durch den Hinweis auf einen Besuch des Zaren in Frankreich während der französischen Herbstmanöver die Wirkung von Danzig auf die öffentliche Meinung abgeschwächt wird. Im übrigen sollte Graf Montebello mit dem Grafen Lamsdorff die politische Notwendigkeit eines derartigen Besuches offen besprechen[101]). Und diese konnte nicht eindringlicher dargestellt werden, als durch den Hinweis darauf, daß, wie Delcassé weiter in einem Telegramm an den Botschafter zum Ausdruck brachte, Frankreich es nur begrüßen würde, wenn auch sein Bundesgenosse, genau wie die französische Regierung, seine Verpflichtungen erfüllte. Denn bei aller Anerkennung der Erfordernisse verwandtschaftlicher Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg gebe es auch Fragen, in denen Frankreich besonders empfindlich sei. Sie betrafen selbstverständlich nur Elsaß-Lothringen. Denn, wollte Frankreich den Verlust dieser Provinzen als endgültig betrachten, dann hätte damit auch an dem gleichen Tage, wie man in Petersburg und Paris sehr wohl weiß, die Allianz ihren Wert verloren[102]).

Delcassés Mißtrauen in das Verwandtschaftsverhältnis und wohl vor allem in die politischen Absichten des Kaisers, wie sie bereits der englische Botschafter in Paris beobachten konnte, hatten wahrscheinlich auch hier jene Sondierungen an Deutschland mitveranlaßt. Die ehrliche Absicht, sich Deutschland zu nähern, lag diesen Sondierungen wohl nicht zugrunde. Frankreich hätte es dazu nicht nötig gehabt, zu gleicher Zeit seine Bestrebungen fortzusetzen, Italien dem Dreibund zu entfremden. Der spanische Botschafter Leon y Castillo mochte aus den Worten Delcassés ihm gegenüber sehr wohl den Eindruck gewonnen haben, daß dessen Ausführungen

[101]) DDF. Ser. 2 I Nr. 281. M. Delcassé au Marquis de Montebello Ambassadeur de France en Russie. (Lettre particulière). vergl. Combarieu p. 135.

[102]) DDF. Ser. 2 I, Nr. 385. M. Delcassé aux Représentants Diplomatiques de France à Berlin, Londre Vienne.

durchaus beachtbar seien. Als Beweis für die Aufrichtigkeit der Absicht Delcassés, sich Deutschland zu nähern, kann auch diese Ansicht nicht gelten. Ganz im Gegenteil, für Delcassé galten gerade Leon y Castillo gegenüber andere Erwägungen. Denn Delcassé wußte sehr wohl, daß die politischen Anschauungen des spanischen Botschafters über das Verhältnis seines Landes zu Deutschland und England den Anschauungen Frankreichs über das Verhältnis zu diesen beiden Ländern nicht unbedingt gleichzustellen waren. Die Vermittlerrolle des spanischen Botschafters bot ihm damit neben der Absicht, seine Gedanken der deutschen Regierung übermittelt zu sehen, doch vor allem den Vorteil, daß jeder Mißerfolg derartiger Sondierungen Spanien gegenüber zeigen konnte, daß Frankreich grundsätzlich deutschfeindlich nicht eingestellt sei. Leon y Castillo mochte die Worte Delcassés dabei in seinem Sinne befürwortend der deutschen Regierung übermitteln. Frankreich entstand dadurch kein Nachteil, denn die gleichen politischen Anschauungen des spanischen Botschafters, die selbstverständlich auch der deutschen Regierung nicht unbekannt waren, mußten in diesem Fall den Wert der französischen Annäherungsabsichten vermindern[103]). Spanien gegenüber war der Schein gewahrt. Mußte doch damit für Delcassé der Beweis erbracht sein, daß nur Deutschland die Schuld an dem Mißlingen aller Verständigungsabsichten zuzumessen sei. Frankreichs tatsächlich deutschfeindliche Stellung, in die auch Spanien eingegliedert werden sollte, schien damit nach dieser Seite moralisch gerechtfertigt.

Frankreich hatte nichts verloren, vielleicht nur gewonnen, als auch diese Sondierungen ergebnislos verliefen. Denn Frankreichs Sorgen um die deutsch-russischen Beziehungen sollten sich bald als übertrieben erweisen. Die Rücksicht auf Frankreich ließ Rußland vollständig den Charakter der verabredeten Zusammenkunft bestimmen. Und wenn Lamsdorff darauf hinwies, daß keinerlei Anlaß gegeben sei, dieser Begegnung mit besonderer Wichtigkeit, noch gar mit Besorgnissen französischerseits entgegenzusehen, so wurden besonders diese bereits Ende Juli durch die Zusage des Zaren zum Besuch der französischen Herbstmanöver aufgehoben. Das Gesamtbild der Ereignisse aber zeigt, daß selbst wenn auch hier der Druck auf Rußland nur das erhalten sollte, was man erreicht hatte, das Schwergewicht der französischen Diplomatie doch durchaus außerhalb der französischen Ostgrenze lag. Und das Gegeneinander der Interessen, das hier um die Begegnung von Danzig Frankreichs machtpolitische Ziele mit Rußlands politischen, vor allem aber finanziellen Erwägungen miteinander abwägen ließ, war abgeschlossen, als am 20. August der Besuch des Zaren im Anschluß an die Zusammenkunft von Danzig allgemein bekannt wurde. Graf Montebello konnte mit dem Erfolg seiner Bemühungen zufrieden sein. In den Augen seines Volkes, wie vor der Welt hatte der Entschluß des Zaren, wenn auch nicht dessen Initiative, wie Del-

[103]) vgl. GP. 18. 2. 799.

cassé meinte[104]), die Freundschaft beider Regierungen und die Gemeinsamkeit ihrer Ideen aufs neue unter Beweis gestellt. War deren Charakter, wie man deutscherseits wohl annehmen konnte, friedlich und ausschließlich defensiv, bot ihr politisches Moment durchaus nichts Bedrohliches. Allerdings darf der Politiker, und das bemerkt Holstein, der dem Kaiser das Material für seine Besprechungen in Danzig gab, vollauf mit Recht, gewisse elementare Kräfte nicht außer acht lassen, die unerwartet fühlbar werden können und sich der Macht des Einzelnen, auch des Mächtigsten entziehen[105]). Gestützt auf eine Aeußerung Murawiews vom März 1900 glaubte er diese vornehmlich in Frankreich, aber dann, sollten sie dort durch die Persönlichkeit eines neuen, mit mehr Entschlossenheit begabten Boulanger erstanden sein, sie auch bei der russischen Panslawistengruppe zu sehen. Bülow und Holstein warnten vor den Wechselfällen des Geschicks, um dann doch, durch die Fülle gegenseitiger Friedensversicherungen geblendet, die Bereitwilligkeit zu guten Beziehungen mit Deutschland wie sogar die Zukunftsmöglichkeiten einer kontinentalen Gruppierung und ihre Förderung durch den Zaren als Erfolg der bisherigen Politik anzusehen. Und dies ganz besonders durch das eigentlich gute deutsch-englische Verhältnis, das Deutschlands Prestige nach Ansicht des Kaisers in den Augen Rußlands erhöht hätte. Nur flüchtig gesehen ein Ereignis, dem Holsteins Hinweis auf das Verhältnis Deutschlands zum Zweibund in nichts entsprochen hätte, wenn nicht fast gleichzeitig von der deutschen Botschaft in London der Rat erging, diese Stimmung zur Anknüpfung festerer Beziehungen zu Rußland zu benutzen und die Mahnung Metternichs nicht offensichtlich durch die Haltung der englischen Presse zu den an den Zarenbesuch in Frankreich sich anknüpfenden Ereignissen von Dünkirchen, Compiègne und Reims unterstrichen worden wäre. Es war gewiß kein Zufall, daß alle führenden englischen Blätter die russisch-französische Allianz als wesentliches Element für das europäische Gleichgewicht und die Erhaltung des Friedens sahen und die Begegnung des Zaren mit dem Präsidenten der Republik mit Sympathie aufnahmen. Sie gaben Zeugnis für die Feststellung, daß Frankreichs staatliche Kraft in England jetzt anerkannt wurde[106]). Frankreich könne sich nur beglückwünschen. Alle Berichte aus London an Delcassé gaben dieser Stimmung lebhaften Ausdruck. Schien sich doch damit für Delcassé endlich der Boden vorzubereiten, der nötig war, um einer auf gegenseitigem Verständnis beruhenden Verständigung beider Länder nähertreten zu können. So war der Gedanke des Zaren, den Zweibund und Dreibund in ein Defensivsystem einzuschließen, wohl Rußlands Interessen durch die damit verbundene Sicherheit im Westen für

[104]) DDF. Ser. 2 I, Nr. 385. M. Delcassé aux Représentants Diplomatiques de France à Berlin, Londres, Vienne. . . .

[105]) GP. 18. I. 26—27.

[106]) DDF. Ser. 2 I, Nr. 382 M. Paul Cambon, Ambassadeur de France à Londres à M. Delcassé.

eigene Absichten im fernen Osten von Nutzen. Der Art Frankreichs, die bestehenden Dinge, seit 30 Jahren zu sehen, entsprach er nicht[107]). Denn eine Annäherung an Deutschland? Gewiß, die Hoffnung auf Revanche im direkten Angriff hat sich mehr und mehr im Laufe dieser Jahre als unmöglich erweisen müssen. Im Grunde der Gefühle des französischen Volkes ist sie trotzdem geblieben. Wohl suchte der Kaiser, wie Loubet Combarieu gegenüber seine Gedanken über die Grundlage der französischen Außenpolitik formuliert, unseren Schmerz zu lindern. Er mache Frankreich verfängliche Anträge, von denen wir uns stark einnehmen ließen. Die Briefe unserer Offiziere in China sprächen mehr von einer Abneigung gegen die Engländer als gegen die Deutschen. Und doch wäre es unmöglich eine wirkliche und dauernde Entente mit der deutschen Regierung zu sehen. Denn jedes Mal, wenn der Kaiser uns die Hand entgegenstreckt und uns an sich zu ziehen sucht, so steht dabei stets der Gedanke, uns zur Einwilligung und Anerkennung der Verluste des Frankfurter Vertrages, gleichsam als wären sie ein gerechtes und endgültiges Werk, zu veranlassen[108]). Grundsätze, die letzten Endes doch stets das deutsch-französische Verhältnis bestimmten.

Allerdings nur anerkennend wußte der französische Geschäftsträger in Berlin von der allgemeinen Zurückhaltung bei den deutschen Sedanfeiern auf Grund der letzten politischen Ereignisse, vor allem der deutsch-französischen Waffengemeinschaft während der Chinaexpedition zu berichten[109]). Denn die Waffengemeinschaft zwischen Deutschen und Franzosen hatte tatsächlich bestanden. Kein anderer als der französische Gesandte Pichon hatte dies in einer Unterredung dem „Matin" gegenüber öffentlich hervorgehoben[110]). Prinet gab damit in seinem Bericht an Delcassé nichts Einmaliges, sondern durchaus die allgemeine Auffassung Deutschlands in dieser Zeit über sein Verhältnis zum westlichen Nachbarn wieder. Dies war korrekt und doch derart, daß der deutschen Presse Annäherungsmöglichkeiten, ganz besonders bei gutem Willen französischerseits, keineswegs ausgeschlossen erschienen. Denn hatten auch die Franzosen bisher die Hand, die wir Ihnen entgegenstreckten, zurückgewiesen, so war jetzt, wie die „National-Zeitung" und sogar die „Berliner Neuesten Nachrichten" nur mit Befriedigung feststellen konnten, eine gewisse Annäherung an

---

[107]) DDF. Ser. 2 I Nr. 410. M. Boutiron, Chargé d'Affaires de France à Saint-Pétersbourg à M. Delcassé. Anmerkung.

[108]) Combarieu: p. 144—145.

[109]) DDF. Ser. 2 I. Nr. 393. S. Kölnische Zeitung Nr. 283 vom 19. 3. 1904, Graf Waldersee und Oberst Marchand, Erwiderung auf ein Interview des „Matin" vom 9. 3. 1904 mit dem Obersten Marchand über dessen Beziehungen zu Waldersee während der China-Expedition. Die „Kölnische Zeitung" hebt hervor, daß sich Waldersee niemals von französischen Interessen und in China auch nicht von einseitig deutschen Interessen habe leiten lassen. vgl. fern.: GP. 18. 2. 776 Fußnoten. J. Auboeuf: „Francais et Allemands. L'Allionce Franco-Russe et Allemagne". p. 85/86; Fußnoten.

[110]) Kölnische Zeitung, Nr. 60 v. 22. 1. 1901.

Deutschland nicht zu verkennen. Der Haß gegen den Sieger von 1870 war der Vernunft und überwiegend maßvollen Gefühlen gewichen. Ob aus Berechnung oder Ueberzeugung war selbstverständlich nicht festzustellen. Feststand zumindest, daß selbst auf russischer Seite wie ein Artikel der „Nowosti" vom 29. August erkennen ließ, die Tatsache dieser Besserung der Beziehungen von Volk zu Volk anerkannt und sogar darüber hinaus als ein nicht unbedeutender Faktor bei der Beurteilung der augenblicklichen Lage in Europa hingestellt wurde. Wie anders als allein auf dieser Grundlage konnte der Gedanke einer Zusammenkunft Delcassés mit dem deutschen Kanzler überhaupt aufkommen. Auf Umwegen über den bekannten Jules Hansen und den Gouverneur der Banque de France, Pallain, wurde er als Absicht Delcassés Radolin unterbreitet, der sich der deutsche Botschafter in einem Privatschreiben an Bülow lebhaft anschloß[111]); allerdings, ob dazu von deutscher oder französischer Seite die Initiative auszugehen hatte, war ungeklärt und mußte es gerade in dieser Frage, bei der zahlreiche Voraussetzungen auf beiden Seiten durch die verschiedenen Standpunkte beider Partner zu überwinden waren, letzten Endes auch bleiben. Delcassé hielt diese von sich aus für schwierig. Er wies auf Bülow als den Vertreter des Siegerstaates und Bülow stand dem Gedanken einer derartigen Begegnung keineswegs ablehnend gegenüber. Auch seines Erachtens könnte ihr Zustandekommen nur nützlich sein. Allerdings der Zeitpunkt dafür schien ihm auch jetzt noch keineswegs gegeben. Denn die Voraussetzungen, unter denen eventuell die Ausführung des Gedankens gestanden hätte, waren im Grunde doch, trotz etwas anderer äußerer Formen die gleichen, die bereits bei Delcassés ersten Annäherungsversuchen im Juni dieses Jahres den deutschen Erwägungen zugrunde lagen. Delcassés Aeußerungen konnten eventuell als Ansätze zu einer veränderten Haltung Frankreichs Deutschland gegenüber aufgefaßt werden. Radolin neigte stark dazu, sie derart zu bewerten. Dabei war jedoch von französischer Seite, wie auch von Radolin unerwähnt geblieben, daß für Deutschland das Ergebnis einer solchen Zusammenkunft zwischen Delcassé und Bülow von Anfang an gering sein mußte, wenn auch jetzt das Problem Elsaß-Lothringen davon unberührt bleiben sollte. Und Delcassé hatte gegenüber Hansen, wie scheinbar auch gegenüber dem Gouverneur der Banque de France, Pallain, nichts davon angedeutet, daß jetzt vielleicht ein Verzicht auf Elsaß-Lothringen möglich sei. Gleichgültig dabei blieb, ob vielleicht seinerseits der Wille das Problem in deutschem Sinne zu regeln vorhanden war und nur seine Stellung zu einem derartigen Schritt zu schwach war, oder ob diese Frage, was zumindest in gleichem Maße möglich sein konnte, sich nicht doch in französischem Sinne regeln ließ. Beides entsprach selbstverständlich der deutschen Auffassung über

---

[111]) GP. 18. 2. 784. Fußnote.

ein deutsch-französisches Zusammengehen und seine Grundlagen in keiner Weise.

Wenn so in Wirklichkeit beiderseits nur auf die Initiative von der anderen Seite gewartet wurde, so entsprach Deutschlands Stellung zu allen Sondierungen französischerseits nur dem Wert, den man in Berlin diesen Sondierungen beizumessen gezwungen wurde. Denn jede Aussprache zwischen Delcassé und Bülow mußte, solange man in Paris nicht bereit war, dem deutschen Standpunkt über Elsaß-Lothringen beizutreten, den Gegensatz beider Auffassungen nur umso schärfer betonen. Alle weiteren Erörterungen, eventuell über die Marokkofrage oder über die gerade zu dieser Zeit in den Vordergrund getretene Protektoratsfrage im Orient[112]) konnten dadurch nicht unbeeinflußt bleiben. Der Gegensatz beider Auffassungen wäre dadurch bei allen Fragen, die das deutsch-französische Verhältnis direkt berührten, zwar betont, jedoch bei Frankreichs Stellung gegenüber Deutschland niemals gemildert oder gar beseitigt worden. Selbst der Gedanke einer Annäherung beider Mächet wäre damit, zumindest für lange Zeit, unmöglich geworden. Wollte man deshalb mit Recht derartige Folgen vermeiden, dann war deutscherseits die französische Auffassung nur konsequent ausgewertet, wenn Deutschland die Möglichkeit künftiger intimerer politischer und persönlicher Beziehungen wie die Hoffnung auf solche, wie Bülow seine Gedanken formulierte, stets offenließ, ihre Durchführung aber an die dabei desgleichen betonte Voraussetzung band, daß sich erst in Frankreich im Volke wie bei der Regierung der Gedanke einer Anbahnung derartiger Beziehungen mit Deutschland verallgemeierte und dementsprechend auch mehr zum Ausdruck kam[113]). Ob allerdings diese Voraussetzung je eintreffen würde, war fraglich. Dazu war doch die Art, die bestehenden Dinge zu sehen, in Frankreich grundsätzlich von der Deutschlands verschieden. Die Vernunft sprach wohl des öfteren dafür, doch das Gefühl wies auf die Politik Barrères und die Bedeutung des letzten Zarenbesuches, überdessen Widerhall gerade in England sich Frankreich ganz besonders in Vergleich zu den Ereignissen von Danzig nach allgemeiner französischer Auffassung nur beglückwünschen konnte[114]). Und allein derartige Urteile der französischen Diplomatie und nicht die Aeußerungen eines einzelnen oder einzelner Strömungen im Volk mußten letzten Endes, zumindest solange diese Diplomatie durch Politiker wie Delcassé, Cambon und Barrère verkörpert wurde, doch ausschließlich für den Wert jeder deutschen Verständigungsbereitschaft maßgebend bleiben. Die Frage war nur, und sie tritt hierbei bereits deutlich hervor, ob überhaupt deutscherseits die Möglichkeit bestand, an Stelle dieser doch stets passiven Haltung etwas zu setzen, das dann selbstverständlich auf anderen

---

112) GP. 18. 2. 789 ff.

113) GP. 18. 2. 785.

114) DDF. Ser. 2 I, Nr. 406. M. Geoffrey, Chargé d'Affaires de France à Londres, à M. Delcassé. Nr. 423 M. Prinet à M. Delcassé.

Wegen und mit anderen Mitteln die deutschen Absichten gefördert hätte. Im Rahmen der gegebenen Mächtegruppen bestand diese Möglichkeit nicht. Sie war vielleicht noch zu erreichen, wenn es gelang, Rußland, wie auch durch Alvensleben in Petersburg versucht wurde, allmählich vom Bündnis mit Frankreich abzuziehen. Und die Gelegenheit schien günstig, als Mitte Februar 1902 das englisch-japanische Bündnis Rußland noch einmal den Gedanken einer Hand-in Hand-Politik im Fernen Osten, der sich auch Frankreich anschließen sollte, an Deutschland herantragen ließ. Doch Bülow wich aus. Befangen in der schon starren Auffassung von der Zweckmäßigkeit jener deutschen Mittelstellung zwischen den Mächten ließ ihn auch dieser Vorschlag keinerlei greifbare Vorschläge sehen. Doch wie anders, als vielleicht nur durch positive Beweise deutschen Entgegenkommens war überhaupt jener Mangel an Sicherheit, wie ihn Bülow auf Seiten des Zweibundes Deutschland gegenüber sah, zu beseitigen. Doch Holsteins Warnung vor der Möglichkeit eines plötzlichen französischen Angriffs unter der Führung eines tatkräftigen Boulangers und dessen Folgen auf Rußland ließ andersgeartete Erwägungen nicht aufkommen. Sie war gewiß nicht einseitiger als die Antwort Oste-Sackens über Frankreichs Stellung zu Elsaß-Lothringen und Rußlands angeblich allmächtigen Einfluß in Paris[115]). Und doch stand hinter dessen Erwiderung auf die deutscherseits vermuteten Folgen auf Rußland und der tatsächlichen russischen Stellung das persönliche Interesse des Zaren an der Deklaration, wie überhaupt dessen Bedürfnis nach engerem Anschluß an Deutschland[116]). Schlug man es aus, würde Lamsdorff, wie Alvensleben richtig voraussah, allein die Ablehnung seiner Gedanken, nicht über deren Begründung hören. Das Nein wäre vielleicht nicht so schroff ausgefallen, wenn Bülow den Symptomen des russischen Vertrauens, die fast alle im Gegensatz zum französischen Einfluß standen, mehr Raum gegeben hätte. Der Versuch, lediglich Mißtrauen in den Zweibund hineinzutragen, mußte demgegenüber bereits in sich selbst wirkungslos bleiben. So aber war die nur natürliche Folge, daß Lamsdorff allein dies deutsche Nein sah und dementsprechend zum Zweibund zurückschwenkte.

Sie wurde erkenntlich durch die Einladung des Präsidenten Loubet durch den Zaren, wie ferner durch die öffentliche Feststellung, daß das russisch-französische Bündnis auch für Ostasien Gültigkeit habe[117]). Selbst von französischer Seite war versucht worden, Deutschlands Zustimmung zu dieser „Déclaration" zu gewinnen. Marquis de Noailles hatte bei der Ueberreichung des Wortlauts besonders hervorzuheben versucht, daß der in ihr von beiden Mächten eingenommene Standpunkt auch den deutschen Interessen in Ostasien entspreche. Doch da diese lediglich wirtschaftlicher Natur waren, lehnte es Bülow ab, Deutschlands neutrale Haltung in

115) GP. 17. 161.
116) GP. 17. 163, 68, 69, 180.
117) GP. 17. 180.

Ostasien aufzugeben. Denn jede Zustimmung zum französisch-russischen Standpunkt hätte Deutschlands Stellung zu anderen Nationen erschwieren müssen[118]).

Immerhin konnte die Einladung des französischen Präsidenten nach Petersburg, wie die französisch-russische „Déclaration" beweisen, daß die Allianz beider Staaten keineswegs derart ruhte, wie man sie gern den deutschen Interessen zum Vorteil gesehen hätte. Kein Wunder, wenn jetzt in der deutschen Presse neben dem Buchstaben dieser gemeinsamen Feststellung vor allem dessen Voraussetzung, eben der gemeinsame Wunsch beider Kabinette, den Bund trotz mancher Differenzpunkte zu erweitern, in den Mittelpunkt aller Kommentare trat[119]). Zweifellos hatte sich die Situation geändert. Als jetzt an Delcassé über Petersburg, wie direkt durch Radolin in Paris vorsichtig spendierend der Gedanke einer Zusammenkunft des Präsidenten Loubet mit dem Kaiser, eventuell im Kanal auf der Durchreise nach Petersburg, unterbreitet wurde, wies Delcassé Radolin gegenüber allein auf die bereits getroffenen Reisedispositionen, die dieser Möglichkeit keinen Raum mehr ließen. Nach Petersburg an Montebello aber schrieb er, daß ihm dafür kein anderes Resultat, als eben nur Frankreich zu kompromittieren und zu erniedrigen, möglich schien. Denn dem allein konnte ein solcher Schritt des Präsidenten gleichbedeutend sein. Er wäre die Bestätigung einmal gegebener Tatsachen, deren Regelung in französischem Sinne ihn jedoch unmöglich, wie überhaupt den deutschen Gedanken absurd erscheinen lasse[120]).

Welche Frage hier gemeint war und für Delcassé wie weiter in Ausführung dessen politischer Richtlinien für Montebello in Petersburg von maßgebender Bedeutung blieb, hatten die verschiedenen Phasen der deutsch-französischen Beziehungen stets gleichmäßig gezeigt. Sie trat für beide Länder erneut in den Vordergrund, als kurz nach diesen Sondierungen, allerdings unabhängig von ihnen, der Kaiser am 9. Mai 1902 in einem Erlaß die Aufhebung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, betreffend die Einrichtung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen, anordnete. Dem Statthalter war dadurch bisher, wie bereits die vom Volksmund dieser Bestimmung beigelegte Bezeichnung „Diktaturparagraph" erkennen läßt, die Ermächtigung gegeben, die zur Anwendung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit notwendigen Maßregeln zu treffen. Der Paragraph war 1897 zum Verbot zweier oberelsässischer klerikaler Zeitungen das letzte Mal zur Anwendung gekommen. Seitdem war seine Bestimmung immer mehr zu einem Instrument von „vorbeugender Wirkung" geworden, auf das Fürst Hohenlohe im Februar 1900 allerdings noch nicht verzichten zu können glaubte. Der Reichstag hatte zu dieser Zeit seinen bereits 1895 eingebrachten Beschluß für die Aufhebung dieses Paragraphen

---

[118]) GP. 18. 2. 794; 17. 179.
[119]) DDF. Ser. 2 II, Nr. 160 Marquis de Noailles à M. Delcassé.
[120]) DDF. Ser. 2 II, Nr. 219, M. Delcassé au Marquis de Montebello.

wiederholt. Anträge aus den Jahren 1879, 1883 und 1893 waren teils unerledigt geblieben, teils auch zurückgezogen worden. Die Frage der Abschaffung dieser Bestimmung war demnach nicht neu. Und doch war der Widerhall, den jetzt der Erlaß des Kaisers fand, in Deutschland wie in Frankreich allgemein groß. In Paris blieb er mit der Hoffnung verbunden, daß, wie die „Autorité" schrieb, die Gesinnung dieselbe bleiben werde und die Elsaß-Lothringer, wie ferner der „Figaro" ausführte, französisch von Geist und Herzen, nichts von ihrer Gesinnung und nichts von ihrer Hoffnung opfern werden. Denn, mag auch deren materielle Lage eine Milderung erfahren, die moralische Lage, welche die Gewalt geschaffen hat, wird dadurch nicht geändert. In Elsaß-Lothringen selbst hatte allerdings die Verleihung der Gleichberechtigung in der Presse aller Richtungen, so selbst bei den kirchlichen und demokratischen Organen, allgemein ein großes Gefühl der Erleichterung und damit der Freude und Dankbarkeit hervorgerufen. Dessen Folge, wie weiter besonders die „Kölnische Zeitung" schrieb, durch die Stärkung der unzweifelhaft schon weit vorgeschrittenen Entfremdung zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich der elsaß-lothringischen Frage — wenn man einmal von einer solchen reden will — von großer Bedeutung werde. Denn das Ausland müsse jetzt, wie fast gedanklich fortsetzend gleichfalls die offiziöse „Süddeutsche Reichskorrespondenz" ausführte, in der völligen Gleichstellung mit den übrigen Reichsbürgern nur einen neuen Beweis für die unauslöschliche Vereinigung des Reichslandes mit dem Reich erkennen. Die lebhafte Zustimmung im Reich wie in den Reichslanden sprach wohl dafür. Doch ob damit dem Revanchegedanken in Frankreich rückwirkend irgendwie Einhalt geboten wurde, blieb fraglich.

Dazu war dieses Ereignis wohl ebenso ungeeignet, wie die Zusammenkunft des Kaisers mit dem am 28. Mai zurückgetretenen Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau am 10. Juli 1902 in den norwegischen Gewässern. „Que Delcassé soit bien tranquille, je n'ai préparé aucune nouvelle Alliance". Mit dieser durchaus bezeichnenden Bemerkung schloß Waldeck-Rousseau in einem Brief an den Präsidenten Loubet seine eingehende Schilderung dieser Begegnung[121]). Der Kaiser mochte wohl glauben, durch sie, wie bereits vorher durch seine telegrafisch, wie durch die Ueberreichung von 10 000 Franken zum Ausdruck gebrachte Anteilnahme an der durch den Ausbruch des Mont Pelé für die französische Insel Martinique entstandenen Katastrophe, das Mißtrauen, das beiderseits jeder Verständigung stets hemmens im Wege stand, überwinden zu können. Der nationalistischen Presse bot die Begegnung in den norwegischen Gewässern sofort Gelegenheit, ihre Anschauung jetzt auch in Angriffen gegen Waldeck-Rousseau zu vertreten. Denn er ratifizierte durch diesen Besuch, wie der „Intransigeant" einer Meldung aus Paris an die „National-Zeitung" zufolge schrieb, nur die

[121]) Combarieu, p. 208/09.

Erklärung Jaurès' hinsichtlich Elsaß-Lothringen. Und weiter schrieb die „Patrie"[122]), daß man in dieser Begegnung sicher die Anzeichen freundschaftlicher Beziehungen erblicken werde, die man zwischen den Feinden von 1870 herzustellen versuche. Wir für unseren Teil, so glaubt die „Patrie" dabei feststellen zu müssen, erheben dagegen Einspruch. Denn man müsse zwischen den Völkern und den Regierungen unterscheiden. Jedenfalls würden die elsässischen „Brüder" sagen, daß diese Begegnung des bedeutsamsten und vielleicht einzigen Staatsmannes, den Frankreich zählt, mit dem deutschen Kaiser ein Ereignis ist, das ihrer eigenen Wohlfahrt nur dienen und für die Pflege internationaler Höflichkeit nur wohltätig sein kann. Waldeck-Rousseau sei der Mann, der nach seiner ganzen Vergangenheit und Bedeutung berufen zu sein scheint, auch später einmal für die Geschicke Frankreichs eine hervorragende Rolle zu spielen. Unter diesem Gesichtspunkt sei die persönliche Bekanntschaft der beiden Männer auch von einer gewissen politischen Bedeutung, selbst wenn sie, wie anzunehmen ist, zu politischen Erörterungen besonderer Art keine Veranlassung gegeben haben mag.

Die Deputiertenwahlen vom 27. April und 11. Mai wie ferner die Reise des Präsidenten nach Petersburg konnten auch ihrerseits innen- wie außenpolitisch den Gang der Entwicklung beeinflussen. So brachte die deutsche öffentliche Meinung vor allem den Wahlen lebhaftes Interesse entgegen. Deren prinzipielle Bedeutung war nach Ansicht der „Berliner Neuesten Nachrichten" besonders die Frage, ob es Waldeck-Rousseau gelingen werde, gestützt auf seine bisherige sozialistisch-radikale Mehrheit oder, nach Preisgabe seines sozialistischen Kollegen Millerand, auf einer mehr nach rechts gehenden bürgerlich-republikanischen Mehrheit die Geschäfte fortzuführen. Für Deutschland war sie insofern von Bedeutung, als entgegen der Tätigkeit dieser Regierung die Bildung einer Nationalistenpartei mit der Fähigkeit, dem überspannten Chauvinismus eine mildere und damit auch auf die Dauer wirksamere Basis der Propaganda und Aktion zu geben, nur Unruhe hervorrufen mußte. Und dies vor allem, da hinter dem Namen der Nationalisten allein die alte kirchliche Partei zu vermuten war. Ihr gegenüber hatte die deutsche Regierung aber stets an der Auffassung festgehalten, daß eine klerikale französische Regierung geringere Gewähr für die Erhaltung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland biete als eine republikanische[123]). So war es verständlich, wenn unter diesem Gesichtspunkt der Sieg der Regierung allgemein mit großer Genugtuung aufgenommen wurde. Er war der deutschen Presse der Unterpfand dafür, daß wie Marquis de Noialles an Delcassé zu berichten wußte, Frankreich auch weiterhin jede Politik der Abenteuer vermeiden und seine Politik auf friedlichen Bahnen

---

[122]) Kölnische Zeitung, Nr. 540 v. 13. 7. 1902.
[123]) GP. 18. 2. 520.

suchen würde[124]). Deren Weg man auch außenpolitisch hinsichtlich der sich enger gestaltenden russisch-französischen Beziehungen allgemein stets solange mit Befriedigung beobachten zu können glaubte, als deren Pflege auf persönlichem Gebiet nur dazu dient, den Frieden Europas zu befestigen. Der Besuch des Präsidenten Loubet in Rußland schien dieser Ansicht zu entsprechen. Zu irgendwelchen konkreten neuen Verabredungen war kein Anlaß zu erkennen. Frankreich und Rußland hätten die Absicht, wie der „Figaro" halbamtlich zu melden wußte[125]), bei allen Gelegenheiten gegenseitiges Einvernehmen zur Anwendung zu bringen und die am politischen Horizont stehenden Fragen zu ihrem Vorteil zu regeln. Der Gesamteindruck des Besuches schien daher nur zu der Auffassung zu berechtigen, „daß das offizielle Frankreich sich mehr und mehr die Auffassung der russischen Ziele des Zweibundes zueigen gemacht hat, in der Ueberzeugung, daß nur auf dieser Grundlage die Allianz eine dauernde Festigung erhalten konnte[126]).

Wohl wäre diesen Ereignissen ein durchaus konservatives Moment beizumessen gewesen, wenn die politische Gesamtsituation der französischen Außenpolitik nicht zugleich nach italienischer und seit Anfang 1902 auch nach englischer Seite die Richtung gewiesen hätte. Und beiderseits nur in einem für Frankreich günstigen Sinne. Frankreichs politischer Kurs geht jetzt überall gegen Deutschland.

Der Präsidentenbesuch in Petersburg hatte die Beziehungen zu Rußland befestigt. Nach englischer Seite hatten zwischen Chamberlain und Cambon Verhandlungen begonnen, die den Ausgleich aller zwischen England und Frankreich bestehenden kolonialen Differenzen zum Gegenstand hatten. Sie mochten noch stark problematischer Natur sein. Die Absicht beiderseits, an die Beseitigung dieser Differenzen überhaupt heranzutreten, war jedoch dabei keineswegs zu verkennen. Die italienisch-französischen Interessen, speziell hinsichtlich Tripolis nebst Hinterland, hatte die Tätigkeit Barrères bereits Mitte Dezember 1900 geklärt. Italien gaben die dabei ausgetauschten Erklärungen von französischer Seite freie Hand auf Tripolis. Für Frankreich aber waren sie eins zahlreicher Mittel, Italien vom Dreibund zu lösen und damit den Dreibund selbst zu zersetzen. Und nicht genug damit. Sollten diese Erklärungen überhaupt realen Wert erhalten, dann auch nur, wenn Italien seine militärischen Verpflichtungen im Rahmen des Dreibundes nicht weiter aufrechterhalte. Ihnen vor allem galt jetzt das Interesse Frankreichs. Wie bekannt, folgte auch der formellen Zusage Prinettis vom Juni 1901 nach Unterzeichnung des Dreibundvertrages der Austausch italienisch-französischer Erklärungen, deren Inhalt tatsächlich eine Rückversicherung gegen

---

[124]) DDF. Ser. 2 II, Nr. 251. Le Marquis de Noailles, Ambassadeur de France à Berlin, à Delcassé.

[125]) Nordd. Allg Ztg. Nr. 120 v. 25. 5. 1902.

[126]) GP. 18. 2. 831.

den Dreibundvertrag bedeutete. Der deutschen Politik blieben die mit diesem Notenaustausch von Italien eingegangenen Verpflichtungen unbekannt. Jedoch, allein schon die Reden, die Prinetti und Delcassé zu dieser Zeit hielten, konnten auf deutscher Seite in Kreisen der Diplomatie wie bei der Presse sehr wohl das Gefühl, die Initiative des Handelns, einerlei aus welchen Motiven heraus, etwas verloren zu haben, zum Ausdruck kommen lassen[127]). Der Gesamteindruck, wie ihn Radolin in Paris empfand, war und konnte nur derart sein, daß, nachdem kleine Spannungen innerhalb des Zweibundes beseitigt waren und ferner das italienisch-französische Verhältnis sich gebessert hatte, man infolgedessen in Frankreich nicht mehr so großes Gewicht auf eine Verständigung mit Deutschland legte[128]), und, was zwar Radolin selbst nicht folgerte, auch nicht mehr zu legen brauchte. Frankreich stand Deutschland zwar korrekt, doch nicht mehr abwartend gegenüber. Dafür hatte sich die Situation zu grundlegend geändert. Sein Bericht war bemerkenswert und dies um so mehr, als hier, vor allem Frankreichs aussenpolitische Lage rückwirkend auf die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen gesehen wird. Er sprach aus, was ex post betrachtet von dieser Zeit an bis zur Entente von 1904 durchaus als die Kardinalfrage dieser Beziehungen anzusprechen ist.

V. Frankreich auf dem Wege zur Entente.

Der Ausgang der Wahlen in Frankreich hatte indes die Tätigkeit des Kabinetts Waldeck-Rousseau gebilligt. Sie waren dem Kabinett nach dreijähriger Tätigkeit jetzt der Beweis, daß das Ziel, den Weg für eine vom Geiste der republikanischen Einigkeit getragenen Politik ebnen zu wollen, erreicht und die damit gestellte Aufgabe erfüllt war., Getreu den Erklärungen vom Juni 1899, „seine Pflicht als erfüllt zu betrachten, wenn von Neuem der Weg freigemacht ist für eine Politik, die alles ausschließt, was die Republikaner trennen kann, und sich gründet auf das, was eint", überließ Waldeck-Rousseau gewiß wohl mit veranlaßt durch Gründe persönlicher Natur, die Einleitung einer Politik der republikanischen Versöhnung jetzt einem anderen. Ob allerdings diese durch Combes und sein Ministerium erreichbar war, stand noch dahin. Der Eindruck in der öffentlichen Meinung Frankreichs, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kam, war zumindest noch derart, daß eigentlich bei keiner Partei rückhaltloses Vertrauen, sei es zur Dauerhaftigkeit dieser Bildung, sei es zur Entschlossenheit der Minister, die angekündigte, entschieden radikale und antiklerikale Politik durchzuführen, sich offenbare. Wohl war der radikale Geist, wie

[127]) DDF. Ser. 2 II, Nr. 267: M. Prinet à M. Delcassé.
[128]) GP. 18. 2. 788.

der „Temps" ausführte, durch die Beibehaltung Delcassés und die Aufnahme Chaumiées (Unterricht) und Rouviers (Finanz) abgeschwächt. Entscheidend blieb aber trotzdem die Mehrheit des Kabinetts, die jedoch vollständig radikal in ihrer Einstellung gleichfalls nach Ansicht des „Figaro" alle Merkmale des vom Lande erwarteten Beruhigungsministeriums vermissen lasse. Doch gerade diese Einstellung des neuen Kabinetts entgegen dem klerikalen Geist und den Bestrebungen des Nationalisten, ließ deutscherseits dessen Zusammensetzung, und sogar den Verbleib Delcassés im Außenministerium, nur mit Genugtuung begrüßen. Freilich, sie war die Gewähr dafür, daß Frankreich und seine Regierung, frei von jeder Neigung zu politischen Abenteuern, auch seinerseits den Frieden mit Deutschland erhalten werde. Einen Frieden, dessen Bestehen und dessen äußere Form allerdings keineswegs, wie Georges Villiers in einem Leitartikel des „Figaro" ausführt[129]), das Vergessen von Erinnerungen mit hineinzieht, die der Abstand vielleicht geschwächt, doch nicht ausgelöscht hat. Marquis de Noailles gaben diese Worte die „wahren Gefühle der französischen Nation" wieder. Die den Wahlen bald folgenden Revanchereden eines André und Pelletan mußten danach der klare Ausdruck einer wahren Volksstimmung werden. In Deutschland mochten demgegenüber die Reden des Sozialistenführers Jaurès, wie weiter die Richtung der französischen Innenpolitik und vielleicht auch die Hoffnung auf das Heranwachsen einer jungen Generation im Mittelpunkt aller Erörterungen über die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung stehen. Die klärende Wirkung der Worte Jaurès konnte, nach Ansicht der „Kölnischen Zeitung"[130]), sehr wohl der Sache des Friedens dienlich sein. Der Widerhall seiner Worte konnte weiterhin der politischen Erkenntnis und Beurteilung der Dinge und Personen nützlich sein. Der Unterschied der deutschen von der französischen Auffassung über das Verhältnis beider Länder zueinander wurde durch diese Erörterungen deutlich erkennbar. Den Frieden zu wollen und dann doch auf den verschiedensten Wegen innen- wie außenpolitisch den Gedanken der Revanche auszusprechen oder sich von ihm leiten zu lassen, sieht anders aus, als wenn hinsichtlich der Reden Jaurès durch die „Berliner Neuesten Nachrichten" deutscherseits an die Parole „Toujours en vedette" erinnert wird. Mochte auch das, was über dessen Anregung, in der allgemeinen Abrüstung ruhmvoll den Anfang zu machen und sich nicht daran durch Elsaß-Lothringen hindern zu lassen, befürwortend der „Radical" schrieb, richtig sein. Praktisch war es ohne Belang. Denn solange in Frankreich der Versöhnungsgedanke in der Kammer wie durch die Presse fast einstimmig mit Entrüstung zurückgewiesen wurde, mußten auf deutscher Seite für die Beziehungen von Volk zu Volk derartige Aeußerungen und nicht die eines einzelnen, so gern man auch dessen Worte als Symptom einer

[129]) DDF. Ser. 2 II, Nr. 299, Le Marquis de Noailles à M. Delcassé.
[130]) Kölnische Zeitung, Nr. 459 v. 14. 6. 1902.

Aenderung in der öffentlichen Meinung Frankreichs gewertet hätte, maßgebend bleiben. Marquis de Noailles hatte wohl Recht an Delcassé zu schreiben, daß man sich in Deutschland keine Illusion über die Möglichkeit einer engeren Annäherung zwischen den beiden Ländern macht[131]). Die Rede Bülows am 8. Juni zur zweiten Lesung über die Abschaffung des Diktaturparagraphen mit dem Hinweis darauf, daß es für Deutschland unmöglich sei, Elsaß und Lothringen wieder aus der nationalen Gemeinschaft zu entlassen, ohne damit den Bestand unseres schwer erkämpften Einheitsstaates selbst zu gefährden, wie dessen Schlußwort, daß wir freiwillig niemals in eine neue Abtrennung der alten Reichsgebiete einwilligen werden, hatten den Standpunkt Deutschlands nur nochmals unterstrichen. Ausschlaggebend blieb somit auch weiterhin Frankreichs Haltung zu dieser Frage. Sie war, wie Radolin vollauf mit Recht hinwies, in ihrer Gestaltung durch Delcassé, die allerdings die Grundsätzlichkeit dieser Frage stets unberührt ließ, durchaus von Frankreichs außenpolitischer Lage bestimmt.

Denn die Grundsätzlichkeit dieser Frage war für Frankreich tatsächlich unantastbar. Ein offiziöser Artikel im „Figaro"[132]) von Tardieu bestätigte diese Haltung. Rückblickend, wie in die Zukunft weisend, kann Tardieu nur feststellen, daß sich manche Franzosen der Hoffnung hingegeben hätten, daß Frankreich durch ein außereuropäisches Uebereinkommen mit Deutschland eine gleichwertige Genugtuung in Europa erlangen könnte. Doch diese Hoffnung war eine Illusion. Deutschlands Stellung zu dieser Frage sei dank der Worte des Grafen Bülow von unvergleichlicher Klarheit. Frankreich habe keine Ursache, dieselbe zu verdunkeln. Es sei bereit, die Courtoisie, für welche es wiederholt Beweise erhalten habe, mit gleicher Courtoisie zu erwidern. Unmöglich sei es jedoch für Frankreich, dem Erbgut seiner Erinnerung zu entsagen. Denn auch Deutschland falle es schwer, auf einen einzigen seiner Siege zu verzichten. Und da Frankreich außerhalb des Gebietes, auf das Deutschland zu begeben sich weigere, nichts von deutscher Seite zu verlangen habe, so werde Frankreich auch weiterhin in den gutnachbarlichen Beziehungen, welche die Zeit zwischen Frankreich und Deutschland hergestellt habe, den genauen und hinreichenden Ausdruck dessen finden, was die Sorge um den allgemeinen Frieden und die Wahrung eigener Interessen von einer richtigen Politik verlangen.

In Berlin schien man sich allerdings der Ansicht des Fürsten Radolin nicht anschließen zu können. Man glaubte vielmehr, daß wohl vor allem Deutschlands Haltung in der ostasiatischen und in der Protektoratsfrage im Orient das Verhalten Delcassés zur Ursache habe. Damit blieb jedoch ungeklärt, daß Frankreich Ende Juni in Berlin ganz im Gegenteil auf die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bauend, durch den Botschafter

---

131) DDF. Ser. 2 II, Nr. 299 Le Marquis de Noailles à M. Delcassé.
132) Berliner Neuesten Nachrichten, Nr. 266 v. 10. 6. 1902.

der Hoffnung Ausdruck gab, „daß Frankreich in der siamesischen Angelegenheit von Deutschland einen coup d'epaule bekommen werde"[133]). Deutscherseits nicht darauf einzugehen, lag kein Anlaß vor. Allerdings blieb es fraglich, ob die Gemeinsamkeit der deutsch-französischen Interessen und zwar nicht allein für Siam, auch derart war, wie jetzt am Quai d'Orsay betont wurde[134]). Der ausgesprochen deutschfeindliche Inhalt einzelner Reden der Minister André und Pelletan zur Villefranche am 15. August und in Ajaccio und Bizerta Mitte September 1902 sprach nicht dafür. Sie mochten, gemessen nach ihrem Einfluß auf die Ereignisse, durchaus bedeutungslos sein. Als Beweis aber, daß überhaupt Minister der französischen Regierung, einerlei aus welchen Motiven, durch Betonung des Revanchegedankens im Lande sich politische Vorteile versprachen, mußten die Reden das Interesse der deutschen Oeffentlichkeit erregen. Sie mochten die Aufgaben des französischen Außenministers durchaus erschweren. Delcassé mochte sich deshalb sehr wohl mißbilligend geäußert haben. So konnte der englische konservative „Standard" in seiner Betrachtung vor allem auf diesen Gegensatz der einzelnen Interessen innerhalb der französischen Regierung hinweisen[135]). Gesagt war dabei allerdings nicht, daß dieser Gegensatz letzten Endes doch nur formaler, nicht aber grundsätzlicher Natur war. Deshalb bewiesen auch diese Reden nur erneut, daß bis jetzt noch keine Regierung der dritten Republik auf den Gedanken der Revanche verzichten vermochte. Die Tragweite der französischen Abmachungen, wie Frankreichs innenpolitische Lage ließen zur Zeit von dieser Seite wohl keinerlei Beunruhigung der bestehenden Machtverhältnisse erwarten. Indes, daß die jenseits der Vogesen am Ruder befindlichen Politiker allein durch das Bewußtsein ihrer Isolierung im Falle eines Angriffskrieges gegen Deutschland ernste Komplikationen vermieden haben und auch weiterhin vermeiden würden, darüber haben in Deutschland, wie die „National-Zeitung" schrieb, niemals Illusionen bestanden.

Für Bülow, wie die maßgebenden politischen Stellen der deutschen Regierung, abgesehen von der Einstellung des Kaisers, traf diese Beurteilung wohl zu. Die Grundlagen allerdings, die jeweils Frankreichs außenpolitische Einstellung zu Deutschland entweder in den direkten Beziehungen beider Länder, oder im Rahmen der Gesamtmächtekonstellation zu verstehen suchten, blieben dagegen, ausschließlich von dem deutschen Standpunkt gesehen, letzten Endes stets unvollständig. Fest stand, daß das Verhältnis beider Länder als durchaus korrekt anzusprechen war und die französische Regierung, wie Radolin dem spanischen Botschafter auf dessen erneute Anregung einer wohl möglichen deutsch-französischen Annäherung in Einzelfragen erwiderte, auch ihrerseits nichts mehr als

[133]) GP. 18. 2. 796.
[134]) GP. 18. 2. 797.
[135]) Kölnische Zeitung, Nr. 734 v. 19. 9. 1902. (Telegramm aus London v. 17. 9. 1902).

die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes zu wünschen scheine[136]). Tardieus offiziöser Artikel im „Figaro" hatte die gleiche Ansicht zum Ausdruck gebracht und hervorgehoben, daß es nicht in den Intentionen der Regierung liege, engere Beziehungen mit Deutschland anzuknüpfen. Tardieu hatte dabei allerdings nicht gesagt, daß Frankreichs außenpolitisch gesicherte Basis und Delcassés nordafrikanische Ziele diesen Zustand als „den Intentionen der Regierung" nur zweckmäßig erscheinen ließen. Wollte Delcassé tatsächlich, wie Leon y Castillo es nachdrücklich auf Grund einer längeren akademischen Erörterung außenpolitischer Fragen mit dem Minister versicherte, eine Annäherung an Deutschland, dann dürfte der Grund dafür, nach Ansicht Radolins wohl vor allem in der Nichterfüllung seiner englischen Pläne und demgegenüber in dem zu England wie Rußland guten Verhältnis Deutschlands zu suchen sein. Von Chamberlains Aeußerungen zu Eckardstein über das wahre Verhältnis Englands zu Deutschland schien Radolin keine Kenntnis zu haben. Einerlei, da der Anlaß zu dieser Diskussion nicht außenpolitisch, sondern allein innenpolitisch als Antwort auf eine in der „Revue politique et parlamentaire" erhobene Kritik der politischen Tätigkeit Delcassés gegenüber bedingt war, mußte ihr Nutzen für Delcassé wie für die deutsche Regierung sich nur gegenseitig aufheben. Das Mißtrauen deutscherseits in das Verhalten Delcassés konnte dadurch gewiß nicht behoben werden. Den „Berliner Neuesten Nachrichten" waren die Reden der französischen Minister André und Pelletan für die deutsche Oeffentlichkeit nur dankenswerte Hinweise auf die tatsächlichen Grenzen aller deutsch-französischen Verständigungshoffnungen gewesen. Die Diskussion dieser Frage konnte als Hinweis auf Delcassés außenpolitische Grundsätze die Ansicht der „Berliner Neuesten Nachrichten" nur ergänzen. Denn bei aller Beachtung diplomatisch-korrekter Beziehungen zu Deutschland ging aus der ganzen Haltung des französischen Außenministers während dieser vier Jahre unzweifelhaft dessen Neigung hervor, sich womöglich mit England zu einigen[137]). Die Ansicht war zweifellos richtig. Daß allerdings diese Neigung als außenpolitischer Grundsatz Delcassés wohl allein auf Grund der russisch-französischen Allianz überhaupt erst möglich wurde, war deutscherseits anscheinend nur soweit erkannt, als allgemein die Hoffnung Frankreichs auf Revanche als Träger dieser Allianz angesehen wurde. Damit blieb jedoch unerklärt, daß selbst in Zeiten, die diesem Charakter der Allianz keineswegs entsprachen, Delcassés Haltung allen deutschen Sondierungen gegenüber stets gleichmäßig ablehnend geblieben war. Delcassés halboffizielle Verständigungspläne konnten daran nichts ändern. Denn ihnen fehlte bis jetzt jede reale Basis. Mochte auch dessen Politik mit Rücksicht auf die Kammer in vielen Fragen, besonders gegenüber Rußland wie England, scheinbar die erwünschte Weitsichtigkeit fehlen[138]). Das

[136]) GP. 18. 2. 798.
[137]) GP. 18. 2. 800 (Richthofen an Radolin).
[138]) GP. 18. 2. 831.

lag im Wesen der Politik überhaupt. Die Stimmung im Volk, wie die ganz besonders bis zur Jahrhundertwende starke Unbeständigkeit der französischen Innenpolitik waren weiter Faktoren, die gerade auf seine Stellung als parlamentarischer Minister nicht ohne Einfluß sein konnten. Denn daß auch bei Delcassé diese Weitsichtigkeit und zielbewußte Stetigkeit der Direktion, wenn sie nur angängig und politisch auch zweckmäßig erschien, vorhanden war, beweist gerade dessen Haltung zu Deutschland wie weiter zu England, auf die erst kürzlich Richthofen als dessen Neigung „sich womöglich mit England zu einigen", aufmerksam gemacht hatte. Frankreichs grundsätzliche Verneinung jeder deutschen Lösung der „Elsaß-Lothringen-Frage" blieb wie vordem auch weiterhin bestehen. Selbst die Entscheidung von Kolonialfragen schien jetzt dadurch beeinflußt zu werden. Dagegen bestanden deutscherseits keine Bedenken, auch mit Frankreich in Einzelfragen zusammenzugehen, Das bewies erneut nach jenem Mißerfolg von vor zwei Jahren die jetzt erfolgte Anregung eines Gedankenaustausches über die Modalitäten der Räumung von Shanghai. Der Englandpolitik Delcassés entsprechend blieb jedoch auch diese ergebnislos[139]). Trotzdem schien deutscherseits die gleiche Haltung auch weiterhin zweckmäßig zu sein. Wurde die Gegenwart dieser Auffassung in nichts gerecht — für Bülow blieb doch noch die Hoffnung, daß mit der Zeit eine Verständigung in Einzelfragen wohl möglich sein könnte. Er sprach sie dem neu ernannten französischen Botschafter in Berlin, Bihourd, gegenüber ausdrücklich aus[140]) und er wiederholte sie kurz danach, am 20. Januar 1903 im Reichstag. Hier führte Bülow aus, daß die zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden ruhigen und friedlichen Beziehungen den Interessen und dem Wohle der beiden Länder entsprechen, und daß es eine Anzahl von Fragen gibt, wo beide in ihrem beiderseitigen Interesse Hand in Hand gehen könnten.

Die Wahl Jaurès vom 13. Januar 1930 zum Vizepräsidenten der Deputiertenkammer und ihr Widerhall in der Presse wie in der Kammer selbst, mußten durch die Verknüpfung seiner Persönlichkeit mit der Frage der Revanche und den Angriffen gegen eine Politik, die, wie mit Recht die „Kölnische Zeitung" hervorhob, „ohne den Krieg und die Revanche als Ziel zu bekennen, doch Elsaß-Lothringen zu ihrem Angelpunkt hat", in Deutschland die größte Beachtung hervorrufen. Die Kandidatur selbst war nur der logische Abschluß der neuen parteipolitischen Orientierung des Kabinetts Combes und damit auch seine Wahl nicht etwa die Bekehrung der Kammermehrheit zum Sozialismus und Antipatriotismus, sondern allein eine Frage der Disziplin im Block. Sie war lediglich innerpolitisch bedingt. Das deutsche Interesse galt daher allein seinen politischen Ausführungen vor der Kammer.

---

[139]) GP. 18. 2. 804; 16. 467.
[140]) DDF. Ser. 2 III, Nr. 24. M. Bihourd à M. Delcassé.

Wenn diese die Friedenspolitik Deutschlands Frankreich gegenüber und den durchaus defensiven Charakter des Dreibundes vollauf mit Recht betonen, ließ dessen gleichzeitige Zurückhaltung hinsichtlich Elsaß-Lothringen, die nichts mehr von „Verzicht", jetzt vielmehr von einer „notwendigen Wiederherstellung des Rechts" vernehmen ließ, deutscherseits große Illusionen nicht weiter aufkommen[141]). Sie wurden vollends beseitigt, da dessen politische Gegner auf allen Bänken und sogar in der Person Millerands unmittelbar neben ihm saßen. Ihr Programm war nicht die Idee des Friedens durch die Achtung des Rechts, ohne Eingreifen der Gewalt. Sie fühlten sich eins mit Ribot, dem Unterzeichner des Bündnisvertrages mit Rußland, dessen Gedanken dem Recht und Verzicht das Nichtvergessenkönnen und Nichtvergessendürfen und damit auch die Verpflichtung stark zu bleiben entgegenstellten. Frankreichs Bündnis mit Rußland sei zwar nicht mit dem Gedanken des Angriffs geschlossen worden. Doch von dem Geist, den Jaurès nach Ansicht Ribots auch in der Kammer verbreitet wissen wolle, sei dieses Bündnis nicht eingegeben. Frankreichs Aufgabe sei es vielmehr, nicht nur vom „Recht" der Elsaß-Lothringer zu sprechen, sondern sich zugleich auch alle Aussichten für die Zukunft freizuhalten. Stand doch dann für Ribot und dessen Anhängern nur noch die Gelegenheit offen, um mit Erfolg auch dem russischen Bündnis eine Wendung zu geben, die das „Recht" der Elsaß-Lothringer, wie es Ribot sah, nicht etwa im Sinne Jaurès, „ohne Gebrauch der Gewalt", sondern mit der Gewalt wiederherzustellen vermag. Neu war dieser Gedanke nicht. Denn der Geist des Rechts und der Billigkeit, an dessen Verkündigung durch den Zaren sich bereits im Jahre 1898 zahlreiche Erwartungen geknüpft hatten, war auch in der Folgezeit in Frankreich nie ganz vergessen worden. Hatte ihn doch der Zar bei seinem Besuch in Frankreich im September 1901 erneut als die Grundlage seiner Friedensbestrebungen ausgesprochen. Denn damit konnte nur, wie Alcide Ebray, der Verfasser der politischen Leitartikel im „Journal des Débats" in einem Aufsatz in der „Revue politique et parlamentaire" sofort betonte, ein Friede im Geiste „französischen" Rechts und „französischer" Billigkeit und nicht ein Friede „um jeden Preis" und ohne Bedingungen gemeint sein[142]). Ihn zu erreichen war dabei nur das, was jetzt Ribot und seinen Anhängern hinsichtlich Elsaß-Lothringen als Macht- und Gelegenheitsfrage galt. Ihre Voraussetzung und Vorbereitung aber war die gleichfalls von Ribot aus den Ereignissen von 1870 abgeleitete und jetzt vom „Temps" aufgegriffene und sogar als „Axiom und Losung" aufgestellte Formel „stark zu bleiben", und damit keine der Aussichten zu verlieren, die die Geschichte Frankreich eventuell zu bieten vermochte.

---

141) DDF. Ser. 2 III, Nr. 45. M. Bihourd, Ambassadeur de France à Berlin, à M. Delcassé.

142) Th. Schiemann: Deutschland und die große Politik anno 1901. Berlin 1902, S. 338/39.

Die deutsche Presse ließ daher auch Illusionen hinsichtlich der Gedanken Jaurès, und deren Verwirklichung mit Recht keinen Raum. Ob allerdings selbst nur der Glaube an die versöhnende Wirkung großer Zeitabschnitte dementsprechende Hoffnungen auf die noch mögliche Anerkennung des Frankfurter Friedens durch Frankreich rechtfertigen konnte, stand noch dahin. Die politische Einstellung Delcassés als Minister des Aeußeren, wie die Auffassung der französischen Kammermehrheit über die Folgen von 1870 und die Bedeutung des Dreibundes sprachen zur Zeit nicht dafür. Der Dreibund hatte niemals offensive Absichten gegen Frankreich gehabt. Selbst Ribot konnte dem nichts erwidern. Doch mußte denn gerade ein Franzose das sagen? Bewegten sich dessen nationale Gefühle nicht stets nur in deutschfeindlicher Richtung? Gleichfalls im Reichstage im Anschluß an jene Aeußerungen über die deutsch-französischen Beziehungen hatte Bülow die Absicht ausgesprochen, auch weiterhin dem deutschen Verhältnis zu Frankreich die größte Sorgfalt zuzuwenden. Sie galt für ihn wohl allein der Pflege korrekter Beziehungen, die dem Wohle beider Länder entsprachen; jedoch den Interessen Deutschlands, entgegen den sich häufenden Nachrichten über weitere englisch-französische Ausgleichsverhandlungen, in dieser einseitigen Form in nichts mehr gerecht wurden.

VI. Mazedonien. — Das Auseinandergehen beider Mächte.

Während die englisch-französische Verständigung selbst dem russischen Botschafter zu ernsten Bedenken Anlaß gab, blieb man in Berlin auch weiterhin sorglos. Holstein hielt dessen Besorgnis für Phantasie. Der Gedanke könne überhaupt erst lebensfähig werden, wenn in Frankreich der Revanchegedanke aufgehört habe zu existieren. Doch dieser sei ganz im Gegenteil neuerdings wieder aufgefrischt worden, da sowohl die Mitglieder der Regierung wie auch die Parlamentarier aller Parteien sich zu ihrer Selbsterhaltung genötigt sahen, gegen die versöhnlichen Aeußerungen Jaurès' Stellung zu nehmen. Bevor jedoch Frankreich nicht auf diesen Gedanken verzichtet habe, blieb seines Erachtens auch die Allianz mit Rußland unentbehrlich. Denn allein Rußland, nicht England, könnte es unternehmen, einer deutschen Invasionsarmee Halt zu gebieten[143]).

Frankreichs Stellung in Europa, die durchaus auf jener Nichtanerkennung des Frankfurter Friedens beruhte und die damit auch außenpolitisch den Bund mit Rußland zur Basis hatte, wie demgegenüber der Gegensatz Rußlands zu England ließen Holstein eine derartige Neuorientierung Delcassés von vornherein unmöglich erscheinen. Bülow folgerte weiter. Delcassés Hinwendung zu Eng-

[143]) GP. 17. 573 Fußnote.

land wie demgegenüber Rußlands gegensätzliche Stellung zum britischen Reich konnten für Deutschland machtpolitisch eventuell nur günstige Pespektiven eröffnen. Allerdings mußten diese in gleichem Maße bedenklich werden, wenn es, wie Bülow sich doch nicht verschließen, konnte, dem französischen Minister gelänge, auch zwischen England und Rußland eine Annäherung und damit die bereits von Gambetta erstrebte französisch-englisch-russische Tripleentente herbeizuführen[144]). Das gute Verhältnis Rußlands zu Oesterreich, wie die mehr als höflichen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg, sie hatten demgegenüber allerdings der Spaltung Europas in zwei Teile jeden ausschließlichen Charakter genommen. Die Verbindungen der einzelnen Mächte zueinander hatten sich verflochten. Für Bülow bot damit vorerst kein Ereignis Anlaß, Befürchtungen oben genannter Art zu hegen.

Die Haltung Frankreichs in der mazedonischen Frage zugunsten Armeniens und Mazedoniens, sie konnte insoweit gegen Deutschland gerichtet sein, als durch sie Verwicklungen in der Türkei für Deutschland eventuell Schwierigkeiten gegenüber Rußland wie der Türkei hervorrufen konnten. Daß dadurch aber auch Rußland getroffen wurde, konnte Delcassé aus einem Angriff der „Nowoje Wremja" gegen Frankreichs Mazedonienpolitik ersehen. Die deutsche Presse gab ihrer Freude unverhohlen Ausdruck[145]). Ob allerdings dieser russische Angriff gegen die zur offenen Intervention Frankreichs in Mazedonien drängende französische nationalistische Presse, wie vor allem gegen die Person Delcassés, dessen Sturz, wie den des Kabinetts Combes zugunsten der Nationalisten zur Folge haben würde, blieb zweifelhaft. Der Zweibund selbst, darüber bestand auch in der deutschen Presse kein Zweifel, wurde durch diese Demonstration nicht weiter bedroht. Sie konnte vielmehr entgegen dem Drängen der Nationalisten und Sozialisten zur Aktionspolitik die Stellung Delcassés nur stärken. Desgleichen konnte außenpolitisch dessen englandfreundliche Einstellung dadurch nur an Bedeutung gewinnen. Denn die deutschfeindlichen Aeußerungen des „Temps" und „Matin", die Frankreich jetzt aus der Verlegenheit herauswinden sollten, wurden von englischer Seite durch die „Times" und den „Standard" lebhaft unterstützt[146]). Alle Momente schienen gegen Deutschland zu sprechen. Trotzdem hatte Deutschland nach Ansicht Holsteins bei der gegenwärtigen Lage weniger denn je Grund die Beseitigung des französischen Außenministers zu wünschen[147]). Dies auch nur, da die Russen ihm mißtrauten. Denn Deutschland gegenüber verzeichnete die Zeit seiner Amtsführung einen vollständigen Stillstand in der Verbesserung der deutschfranzösischen Beziehungen. Und wenn diese besonders zur Zeit der Ausstellung keineswegs unfreundlich

144) GP. 17. 573; 18. 2. 839.
145) DDF. Ser. 2. III, Nr. 171. M. Bihourd à M. Delcassé.
146) Berliner Neueste Nachrichten, Nr. 164 u. 168. v. 7. u. 9. 4. 1903.
147) GP. 18. 2. 839.

waren, so ließ sich seit etwa Dezember 1902, nach dem französisch-italienischen Accord und dem Beginn der sich langsam anbahnenden englisch-französischen Verständigung, in der Haltung der fränzösischen Regierung ein vollständiger Rückschlag feststellen. Seitdem hatte sich Delcassé auf politische Unterhaltungen mit dem deutschen Botschafter überhaupt nicht mehr eingelassen. Frankreichs Beziehungen zu Deutschland hatten sich damit nur zu versteifen begonnen. Und wurden politische Fragen von Fürst Radolin angeschnitten, so war die schon stereotype Antwort Delcassés, daß seit 14 Tagen über den betreffenden Gegenstand keine Nachrichten mehr eingegangen seien. Schuld an diesem Verhalten[148]) des französischen Außenministers und seinen Folgen war nach französischer Auffassung selbstverständlich die deutsche Regierung, die, wie Delcassé gegenüber dem spanischen Botschafter und anderen Personen erklärte, Erklärungen Frankreichs in Berlin im Sinne eines französisch-deutschen Zusammengehens zurückgewiesen habe.

Sprach schon die Tatsache, daß der Verlauf der Jahre seiner Amtsführung für diese Behauptung keine Belege angeben ließ, gegen deren Richtigkeit, so konnte die besonders deutschfeindliche Haltung der offiziellen und offiziösen französischen Presse in den Tagen des englisch-deutsch-italienischen Vorgehens gegen Venezuela nur erneut und eindringlich beweisen, von welchem Geiste Frankreichs Stellung zu allen außenpolitischen Fragen getragen wurde. Wenn tatsächlich die deutsche Regierung in Marokko und in der Türkei Frankreichs politische Absichten durchkreuzt hatte, in Marokko — zum ersten Mal im Dezember 1901 — auf dem Wege über Petersburg durch den Hinweis auf die Wirkung, die ein französischer Einfall in Marokko auf Italien und dann auch auf den Balkan unmittelbar zur Folge hätte[149]), so war auch dieser Schritt nur die berechtigte Vertretung deutscher Interessen, der gegenüber Frankreich die seinen in gleicher Weise vertrat. Er mochte, wie Holstein in seinem Immediatbericht an den Kaiser zu dessen persönlicher Orientierung über die deutsch-französischen Beziehungen ausführte, Delcassé gewiß wohl geärgert haben.

Jedoch, wie der Druck Deutschlands auf jene französischen Absichten, so wurde auch die durch Frankreichs Orientpolitik selbst hervorgerufene Verstimmung in Rußland für Delcassé als den anerkannten Vertreter guter englisch-französischer Beziehungen durch den englischen Königsbesuch aufgewogen. Ein Ereignis, dem allein schon durch seinen Widerhall in der europäischen Presse der Stempel eines politischen Ereignisses erster Ordnung aufgedrückt wurde, dessen Folgen besonders in der deutschen Presse Mutmaßungen verschiedenster Art Raum ließen. Man war sich einig, die englisch-französische Annäherung als Tatsache anzusehen.

148) GP. 18. 2. 802.

149) GP. 18. 2. 804 ff. vgl. H. Rogge: Fr. v. Holsteins Lebensbekenntnis Berl. 1932 S. 220. Hammann: Bilder v. d. letzten Kaiserzeit, S.32.

Ob aber deren weitere Folge eine Entente zu Dreien mit Rußland gegen Deutschland, oder gar die Neuerstehung der Krimkrieggruppierung der Mächte England, Frankreich und Italien gegen die russische Balkanpolitik mit diesmal allerdings verändertem Ziel sein werde, waren Schätzungen, die, wie M. Prinet an Delcassé schrieb, mehr der Einbildungskraft ihrer Autoren, als deren Scharfsinn Ehre machten[150]). Soviel stand zumindest fest, daß Frankreich versuchen würde, den Zweibund solange wie möglich aufrechtzuerhalten[151]). Die Frage war nur, ob nicht vielleicht doch, selbst vom Standpunkt der damaligen Zeit, jene deutschen Betrachtungen über die Entwicklungsmöglichkeiten einer derartigen Entente mehr waren als nur die Phantasmen einzelner, wie sie der französische Geschäftsträger in Berlin hinzustellen beliebte. Gewiß, der Dreibund war, erneuert worden und Bülow hatte ihn selbst in einer Reichstagsrede vom 19. März 1903 als dauerhaftes und zugleich auch geschmeidiges Instrument zum Schutze des Friedens gepriesen und dabei jede Befürchtung, daß die deutsch-italienischen Beziehungen unter der starken Verbesserung des italienisch-französischen Verhältnisses leiden könnten, verneint. Das „Giornale d'Italia" hatte bereits am 1. April 1902 die gleiche Ansicht Bülows veröffentlichen können[152]). Beide Behauptungen mochten richtig sein. Selbst Frankreich schien sich der Tatsache, daß der Dreibund allein friedlichen Zwecken dient, nicht verschließen zu können. Damit blieb jedoch unwiderlegt, daß die Anwesenheit des englischen Königs, wie jetzt, drei Monate später, die des italienischen Königspaares in Paris für Europa nicht nur als politische Tatsache, sondern darüber hinaus, und Barrère hob es besonders hervor, als Beginn einer neuen Gruppierung der nationalen Kräfte betrachtet werden könnte[153]). In welcher Form und unter welchen Voraussetzungen stand noch dahin. Zumindest barg bereits der Gedanke einer englisch-französischen Annäherung Möglichkeiten in sich, die, wie die „Stampa", eine der führenden norditalienischen Zeitungen betonte[154]), neben dem gemeinsamen Wunsch zum Frieden auch in den Angelegenheiten von Europa und Asien beiden Mächten nur Nutzen zu bringen im Stande wären, und in Europa vor allem gegen Deutschland. Denn Frankreich hat seine Gründe, die niemand vergessen hat! Gedanken, denen auch Frankreich insoweit nahestand, als dort allgemein nach dem Besuch des englischen Königs festgestellt wurde, daß wohl die gleiche Aussöhnung auch mit Italien, nicht aber mit Deutschland möglich sei[155]). Denn solange die Deutschen in Straßburg und Metz sind, das war bereits zur Zeit der Faschodakrisis Delcassés politischer Grund-

150) DDF. Ser. 2 III, Nr. 201 M. Prinet à M. Delcassé.
151) GP. 18. 2. 843.
152) Berliner Neueste Nachrichten, Nr. 152 v. 2. 4. 1902.
153) DDF. Ser. 2 III, Nr. 210 M. Barrère, Ambassadeur de France à Rome à M. Delcassé. (Très confidentiel).
154) DDF. Ser. 2 III, Nr. 235 M. Barrère à M. Delcassé.
155) GP. 17. 582.

satz, wird Frankreich nur einen dauernden Feind haben und unter diesem Gesichtspunkt mit England, Italien und Spanien verhandeln. Das hieß, wie der Vizepräsident der Kammer Etienne im „Figaro" gerade in dieser Zeit ausführte, jeden Konflikt mit den übrigen Mächten, vor allem mit England vermeiden. Denn dann schien eine gütliche Lösung der ägyptischen Frage keineswegs unerreichbar. Sei es doch für Frankreich erstrebenswert zur Eroberung von Elsaß-Lothringen in England einen neuen Bundesgenossen zu gewinnen. Etienne, der als Sachverständiger der Kammer für Kolonialfragen in London offiziös die französisch-englischen Ausgleichsverhandlungen mit vorbereitet hatte, wußte, von welchen Gesichtspunkten die Politik Delcassés geleitet wurde. Der Empfang des englischen Königs in Paris wäre wohl anders verlaufen, wenn man in Frankreich nicht der Ueberzeugung gewesen wäre, daß dieser Besuch von einer gegen Deutschland wenig freundlichen Gesinnung eingegeben sei; Frankreich würde dann gewiß nicht, wie man in Brüssel beobachten konnte, Deutschland gegenüber auf die guten Beziehungen Englands zu seinem nächsten Nachbarn hinweisen[156]).

Deutschland mochte demgegenüber, trotz mancher Differenzpunkte, nach Ansicht Radolins noch besser als während der Weltausstellung zu Frankreich stehen. Die Ausführungen des Abgeordneten Etienne mochten nach Ansicht der „Berliner Neuesten Nachrichten"[157]) nur als Stimmungssymptom Beachtung verdienen. Sie wurden von der deutschen Regierung anscheinend garnicht beachtet. Doch wenn nach 1900 Vernunftgründe Frankreich zur Aufnahme des Gedankens eines Kontinentalbundes zwangen, so war jetzt allein die Richtung einer Politik maßgebend, die den Gefühlen und Aspirationen des nationalen Frankreich vollauf entsprach.

Das schlechte Verhältnis Englands zu Deutschland und Rußland und ihm gegenüber als Produkt der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland die englisch-französische Annäherung, sie konnten zur Folge haben, daß doch, wie bereits Bülow gehofft hatte, die englandfeindliche Stimmung vor allem in Petersburg, Rußland vom Zweibund zu Deutschland zu führen imstande wäre. Indes, die Stellung beider Mächte, zumindest zu Frankreich, war derart verschieden, daß bereits an ihr jede politische Auswertung dieser Lage zum Scheitern verurteilt war. Hoffte man deutscherseits, das Petersburger Kabinett vom Zweibund zu Deutschland abschwenken zu sehen, so machte sich Rußland jetzt, allerdings mit Recht auf der persönlich durchaus zu Frankreich entgegenkommenden Haltung des Kaisers fussend, zum Gewährsmann der Gedanken des Kaisers, der, wie Osten-Sacken Bihourd gegenüber sagte, bereit sei, sich Frankreich zu nähern, allerdings nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Verträge nicht in Frage gestellt werden. Bihourd konnte Osten nur an die Ereignisse

156) Die Belgischen Dokumente II, S. 148.
157) Berliner Neueste Nachrichten Nr. 433 v. 10. 9. 1903.

des letzten Krieges erinnern. Frankreichs Stellung zu dieser Frage war damit deutlich umrissen. „C'est touchant" war die Bemerkung Delcassés zu diesem Bericht[158]). Um die Taktik dieser nach französischer Auffassung persönlichen Diplomatie des Kaisers wäre nicht unvereinbar mit den Bemühungen, die Deutschland nur noch verdoppeln muß, um in Rußland den Boden zu gewinnen, den es infolge der englisch-französischen Annääherung an Frankreich verloren hat und die doch, wie Delcassé gleichfalls hinzufügte, „umsonst" bleiben sollten[159]). Die Freude des Kaisers über die Aufnahme, die ein gestrandetes deutsches Schiff in Brest gefunden hatte, wie dessen wiederholt zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, französische Schiffe in Kiel begrüßen zu dürfen, wurden dabei geflißentlich überhört. Alle weiteren Aeußerungen des Kaisers, die anknüpfend an Faschoda der Möglichkeit einer kolonialen Zusammenarbeit beider Länder das Wort sprachen, sollten nach Ansicht Bihourd's in Frankreich nur Mißtrauen gegen England und Unruhe in die Beständigkeit der Allianz mit Rußland erwecken[160]). Delcassé konnte auch dazu nur bemerken, daß Frankreichs wirtschaftliche Interessen denen Deutschlands nicht gleichzustellen seien[161]). Denn Delcassé wußte sehr wohl, daß die Entwicklung vor allem der französisch-englischen und französisch-italienischen Beziehungen Frankreich bereits die Möglichkeit in die Hand gegeben hatte, seine Stellung zu Deutschland zu bestimmen. Sie zu entscheiden, hieß vorerst den Zweibund vor allen seiner Festigkeit abträglichen Einflüssen, besonders von deutscher Seite zu bewahren. Hatten doch die Ereignisse von Paris und London und deren starke Beachtung durch die französische Oeffentlichkeit in Petersburg selbst aufhorchen lassen. Die Möglichkeit, daß man dort im Vergleich zum Zweibund das deutsche Entgegenkommen insoweit zu beachten begann, als die Allianz mit Frankreich im eigenen Interesse keineswegs einer nicht ebenso guten Freundschaft mit Deutschland im Wege stand, schien deshalb nicht ausgeschlossen. Eine Gelegenheit, auf die Deutschland nach Ansicht Bompard's, des französischen Botschafters in Petersburg nur wartet[162]) und die doch, und Delcassé zweifelte nicht daran, wie bereits jede Hoffnung auf deren Auswirkung eine reine Chimäre bleiben sollte. Denn wie bisher, so sei die französische Regierung auch weiterhin gewillt, an der Allianz mit Rußland als Basis ihrer Außenpolitik

---

158) DDF. Ser. 2 III, Nr. 354 M. Bihourd à M. Delcassé.

159) DDF. Ser. 2 III, Nr. 354 M. Bihourd à M. Delcassé. Als Beweis, wie stark bereits die von Pagés in seinen Origines . . . angeführten Berichte im Dienste einer eindeutigen Absicht verwertet sind, vgl. das Aktenstück in den französischen Dokumenten und dessen Wiedergabe bei Pagés S. 293 die jene Fußnoten Delcassés, wie weiter die Antwort Bihours's zu Osten-Sacken, daß Frankreich nicht vergessen könne, unerwähnt ließ.

160) DDF. Ser. 2 III, Nr. 275; 355 M. Bihourd à M. Delcassé. vgl. Pagés S. 293.

161) DDF. Ser. 2 III, Nr. 355 Annotation du ministre.

162) DDF. Ser. 2 III, Nr. 383 M. Bompard, Ambassadeur de France à Saint-Pétersbourg, à M. Delcassé.

festzuhalten[163]). Frankreichs Bescheid, sich finanziell nicht an der Bagdadbahn zu beteiligen, ließ diesen Willen auch Deutschland erkennbar werden[164]). Wollte man weiter nach dessen politischen Hintergrund fragen, so war der russische Einfluß gewiß. Die allgemein feindliche Haltung Englands der Bagdadbahn gegenüber war gleichfalls nicht unbekannt. Unerkannt aber in seiner vollen Bedeutung blieb die mit diesem Entschluß bereits jetzt verknüpfte Erwägung, an die Aussöhnung zweier Länder, deren Streitigkeiten allein einer anderen Macht nutzen würden, auch die Hoffnung zu knüpfen, daß ein solcher Vertrag nicht ohne Einfluß auf die russich-englischen Beziehungen sein wird. Delcassé zweifelte nicht daran, Gewiß, noch schien es unmöglich, der Situation auf Grund der letzten Ereignisse, des russisch-österreichischen Ausgleichs, wie andererseits des italienischen Königsbesuches in Paris, ein klares Bild der Entwicklung abzugewinnen. Der Gegensatz Rußlands in der inneren Orientierung zum Sozialismus, wie weiter besonders die Orientfrage, sie waren für Bülow der Keil, welcher den Zweibund langsam aber sicher auseinandertreiben sollte[165]). Denn das schien gewiß, daß wohl vor allem die Innenpolitik des Ministeriums Waldeck-Rousseau und Combes in den Regierungskreisen Rußlands keinerlei Zustimmung finden konnte. Aeußerungen in der „Revue Russe", die der russischen Botschaft und dem Quai d'Orsay nahestehen sollte, schienen diese Auffassung zu bestätigen. Ob allerdings die Verurteilung einer derartigen innenpolitischen Richtung sich außenpolitisch über eine vielleicht mehr kritische Betrachtung des französisch-russischen Bündnisses hinaus positiv zu Gunsten eines Zusammengehens mit Deutschland und dem Dreibund auswirken könnte, blieb fraglich. Die Staatsform als solche war dafür gewiß nicht allein ausschlaggebend. Sie mochte für Bülow Frankreich gegenüber der Anlaß sein, gewissermaßen verächtlich über die „kleinen Gesichtspunkte eines vom Parlamentswillen abhängigen Staatsleiters"[166]) zu sprechen. Er mochte die Staatsform der Republik auch weiterhin als Schreckgespenst vor allem Rußland gegenüber benutzen. Politisch ausschlaggebend blieb vorerst die Tatsache, daß zugleich mit dem Besuch des Zaren beim Kaiser in Wiesbaden am 4. November, Lamsdorff zu Besprechungen mit Delcassé nach Paris fuhr. Der Brief des Zaren an den Präsidenten Loubet, der Rußlands Genugtuung über ein am 14. Oktober zwischen England und Frankreich abgeschlossenes Schiedsgerichtsabkommen und die französisch-italienische Annäherung aussprach, fand dadurch seine Bestätigung. Ihren Widerhall fanden diese Ereignisse am deutlichsten in der französischen Kammer und ganz besonders bei Fragen, die das deutsch-französische Verhältnis berührten. Der Umfang der Diskussion, die Verschieden-

163) DDF. Ser. 2 III, Nr. 397 M. Delcassé à M. Bompard. Confidentiel.
164) ebenda, Nr. 70, Ser. IV; vgl. GP. 18. 2. 827; ferner GP. Gooch: Franco-German Relations . . . S. 39.
165) GP. 18. 2. 849.
166) Spectator: Bülow und der Kaiser. S. 82.

heit und Bedeutung der Fragen, die behandelt wurden, wie die Persönlichkeit der Männer, die zu ihnen Stellung genommen hatten und dabei über allem die deutliche Bejahung der Einigkeit des Nationalgefühls, sie blieben sogar auf die Berliner Regierungskreise nicht ohne Eindruck[167]). Denn nicht darauf käme es für Frankreich und seine Regierung an, die Ereignisse auf das Ziel einer gewaltsamen Zurücknahme der verlorenen Gebiete hin zu überstürzen, wohl aber darauf, den tatsächlichen Gang der europäischen Politik so einzurichten, daß diese Zurücknahme im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes oder einer friedlichen Verbesserung der Karte Europas nicht unmöglich bleibe. Die These eines Abgeordneten, die jedoch inhaltlich, an den Gang der politischen Entwicklung Europas bestimmte Gedanken anknüpfend, nur das aussprach, was unzweideutig — und die gleichen Ereignisse bewiesen es — die Träger dieser Entwicklung, die französische Regierung beseelte. Der heftige Widerspruch bei den Parteien der Rechten, im republikanischen Zentrum und bis in die Reihen der Radikalen hinein gegen die Behauptung Pressensés, daß im Ernst niemand die Revanche wolle, die förmliche Verwahrung der Nationalisten dagegen und der ausdrückliche Vorbehalt des früheren Ministers Leygues und des Führers der Progessisten Renault-Molière widerlegten dessen Behauptung und unterstrichen damit nur umso stärker die des Abgeordneten Boni de Castellane über Elsaß-Lothringen und den Gang einer Politik, die dies Land wieder zu Frankreich zurückzuführen imstande wäre. Worte und Protestationen, deren Bedeutung nach Ansicht der „Kölnischen Zeitung" die deutsche Presse allgemein sachlich ruhig, jedoch ohne weitere Auswertung aufgenommen hatte. Den „Berliner Neuesten Nachrichten" gaben sie Anlaß, mahnend der deutschen Oeffentlichkeit deren Besprechung und Lobpreisung im „Temps" wiederzugeben. Denn Delcassé und Leygues werden hier laut für die Entschiedenheit, mit der sie die Abrüstung als nicht nur unnütz, sondern auch erniedrigend und damit für Frankreich unmöglich abgelehnt hatten, gepriesen. Das „toujours en vedette" der „Berliner Neuesten Nachrichten" schien immer mehr Berechtigung zu erhalten. Denn daß der tatsächliche Gang der französischen Außenpolitik kein Entweder-Oder in seiner Einstellung zu Deutschland, weder in jener scharfen Formulierung einer brüsken Entscheidung der Elsaß-Lothringen-Frage durch die Gewalt, noch in einer eventuell friedlichen Lösung dieser Frage kannte, lag nach den Ereignissen von Paris und London offen zutage. Dazu war Deutschlands Stellung zu ihr vor allem in Frankreich bekannt und die Frankreichs für Deutschland bereits damit umrissen, als deren Behandlung, als einer internationalen Frage, nach Ansicht Delcassés nicht dem besiegten Frankreich, sondern allein dem siegreichen Deutschland zukäme. War sie für Frankreich aber international, dann konnte deren allein in französischem Sinne beabsichtigte Lösung desgleichen

[167]) DDF. Ser. 2 IV, Nr. 115 M. Prinet à M. Delcassé.

nur auf internationaler Grundlage erfolgen. Der Gang der deutsch-französischen Beziehungen während der Amtszeit Delcassés wie weiter die sich an die Begegnungen in Paris, London und Rom anknüpfende Möglichkeit einer neuen Gruppierung der Mächte, sprachen deutlich genug dafür. Sie ließen erkennen, in welcher Richtung Delcassés weitreichende Pläne in Anknüpfung an die Allianz mit Rußland zu suchen waren. Die Möglichkeit einer allgemeinen Koalition gegen Deutschland schien keineswegs ausgeschlossen.

Indeß, der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges und die Folgen, die dieses Ereignis durch Rußlands Bindung in Ostasien auf die gesamtpolitischen Lage vor allem Frankreichs und Deutschlands in Europa auszuüben imstande waren, sie mußten für Deutschlands politische Stellung zwischen England und Rußland, wie weiter zum Zweibund von größter Bedeutung sein. Der Ausgang der Kriegsereignisse selbst war noch nicht abzusehen. Jedoch die Folgen allein schon des Krieges auf Frankreichs Stellung zum Zweibund, wie damit indirekt auch zu Deutschland, sie waren für Deutschland der Mittelpunkt mancher Erwartungen, aber auch ebenso zahlreicher Vorurteile. Hoffte die „Kölnische Zeitung", daß doch noch entgegen allen Revanchehoffnungen unter dem Eindruck ihrer zur Zeit unmöglichen Betätigung das Verständnis für Deutschland wachsen werde, so fragte Bihourd in Berlin zu gleicher Zeit, ob nicht etwa das deutsche Desinteressement an den Ereignissen im Fernen Osten insoweit an die Adresse Frankreichs gerichtet sei, daß Frankreich, ungeachtet der russischen Niederlagen von Deutschland keinen Angriff zu befürchten habe[168]). Gewiß, der Gedanke, wie seine Grundlage, eine Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" besaßen beiderseits auch für Bihourd keine besondere Wichtigkeit. Er wurde vollends bedeutungslos, als auch der Kaiser gegenüber Osten-Sacken und Bihourd in gleicher Weise der Hoffnung Ausdruck gab, daß Rußland der Endsieg zufallen werde[169]). Immerhin war deshalb Deutschlands Stellung zum Zweibund vor allem für Frankreich weniger beachtenswert? Denn Deutschland, es mochte unter den Völkern wenig Freunde und viel Neider und Feinde haben, hatte zumindest, und darauf wies ein Artikel der „Berliner Neuesten Nachrichten", sich Achtung und Furcht erworben. Die Länge der Zeit, wie die Macht der Verhältnisse, sie mochten nach Ansicht dieser Zeitung auch auf das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland ausgleichend wirken. Vorerst allerdings müßte auch weiterhin Frankreichs Revanchehoffnung der Eckpunkt der deutschen Außenpolitik sein. Die Frage war nur, inwieweit vielmehr als Ausdruck dieser Revanchehoffnung deren politische Gestaltung durch die Regierung auf Seiten der deutschen Regierung im Einzelfall, wie vor allem in der

---

168) DDF. Ser. 2 IV, Nr. 268 M. Bihourd à M. Delcassé.
169) DDF. Ser. 2 IV, Nr. 270 M. Bihourd à M. Delcassé.

Beurteilung der politischen Gesamtsituation erkannt und auch dementsprechend verwertet worden war.

Erkannt war sie vielleicht insoweit, als für Bülow wie Holstein[170]) die ausdrückliche Anerkennung des Frankfurter Friedens in gleichem Maße die Grundlage für ein Zusammengehen mit Frankreich war, wie die Nichtanerkennung dieses Friedens, und hier vor allem liegt auch der Hauptunterschied ihrer politischen Bedeutung, die Grundlage zugleich der Stellung Frankreichs in Europa war. Gewiß setzte der diplomatische Plan Delcassés, und als solchen sucht die französische Geschichtsschreibung dessen gesamte Politik hinzustellen, nur das fort, was seinen Vorgängern nach Bismarckfs Entlassung durch die politische Schwäche seiner Nachfolger endlich zu betätigen ermöglicht wurde. Der Abschluß des Zweibundes und hier vor allem die politische Gewandtheit Delcassés, sie ließ dann dies Bündnis durch Zeiten zahlreicher Spannungen hindurch allmählich durch die Verbindung von Revanchegeist und Panslavismus zu einer der festesten politischen Kräfte werden. Dessen allein schon statische Kraft doch noch durch Einwirkung auf Rußland im deutschen Sinne zu beeinflussen, mußte dabei in gleichem Maße an Bedeutung verlieren, wie Frankreichs außenpolitische Stellung nach englischer Seite an Macht gewann. An Versuchen zumindest, den Argwohn zu Frankreich und das Vertrauen zu Deutschland in Rußland zu wecken, ließ es die deutsche Regierung, Berichten aus Petersburg und Berlin zufolge, nicht fehlen. Denn Frankreich, getäuscht und entmutigt durch einen Krieg, der Rußlands militärische Kraft von Europa fernhalte, bereite sich vor, die Richtung seiner Politik, vor allem auf dem Balkan zu ändern[171]). Ein Versuch, dessen Mittel jedoch nicht mehr anwendbar war. Ganz im Gegenteil, allein schon um die Sicherheit Rußlands zu befestigen, wird dessen Allianz mit Frankreich desgleichen nur an Bedeutung gewinnen. Allerdings auch nur dann, wenn, wie Bihourd die Gedanken Bompards erweiternd hervorhebt, Rußland in doppeltem Interesse desgleichen der Pflege weiterhin guter Beziehungen zu Deutschland Sorge trägt. Denn Deutschland, durch die französische Armee vielleicht von einem Angriff gegen Rußland abgehalten, könnte zu gleicher Zeit, wenn Rußlands militärische Kraft durch die Verteidigung der Mandschurei in Anspruch genommen ist, frei von jeder Gefahr des Zweifrontenkrieges, sich leicht gegen Frankreich wenden und würde dabei siegen[172]). Die Möglichkeit einer entscheidenden Bestimmung der Machtverhältnisse in Europa, deren Ausgang auch deutscherseits voll erkannt war, deren Verwirklichung aber der deutschen Regierung, wie vor allem dem Kaiser, vollkommen fern lag.

England und Frankreich hatten kein Interesse, in den ostasiatischen Kampf hineingezogen zu werden. Vielmehr, je enger

---

170) vgl. neben der bereits zitiert. GP.; Rosen: „Aus einem Diplomatischen Wanderleben". Bd. I. S. 42.

171) DDF. Ser. 2 IV, Nr. 309, M. Bihourd à M. Delcassé.

172) DDF. Ser. 2 IV, Nr. 366 M. Bihourd à M. Delcassé.

und freundschaftlicher sich die Beziehungen beider Länder gestalten, desto leichter würde es sein, dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen[173]). Cambon wollte damit andeuten, daß der Beginn des ostasiatischen Krieges dem Abschluß jener seit langem schwebenden Verhandlungen den letzten Anstoß gegeben hatte und das in Arbeit begriffene Abkommen mit England, wie Delcassé desgleichen Radolin offenbarte, in kurzer Zeit zum Abschluß gelangen werde[174]). Man konnte deutscherseits eventuell den Aeußerungen Cambons mit Vorbehalt gegenübertreten. Daß jedoch die Andeutung des französischen Botschafters vollauf den Tatsachen entsprach, darüber konnte nach einer Unterredung des „Echo de Paris" mit dem englischen Kolonialminister Lyttelton auch in Berlin kein Zweifel mehr bestehen. Denn trotz der Ereignisse, die den Verbündeten Japans dem Verbündeten Rußlands entgegenzustellen schienen und trotz der Bemühungen Dritter, die ein Interesse daran hatten, England nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Rußland zu entzweien, habe England, wie Lyttelton versicherte, den Wunsch, mit Frankreich in guten Beziehungen zu bleiben. England werde beiden Kriegführenden gegenüber eine durchaus korrekte Haltung beobachten. Deshalb glaube er nicht, daß der Krieg in Ostasien einen ungünstigen Einfluß auf die englisch-französischen Beziehungen ausüben könne. Ganz im Gegenteil, diese Beziehungen, so fuhr der Minister dem Berichterstatter gegenüber fort, seien ausgezeichnet. In England sei nicht nur in der amtlichen Welt und den oberen Klassen, sondern im ganzen Volk viel Zuneigung für Frankreich vorhanden. Die englisch-französische Annäherung sei eine der bemerkenswertesten Ereignisse der letzten Jahre. Der Berichterstatter wagte die Frage: „Ist die vor drei Monaten gebrachte Nachricht richtig von einem demnächstigen französisch-englischen Uebereinkommen, das alle kolonialen Fragen umfaßt?" Der Minister antwortete: „Die guten französisch-englischen Beziehungen werden sich noch enger schließen. Es wird noch mehr kommen. Jedoch kann ich auf diese Frage nach der Richtigkeit jener Nachricht nicht antworten. Es wäre vielleicht besser gewesen, man hätte nur von der Hoffnung auf ein Abkommen gesprochen, das auf dem Wege zur Vervollständigung ist." Auf die Frage: „Also nur eine Hoffnung?" lächelte Lyttelton und schloß: „Das habe ich nicht gesagt"[175]). Einbegriffen war dabei das bereits früher aufgenommene und dann stets wieder infolge seiner politisch unabsehbaren Bedeutung zurückgestellte Marokkoproblem, dessen Entscheidung jetzt tatsächlich in französischem Sinne und ohne Deutschland fallen sollte; dessen Gestaltung in französischem Sinne allerdings noch offen war. Wollte die deutsche Regierung der Ansicht Delcassés folgen, so schienen dabei die deutschen Handelsinter-

---

[173]) GP. 20. 1. 4.

[174]) DDF. Ser. 2 IV, Nr. 368 M. Delcassé à M. Bihourd.

[175]) Kölnische Zeitung Nr. 239 v. 8. 3. 1904 (Telegramm aus Paris vom 6. 3. 1904).

essen selbst unter französischer Oberhoheit über Marokko beachtet und sogar darüber hinaus, falls nach französischer Ansicht die Sicherheit dieses Staates befestigt werden mußte, durch die damit verbundene Sicherheit des Handelsverkehrs nur gefördert[176]). Worte und Ansichten deren Wert, selbst wenn die Bezeichnung „Protektorat" sorgfältig vermieden worden war, für den Gang der Entwicklung ohne Bedeutung blieb; deren geistiger Hintergrund allerdings auch nicht besser umrissen werden konnte, als durch die Tatsache, daß Frankreich zu gleicher Zeit England gegenüber durch die Verbreitung der Nachricht von einer angeblich schweren Erkrankung des Kaisers das Gespenst eines asiatischen Dreibundes, dessen Hindernis allein der Kaiser sei, und die damit für England nicht unwichtige Neutralität Frankreichs vor Augen führen wollte. Seinen Wünschen sollte damit im einzelnen England gegenüber noch ein besonderer Nachdruck verliehen werden. Ob mit Erfolg, steht dahin. Die Tatsache zumindest dieser jetzt kurz vor dem Abschluß stehenden englisch-französischen Entente, wie deren in Frankreich selbst voll erkannte Bedeutung, sie schienen deutscherseits, vorerst allerdings nur in der Presse, keineswegs derart gesehen zu werden. Die Möglichkeit einer Neugruppierung der Mächte und deren Folgen für Deutschland, wie demgegenüber Deutschlands Beziehungen zum Zweibund und zu den Westmächten wurden Fragen, die bereits das in sich schlossen, was überhaupgt nur der Abschluß der englisch-französischen Entente als Machtverschiebung bedeuten konnte. Knüpften Barrère in Rom an die englisch-französische Annäherung und jetzt auch Bihourd in Berlin an den vertraglichen Abschluß dieser Annäherung jene oben genannten Fragen, wie sollten diese dann nicht in Paris selbst, wie auch in London zumindest erkannt sein. Und sie waren bei beiden Regierungen, und nicht erst auf Grund des bevorstehenden Abschlusses ihrer Entente, sehr wohl erkannt. Bereits im August 1903 hatte Delcassé in einem Brief an Bompard in Petersburg auf die Bereitschaft Frankreichs das bis dahin gegensätzliche Verhältnis Rußlands zu England überbrücken zu helfen hingewiesen[177]). Und sein Wunsch mußte auf englischer Seite desgleichen schon während der Verhandlungen mit Frankreich bekannt sein, wenn Lord Cromer ebenfalls von der Hoffnung Delcassés, „wir würden möglicherweise zu einer Einigung mit Rußland kommen und auf diese Weise Deutschland isolieren", ausführlich berichtet[178]). Dessen Ansicht schien darüber hinaus sogar das Gedankengut zumindest weiter Kreise der englischen Diplomatie zu sein. Wie sollte sonst wohl der Hinweis des Kolonialministers, daß sich die englisch-französischen Beziehungen noch enger schließen werden und noch mehr kommen werde, verstanden werden?

---

176) GP. 20. 1. 5. vgl. DDF. Ser. 2 IV, Nr. 368 M. Delcassé à M. Bihourd.
177) DDF. Ser. 2 III, Nr. 397, M. Delcassé à M. Bompard.
178) H. Oncken: Das deutsche Reich u. die Vorgeschichte des Weltkrieges. 2. Teil 1933, S. 546.

VII. Schlußbetrachtung.

Frankreich werde sich jetzt, das war die allgemein vorherrschende Ansicht der deutschen Presse, beschäftigt in Afrika, von den Ereignissen des Kontinents abwenden. Allerdings, in welcher Absicht und unter welchen Voraussetzungen konnte die deutsche Presse vor, wie auch nach der Veröffentlichung des allgemeinen Abkommens nicht ahnen. Sie konnte nicht wissen, daß das englisch-französische Geheimabkommen und seine Bestimmungen Frankreichs Absicht, eben Deutschland aus Marokko auszuschließen, eine relativ günstige Grundlage gegeben hatten. Dies vor allem im Rahmen eines Verhältnisses zweier Staaten, deren gegensätzliche Stellung zueinander der Boden der Politik und die allein auf ihm getroffene Entscheidung abgegrenzt und zugleich damit zum Vorteil oder Nachteil eines von beiden gestaltet hatte. Für Frankreich war diese Entscheidung mit dem Frankfurter Frieden gefallen. Daß deutscherseits Bülow wie Holstein glaubten, das Wesen der französischen Diplomatie Deutschland gegenüber erkannt zu haben und es trotzdem nicht so wie einst Bismarck als Faktor in ihre politischen Berechnungen eingestellt hatten, ist gewiß nicht allein ihre Schuld. Denn ihnen war seit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages das Mittel des politischen Druckes Frankreich gegenüber verloren gegangen, das durch eine Politik der Versöhnungsbereitschaft zu ersetzen bei Delcassés politisch grundsätzlich deutschfeindlicher Einstellung von Anfang an ergebnislos bleiben mußte. Darüber können auch alle französischen Annäherungstendenzen, die sich in dieser Zeit bis kurz nach der Jahrhundertwende verschiedentlich noch gezeigt hatten, nicht weiter hinwegtäuschen. Sie waren, wie ihr Zusammenhang mit den jeweils bestimmenden außen- oder innenpolitischen Fragen Frankreichs erkennen ließ, stets nur durch taktische Erwägungen bedingt und standen in diesem Zusammenhang im Dienst der Politik, deren Auswirkungen Deutschland und Frankreich ohne ernstliche Differenzen auseinanderkommen ließen und deren weitere Folgen für die Zukunft machtpolitisch sich bereits jetzt an ihrem Symptomen zu zeichnen schienen. Denn die Beweise auch weiterer Vertragstreue, die Rußland von der französischen Regierung zugegangen waren[179]), wurden von russischer Seite durch den russischen Botschafter in Paris, Nelidow, amtlich wie auch öffentlich mit Befriedigung und mit Wohlwollen gegenüber dem Abschluß der englisch-französischen Verhandlungen erwidert. Denn Rußland freue sich, so erklärte Nelidow einem Redakteur des „Temps", als Freund Frankreichs über jedes glückliche Ereignis, das Frankreich widerfahre. Als Verbündeter Frankreichs verzeichne Rußland mit nicht geringer Freude die neue Bürgschaft für die Kraft und Sicherheit, welche Frankreich durch das Abkommen erhalte. Es sei klar, daß das

[179]) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 85 v. 12. April 1904.

Einevrnehmen mit Rußland Frankreich von viel Sorge und gewissen Hemmungen befreie. Vielleicht werde das Sprichwort: „die Freunde unserer Freunde sind unsere Freunde", sich auch hier bewähren. „So sind die Gefühle", schloß Nelidow, „welche man einmütig in Petersburg empfindet". Graf Lamsdorff hat mich dazu beauftragt, diese Gefühle dem Minister Delcassé bekannt zu geben. Ich habe mich dieser Aufgabe mit Vergnügen entledigt und es ist mir angenehm, diese Erklärung öffentlich zu wiederholen"[180]). Frankreich war es Dank Delcassés politischer Führung gelungen, sich neben der Gewinnung einer neuen Freundschaft das Vertrauen seines alten Verbündeten zu erhalten. Hatten die Reibungsflächen, die zwischen Frankreich und England bestanden, Frankreich die Möglichkeit gegeben, an ihrer Beseitigung durch Einzelverständigungen das Verhältnis allmählich umzugestalten, so schied dieses Moment für die deutsch-französischen Beziehungen aus. Gerade durch diesen Mangel an kleineren Reibungsflächen mochte die Pflege der deutsch-französischen Beziehungen und deren Gestaltung in deutschem Sinne in vielem nur erschwerend gewesen sein. Eine „versäumte Gelegenheit" zur Verständigung mit Frankreich gibt es auch für Bülow und Holstein nicht. Ganz im Gegenteil, beide hätten aus den auch zu dieser Zeit noch auftauchenden halboffiziellen französischen Verständigungsplänen genügend Unterlagen gehabt, das Wesen der französischen Politik dieser Zeit nicht nur erkennen, sondern auch im eigenen Interesse für eine dann allerdings veränderte politische Zielsetzung verwerten zu können. Allerdings, daß die Grundsätzlichkeit dieser Politik vielfach wohl klar erkannt und dann noch nicht so ausgewertet wurde, wie es das Verhältnis Deutschlands zu England und Rußland vielleicht ermöglicht hätte, bleibt eine Frage, die zu beantworten nur ein umfassender Ueberblick über das Wesen der deutschen politischen Führung dieser Zeit ermöglicht.

180) Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 86 v. 13. April 1904.

Lebenslauf.

Ich, Friedrich Schimpke, wurde am 13. Juli 1911 in Potsdam als Sohn des Ministerialamtmannes Hofrat Schimpke geboren. 1918 kam ich auf die Städtische Vorschule für die höheren Lehranstalten zu Potsdam und besuchte ab Ostern 1921 das Staatliche Viktoria-Gymnasium zu Potsdam. Mit dem Reifezeugnis verließ ich diese Lehranstalt Ostern 1930. Im Anschluß daran ließ ich mich am 16. April 1930 als Student der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin immatrikulieren, um mich dem Studium der Geschichte, Germanistik und Geographie zu widmen. Ohne Wechsel der Universität habe ich in Berlin studiert und mich dabei vor allem dem Studium der Geschichte bei den Herren Professoren Dr. Hartung, Dr. Holtzmann und Geheimrat Dr. Oncken gewidmet.

Zu Dank bin ich verpflichtet Herrn Prof. Dr. F. Hartung für die gütige Unterstützung, die er meiner Arbeit hat zuteil werden lassen.

Friedrich Schimpke.